»Vergib uns, Monarch!«, Seite 10

Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 2,70 Euro

Nr. 28 – 13. Juli 2018

Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland

ZKZ 05524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE

Aktuell

Keiner will Neuwahlen
Warum die Bundestagsparteien am Fortbestand der Groko interessiert sind 2

Deutschland

Kleine Städte sind groß im Kommen
Die Wiederentdeckung der Kleinstadt 3

Hintergrund

Erhöhung beschlossen
Anlass zu einer ersten Bilanz nach dreieinhalb Jahren Mindestlohn 4

Preußen / Berlin

Tschetschenen stellen Ansprüche
Protest gegen Unterbringung in Heimen 5

Ausland

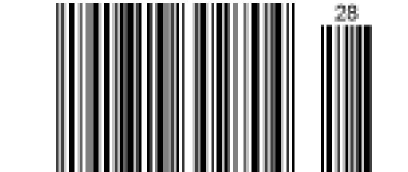
»Ein Europa, das schützt«
Österreich übernahm die EU-Ratspräsidentschaft 6

Kultur

Die Hauptstadtbühne vibriert
Konzertsommer Berlin 9

Geschichte

»Vergib uns, Monarch!«
Russland verehrt Zar Nikolaus II. als Heiligen 10





Auf dem Festakt anlässlich der Neugründung der Direktion der Bayerischen Grenzpolizei: Markus Söder Bild: pa

Landeslösung aus Notwehr

Bayerns Ministerpräsident Markus Söder setzt auf Bayerische Grenzpolizei

Bereits im Verlauf seiner ersten Kabinettsitzung im März dieses Jahres hatte Bayerns Ministerpräsident Markus Söder den Beschluss herbeigeführt, dass die Bayerische Grenzpolizei wieder eingerichtet wird. Diesen Monat nun nahm sie offiziell ihre Arbeit auf.

Die Bayerische Grenzpolizei stellt sichtbar eine Antwort auf die Völkerwanderung des Jahres 2015 dar und ist als Ergebnis dessen zu verstehen, dass man sich in München auf die Problemlösungskompetenz des Kanzleramtes zu Berlin nicht verlassen will. Wer will, der kann auch den Verdacht heraushören, dass die Kanzlerin eine entscheidende Wende ihrer Asylpolitik gar nicht herbeiführen will.

Eine Bayerische Grenzpolizei hatte es schon im Jahre 1946 gegeben, anno 1998 aber wurde sie auf dem Alter des Schengener Abkommens geopfert. Jetzt ist sie also wieder da und sorgt für Ärger. Der Bund nämlich beansprucht die Zuständigkeit der Grenzsicherung für sich, und in diesem Punkt steht der Bundesinnenminister der Bundeskanzlerin näher als Bayerns Ministerpräsidenten.

Noch hatte keiner der neuen Grenzer seine Dienststelle betreten, als ausgerechnet vom CSU-geführten Bundesinnenministerium Vorhaltungen des Sinnes laut wurden, man denke nicht daran, eine Bundeszuständigkeit mit einer Landespolizei zu teilen. Damit stand bereits ein Zwist über Zuständigkeiten im Mittelpunkt und nicht mehr das eigentliche Problem, nämlich die Grenzsicherung.

Söder indes versucht, unnötige Reibungsverluste zu meiden, und erklärt, die bayerischen Grenzer würden zwar durchaus selbstständig Kontrollen durchführen, aber sie kämen grundsätzlich in der zweiten Linie hinter der Bundespolizei, als eine Reserve in der Etappe sozusagen. Die „Gesamtverantwortung“, so Bayerns Innenminister Joachim Herrmann, liege weiterhin beim Bund. In Passau, der zentralen Dienststelle der neuen Grenzpolizei würden die verschiedenen Aktivitäten koordiniert.

Damit wird die Bayerische Grenzpolizei jedenfalls funktional den Schleierfahndern beigeordnet, einer Einrichtung, die einst bei ihrer Gründung ebenfalls die Ablehnung aus Berlin und das Misstrauen aus Brüssel hatte erfahren müssen. Das endete erst, als nicht mehr zu leugnen war, dass offene Grenzen ohne jede Kontrolle zum Chaos führen. Waren es aber ursprünglich gemeine kriminelle Umtriebe, derer sich die Schleierfahnder zu erwehren hatten, ist es heute das Problem der illegalen Zuwanderer, das sie zusammen mit der Bayerischen Grenzpolizei und anderen Sicherheitskräften regeln sollen.

Dass sich im Kräfte-Dreieck Merkel–Seehofer–Söder eine neue Front in der Asylpolitik gebildet hat, liegt nicht nur daran, dass allein Bayern eine gemeinsame Grenze mit Österreich hat und von dort der Hauptstrom der Zuwanderer kommt. Es handelt sich auch um ein politisches Gezerre zwischen den drei hauptsächlich Beteiligten. Dabei dürfte Seehofer den größten Schaden nehmen. weil er neben dem Zwist mit der Kanzlerin, an den man sich mehr oder minder schon gewöhnt hat, auch eine Kraftprobe mit Söder bestehen muss. Diesem aber nimmt das Publikum eher ab, dass er die Asylwende will und sie auch befördern kann. *Florian Stumfall*

Illegale Grenzübertritte bei Fußball-WM

Auf welche Ideen Menschen kommen, um in die EU illegal einwandern zu können

Die Fußballweltmeisterschaft eröffnet dem Asyltourismus neue Chancen. Für die vielen Fußballanhänger aus aller Welt hatten die Russen sogar die Visumpflicht ausgesetzt, wie sie es sonst nur für zahlungskräftige Kreuzfahrttouristen zu tun pflegen. Mit Marokko, Tunesien, Ägypten, Iran und Nigeria waren bei der WM fünf der Hauptasyltourismusländer mit von der Partie.

Bereits eine Woche vor der Eröffnung der WM hatten russische Grenzbehörden die ersten Marokkaner beim unerlaubten Grenzübertritt nach Finnland erwischt. Vom WM-Stadion in Sankt Petersburg bis zur finnischen Grenze sind es nur etwas mehr als 100 Kilometer. Die Marokkaner versuchten wie zahlreiche andere, die WM zu nutzen, um via Russland in die EU zu gelangen.

Das finnische Fernsehen berichtet fast jeden Tag von der Grenze, wo Bürger aus den besagten Staaten erwischt werden. Wie ein finnischer Grenzer gegenüber dem Fernsehen erklärte, sind Fußballfans als Asylsucher neu, beim Confed Cup 2017 habe man keine ähnlichen Versuche registriert. Allerdings hat auch das deutsche Bundeskriminalamt schon vor Tagen vor Immigranten gewarnt, welche die visafreie WM nutzen könnten, um über Russland illegal in die EU einzureisen.

Pünktlich zur WM hatten sich laut Europol in einschlägigen sozialen Netzwerken „Fangruppen“ organisiert, die genau die verschiedenen Varianten zum Missbrauch der WM zur illegalen Immigration diskutierten und entsprechende Tipps anboten. Auch über Weißrussland, das seine Grenze zu Russland nicht kontrolliert, weil es nicht zur EU gehört, versuchen viele Migranten während der WM nach Polen und damit in die EU zu gelangen. Auch Schlepper witterten das Geschäft während der WM. Sie versuchen in den diversen russischen Fanmeilen Klienten zu ködern mit der falschen Behauptung, der russische Fan-Pass erlaube ihnen auch die Einreise in EU-Länder. Zur Weltmeisterschaft sind mehr als zwei Millionen Ausländer nach Russland gereist.

Die längste gemeinsame Schengen-Grenze hat Russland mit Finnland. Die finnischen Behörden sind nach den sozialen Netzwerkankündigungen für einen Fußball-bedingten Ansturm Einwanderungswilliger gewappnet. *Bodo Bost*



In ihrem Windschatten versuchen manche, erst nach Russland und dann in die EU zu gelangen: Zuschauer der Fußball-Weltmeisterschaft 2018 in der Russischen Föderation Bild: Oleg Bkhambri

Manuel Ruoff:

»Drehhofer«

Im Vergleich zum Verhalten von Horst Seehofer gegenüber Angela Merkel ist selbst jenes von Donald Trump gegenüber Kim Jong-un ein Ausbund an Stringenz und Stetigkeit. Erst forderte der Bundesinnenminister und CSU-Vorsitzende Abweisungen an der Grenze. Die sind grundsätzlich – neben der Abschreckung, also der Verkleinerung des sogenannten Pull-Faktors – ein wirkungsvolles Mittel im Kampf gegen die Masseneinwanderung (siehe Seite 8).

Folgerichtig machte Merkel einen Gegenvorschlag. Deutschland dürfe nur dann die Aufnahme von Versorgungssuchern verweigern, wenn es jemand findet, der stattdessen freiwillig die Versorgung übernimmt. Das war ein Lösungsansatz mit eingebautem Scheitern. Merkel gelang es jedoch nicht nur, ihren Vorschlag durchzusetzen, sondern auch noch, Seehofer den Schwarzen Peter für das programmierte Scheitern zuzuschieben, indem er es mit guter Miene zum bösen Spiel übernahm, bei Österreich anzufragen und den Korb mit Ansage zu erhalten. „Ich glaube, im Bundeskanzleramt biegen die sich vor Lachen, Herr Seehofer“, brachte es FDP-Chef Christian Lindner auf den Punkt.

Für Merkel und die Einwanderungsbefürworter hatte die erfolglose Anfrage des Bundesinnenministers von der CSU bei der schwarz-blauen Regierung Österreichs noch den zusätzlichen Vorteil, Disharmonie zwischen München und Wien suggerieren und den Eindruck erwecken zu können, dass „rechte“ Politiker sich nicht auf eine gemeinsame europäische Politik einigen könnten.

Irgendwann schien Seehofer verstanden zu haben, dass Merkel ihn nach allen Regeln der Kunst über den Tisch gezogen hatte. Er wies der Regierungschefin eine Mitverantwortung dafür zu, dass die bilateralen Vereinbarungen zustande kommen, und warnte: „Es wäre keine gute Strategie, darauf zu setzen, dass es keine bilateralen Vereinbarungen gibt. Dann müssten wir darauf zurückgreifen, direkt an der Grenze abzuweisen.“ „Die Sache ginge dann wieder von vorne los“, so Seehofer.

Diese faktische Rücknahme des Ja zu Merkels Gegenvorschlag hinderte Seehofer jedoch nicht daran, schließlich in einem Interview mit der „Bild am Sonntag“ den Konflikt über die Asylpolitik für beendet zu erklären: „Wir haben um die Lösung einer Sachfrage gerungen und wir haben am Ende eine gute Lösung gefunden.“

„Drehhofer“ wurde er schon vorher genannt. Im Unionsstreit ist Seehofer nun aber dabei, sich zur Karikatur seiner selbst zu machen.

MELDUNGEN

Von Gottbergs Auto brannte

Külitz – Nur wenige Tage nach dem Parteitag der AfD haben Unbekannte einen Anschlag auf das Fahrzeug des Bundestagsabgeordneten Wilhelm von Gottberg auf dessen Privatgrundstück in Külitz, Kreis Lüchow-Dannenberg, verübt. Mitten in der Nacht explodierten zwei an den Reifen deponierte Sprengsätze und beschädigten das Auto des Altsprechers der Landsmannschaft Ostpreußen. Auf der Onlineplattform „Indymedia“ bekannte sich eine Gruppierung zu dem Anschlag. Von Gottberg wird dort unter anderem als „Holocaustleugner“ bezeichnet. Wer hinter dem Attentat steckt, ist noch nicht geklärt. Der Staatsschutz ermittelt. Von Gottberg verwies darauf, dass er nicht der erste AfD-Politiker sei, der von einem Brandanschlag betroffen ist. Ähnliche Fälle gab es in den vergangenen Monaten bereits in anderen niedersächsischen Orten wie Göttingen und Lüneburg. Ein weiterer Fall ereignete sich in Hessen. *MRK*

Angst vor Thilo Sarrazin

München – Der zu Random House gehörende DVA-Verlag hat sich geweigert, ein neues Anti-Islam-Buch von Thilo Sarrazin zu veröffentlichen. Das Buch „Feindliche Übernahme – wie der Islam den Fortschritt behindert und die Gesellschaft bedroht“ löste an der Verlagsspitze angeblich die Sorge aus, islamkritische Stimmungen aufzugreifen und zu verstärken. Der Fall zwischen Sarrazin und dem Bertelsmann-Konzern, zu dem Random House zählt, beschäftigte auch das Münchener Landgericht. Es ging um Vorschusszahlungen an Sarrazin, der 2010 bei DVA den Bestseller „Deutschland schafft sich ab“ erscheinen ließ. Inzwischen hat Sarrazin einen anderen Verlag gefunden. Am 30. August soll sein neues Buch im Finanzbuch Verlag der Münchner Verlagsgruppe erscheinen. Wie der Verlag mitteilte, soll Sarrazin für das etwa 450 Seiten lange Werk den Koran vollständig aufDeutsch gelesen haben. „Er zeigt, dass sich der Entwicklungsrückstand und die ungelösten Probleme der islamischen Länder zum großen Teil aus der Prägung von Kultur und Gesellschaft durch den Islam ergeben“, heißt es. *tws*

Neue Heimat für Exilmuseum

Berlin – Für das geplante Berliner Exilmuseum ist ein neuer Standort im Gespräch, für den dem Käthe-Kollwitz-Museum möglicherweise seinerseits der „Gang ins Exil“ erspart bliebe. In dessen Stadtvilla in der Charlottenburger Fasanenstraße sollte das neue Exilmuseum ursprünglich einziehen. Jetzt wird ein Standort am Anhalter Bahnhof favorisiert. Der Berliner Initiator und Kunsthändler Bernd Schulz hält den Anhalter Bahnhof für geeigneter, weil von dort aus viele Menschen ins Exil aufgebrochen seien. Da Schulz über eine Stiftung Besitzer der Immobilie an der Fasanenstraße ist, hatte er verkündet, nach Auslaufen des Mietvertrags dem Käthe-Kollwitz-Museum zu kündigen (die *PAZ* berichtete) und dort stattdessen von 2020 an ein Exilmuseum einzurichten. Ob das Käthe-Kollwitz-Museum nun am alten Ort verbleiben darf, wenn das Exilmuseum an den Anhalter Bahnhof zieht, steht noch in den Sternen. *tws*

Keiner will Neuwahlen

Warum die im Bundestag vertretenen Parteien am Fortbestand der Groko interessiert sind

Die Abgeordneten des Deutschen Bundestages haben sich in den Sommerurlaub verabschiedet. Die Bundesregierung bleibt nach dem mühsam gefundenen sogenannten Asylkompromiss im Amt. Aber wie lange noch?



Neuwahlen infolge ihres Auseinanderbrechens bärgen für viele Risiken: Die schwarz-rote Bundesregierung Bild: pa

Man muss kein Prophet sein, um vorherzusagen, dass die Große Koalition nach den Ferien nicht wesentlich harmonischer agieren wird als in den vergangenen Wochen. Zuviel steht auf dem Spiel, wenn im Herbst zunächst in Hessen und wenig später dann in Bayern gewählt wird. Das Einlenken der CSU nach dem erbitterten Streit, die milden Töne der Bundeskanzlerin Angela Merkel in Richtung der Schwesterpartei und das allzu willfährige Abnicken des sogenannten Asylkompromisses durch die SPD lassen nur einen Schluss zu: Niemand innerhalb der Großen Koalition hatte Interesse an Neuwahlen, schon gar nicht im Doppelpack mit der Bayern-Wahl.

„Wir könnten über Nacht losschlagen und Kreisverbände gründen. Diese Planungen gab es schon vor Jahren“, sagte der frühere thüringische Ministerpräsident Bernhard Vogel über einen möglichen Wahlantritt der CDU in Bayern. Dass es Merkels Partei gelungen wäre, eine halbwegs vernünftige Landesliste im Freistaat zur Bundestagswahl aufzustellen, steht außer Frage. Ein flächendeckender Antritt zur Landtagswahl wäre in der Kürze der Zeit aber wohl nur schwierig zu bewerkstelligen gewesen.

CDU-Generalsekretärin Annegret Kramp-Karrenbauer hatte sich beeilt zu erklären, es gebe keinen Plan dafür in der Schublade. Gefordert hatte das Christian Bäumler, Vizevorsitzender des CDU-Arbeitnehmerflügels. Vorbereitungen zur Gründung eines CDU-Landesverbandes „könnten der CSU näherbringen, dass Wahlen auch in Bayern nicht am rechten Rand, sondern in der Mitte der Gesellschaft gewonnen werden«, sagte er dem „Handelsblatt“.

Gebannt haben Politiker aller Parteien zuletzt auf die Demoskopen geschaut. Doch es hat sich erstaunlich wenig getan. Union und SPD liegen nach wie vor leicht unter ihrem Ergebnis der Bundestagswahl, FDP, Grüne und Linke legen mal leicht zu, mal geben sie leicht ab. Lediglich die AfD könnte mit einem Plus von drei bis vier Prozentpunkten merklich zulegen, eine tiefgreifende politische Wende ist aber nicht in Sicht.

Vizekanzler Olaf Scholz (SPD) hat sich gegen Spekulationen über mögliche Neuwahlen gewandt. „Die Bürger haben gewählt“, sagte der stellvertretende SPD-Chef der „Rheinischen Post“. „Wir haben vom Wähler das Mandat bekommen, das Land voranzubringen“, fügte er hinzu. Der Koalitionsvertrag sei „eine gute Grundlage“ für die Arbeit der Regierung, sagte Scholz und fügte hinzu: „Es gibt dazu keine seriöse Alternative.“

Dennoch berichteten Korrespondenten aus der SPD-Zentrale, man habe dort die Befürchtung, eine Zustimmung zum Asylkompromiss könne die Basis verärgern und damit das Ende der Regierung einläuten. Sollten sich bei möglichen Neuwahlen die Kräfteverhältnisse nicht merklich verschieben, stünden die Genossen dann vor einem Dilemma und müssten wohl abermals ihre Mitglieder befragen. Viele Mitglieder hätten beim Mitgliederentscheid im vergangenen Herbst nicht aus Überzeugung, sondern aus Angst vor einem Untergang der Partei bei Neuwahlen für die Neuauflage des Bündnisses mit der Union gestimmt.

Neuwahlen kämen aber nicht nur für die Regierungsparteien zur Unzeit. Auch die größte Oppositionspartei war zuletzt spürbar erleichtert, dass ihre Abgeordneten ohne die Aussicht auf einen erneuten Bundestagswahlkampf in die Sommerferien gehen konnten. Entgegen aller Unkenrufe hatte sich die AfD-Fraktion nach der Bundestagswahl im vergangenen September schnell gefunden, sogar den Austritt der ehemaligen Parteivorsitzenden Frauke Petry gut verkraftet. Viele Abgeordnete hatten aber Mühe, geeignetes Personal zu finden. Jetzt, wo gerade erst eine professionelle Arbeitsleistung gewährleistet sei, kämen Neuwahlen gar nicht gut, heißt es aus der Fraktion. Offiziell klingt das natürlich anders, wenn Partei- und Fraktionschef Alexander Gauland erklärt, seine Partei freue sich auf einen Wahlkampf gegen die Kanzlerin Merkel, aus dem die AfD als großer Gewinner hervorgehen würde. Gaulands Wiederwahl wäre naturgemäß sicher, allerdings fürchten viele Abgeordnete, in den chronisch unruhigen Landesverbänden könnte es ein Hauen und Stechen um aussichtsreiche Listenplätze geben. Es seien Anfechtungen zu befürchten, am Ende liefe die AfD gar Gefahr, nicht in allen Bundesländern antreten zu können, heißt es aus der Partei.

Ähnlich unruhig könnte es für den Fall der Fälle bei der Linkspartei zugehen. Obwohl die Umfragewerte gut sind, gelten Partei- und Fraktionsspitze als zerstritten. Bei möglichen Listenaufstellungen könnten die Anhänger von Fraktionschefin Sahra Wagenknecht unter Druck geraten, da diese im Verdacht steht, eine neue Partei gründen zu wollen, weil sie seit Monaten für eine linke Sammlungsbewegung trommelt.

Verdächtig ruhig ist es dagegen bei der FDP. Das liegt auch daran, dass der Vorsitzende Christian Lindner in Berlin eine One-Man-Show veranstaltet und händeringend ein Thema zur Selbstdarstellung sucht. Ihre Weigerung, in eine Jamaika-Koalition einzutreten, hat der FDP viele Optionen genommen. „Warum FDP wählen?“, könnten sich viele Bürger bei Neuwahlen fragen. Ganz ähnlich ist die Sachlage bei den Grünen. Dort sind die Umfragewerte zwar gut, zudem wird der neue Parteichef Robert Habeck als Medienliebling durch die Diskussionssendungen gereicht. Aber die einzige Aussicht auf eine Regierungsbeteiligung wäre es, den Platz der CSU in einem Bündnis mit SPD und CDU einzunehmen. Das sei der teilweise sehr linken Basis kaum zu vermitteln, heißt es aus der Partei. *Peter Entinger*

Rückfahrschein für Mörderfamilie

Fall Susanna Feldmann – Angehörige des möglichen Täters wollen jetzt aus dem Irak zurück nach Deutschland

Die Familie des mutmaßlichen Vergewaltigers und Mörders der 15-jährigen Susanna Feldmann, die mit ihrem Sohn Hals über Kopf Deutschland nach der Tat verlassen hatte, möchte nach der Rücküberlieferung ihres Sohnes in eine deutsche Haftanstalt auch wieder aus dem Irak nach Deutschland zurück. Nach Bundeskanzlerin Angela Merkels Gesetzesinterpretation darf Deutschland auch Schwerverbrecher an der Grenze nicht abweisen, wenn sie das Zauberwort Asyl sagen.

Der eiskalte Mord nach Vergewaltigung des jüdischen Mädchens Susanna Feldmann mutmaßlich durch den irakischen Asylsucher Ali Bashar vor einigen Wochen war der vorletzte in einer Serie ähnlicher grausamer Fälle in Leipzig, Kandel oder Freiburg, die allesamt von muslimischen Zuwanderern zumeist an Kindern verübt wurden.

Die Täter waren 2015/2016 unkontrolliert dem Willkommensruf Angela Merkels nach Deutschland gefolgt. Ohne Not hatte die Bundeskanzlerin die Grenzhoheit aufgegeben und Massen von jungen, nicht selten triebgesteuerten, muslimischen Männern ins Land gelassen.

Die Silvesternacht in Köln vor zwei Jahren hätte die Augen öffnen müssen, welches nicht ausgelebte Potenzial hier noch lauert. Erst der neue Bundesinnenminister Seehofer hatte die von muslimischen Zuwanderern ausgelöste Verbrechensserie, die das Vertrauen in die Sicherheit und den Rechtsstaat wie kaum etwas zuvor seit Bestehen der Bundesrepublik in der Bevölkerung erschütterte, zum Anlass genommen und wollte mit einer neuen Initiative die Oberhoheit an den Grenzen wieder zurückgewinnen und dort diejenigen Asylsucher nicht hineinlassen, die ihre Identität verschleiern oder bereits in einem anderen Land Schutz gefunden hatten. Zuletzt hat er sich mit seinen Transitzentren nur bedingt gegen Merkel durchgesetzt.

Ihm wurde von Merkel entgegengehalten, dass kein dringender Handlungsbedarf bestehe, da nur wenige Tausende Asylsucher in den letzten Monaten unter diese Kategorie fallen würden, die man hätte an der Grenze abweisen können. Dieses Argument klingt so ähnlich wie der Einwand, dass ein Haus kein Dach braucht, weil es ja im Sommer meistens nicht regnet. Wie brisant die Zurückweisung an der Grenze jedoch ist, zeigt das Beispiel der mutmaßlichen Mörderfamilie von Ali Bashar, die mit ihrem Sohn nach der Ermordung von Susanna freiwillig in ihr Heimatland Irak zurückgekehrt war, wo sie ja eigentlich verfolgt sein sollte.

> Kindermordserien sind Symbole einer Zeitenwende

Nachdem ihr Sohn in einer Schnellaktion des neuen Innenministers nach Deutschland zurücküberführt wurde, möchte nun auch die Familie wieder nach Deutschland zurückkehren. Die hessischen Behörden bereiten sich bereits darauf vor, dass die Familie von Ali Bashar womöglich wieder nach Deutschland kommt. Die Eltern und fünf Geschwister bekommen im Nordirak keine deutsche Sozialhilfe mehr, müssen angeblich am Hungertuch nagen und werden zudem dort von den irakischen Polizeibehörden auch wieder strafrechtlich „verfolgt“. Zumindest das letzte würde für einen Nachfolgeantrag, wie er im Asylgesetz festgeschrieben ist, genügen, und die Familie könnte an der Grenze nicht abgewiesen werden.

Die Referentin des Wiesbadener Sozialdezernenten Christoph Manjura (SPD) teilt einer Zeitungsanfrage bereits mit, „dass die Behörde quasi täglich auf eine Mitteilung warte, wonach ein neues Asylersuchen der Familie eingegangen sei“. Zuständig wäre wiederum das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, das schon vor mehr als einem Jahr alle Anträge der Familie abgelehnt und eine Einreisesperre für den Fall verhängt hatte, dass die Familie abgeschoben wird. „Nachfluchtgründe“ für einen Nachfolgeantrag, wie es im Juristendeutsch heißt, könnten jedoch diese Einreisesperre aufheben.

Vor dem Hintergrund der intensiven Asyldebatte in Deutschland hat der Fall Susanna Feldmann und Ali Bashar nun noch einmal zusätzliche Brisanz bekommen. Spätestens wenn der Prozess gegen ihren Sohn beginnt, wird die Familie von Ali Bashar wieder in Deutschland auftauchen und sicher auch einen geschickten Rechtsanwalt finden, der das löchrige Asylrecht wiederum ein Stück mehr aushöhlen kann, um auch Familien von Schwerverbrechern ein Asylrecht zuzuschustern.

Anders als für Seehofer reichen für Merkel die Kindermorde durch junge Asylsucher nicht aus, selbst aktiv zu werden. Sie wartet auf eine europäische Regelung. Dabei waren bereits in der Bibel, im Alten wie im Neuen Testament, Serien von Kindermorden immer auch ein Symbol für eine Zeitenwende. *Bodo Bost*

Kleine Städte groß im Kommen

Die Wiederentdeckung der Kleinstadt – So manche Provinz-Metropole prosperiert wider Erwarten

Metropolen wie Berlin gewinnen jedes Jahr viele Einwohner hinzu. Abseits der Großstädte ist aber seit einigen Jahren auch im ländlichen Raum eine überraschende Entwicklung zu beobachten.

Das Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung hat die Wanderungsbewegungen im Zeitraum von 2006 bis 2015 ausgewertet und dabei festgestellt, dass neben den großen Metropolen wie Berlin, Hamburg und München, auch mittelgroße Städte und Kleinstädte wieder Einwohner hinzugewinnen. In einer Studie namens „Trend Re-Urbanisierung?“, die das Forschungsinstitut und die Bertelsmann-Stiftung kürzlich vorgestellt haben, werden einige Kommunen aufgezählt, bei denen das Wachstum der Bevölkerungszahlen besonders deutlich ausfiel. Genannt werden Bad Neustadt an der Saale in Bayern, das ostfriesische Aurich und die Kreisstadt Heide in Schleswig-Holstein.

Im Kontrast zur weitverbreiteten Ansicht einer generellen Entvölkerung des ländlichen Raums stehen auch mehrere Beispiele aus den östlichen Bundesländern: Güstrow in Mecklenburg-Vorpommern wird in der Studie als eine derjenigen Klein- und Mittelstädte mit einem deutlichem Zuwachs genannt. Auch Finsterwalde im Süden Brandenburgs profitiert nach den Daten des Instituts für Landes- und Stadtentwicklungsforschung von Zuzug.

Die Forscher sehen ein ganzes Bündel an Ursachen hinter dieser Entwicklung. Festgestellt wurde unter anderem eine Wanderungsbewegung aus den Großstädten mit mehr als einer halben Million Einwohner. Vom Wegzug aus diesen Städten profitiert insbesondere das angrenzende Umland, der sogenannte Speckgürtel. Die Studie spricht in diesem Zusammenhang von „Überschwappeffekten“.

Allerdings gibt es nicht nur im Umland von Großstädten eine positive Bevölkerungsentwicklung, sondern zum Teil auch im ländlich geprägten Raum. Als Beispiele nennt die Untersuchung die Sängerstadt Finsterwalde in Brandenburg, Parchim in Mecklenburg-Vorpommern, Eschwege in Hessen und Hildburghausen in Thüringen.

Hinter dieser Bewegung stehen mehrere Faktoren: Wohnungsmangel und explodierende Mieten in den Großstädten, aber auch



Zeichen der Hoffnung über den Dächern von Finsterwalde: Ging die Einwohnerzahl der Sängerstadt in der Lausitz nach 1989 rapide zurück, so steigt sie seit Jahren wieder langsam an Bild: tws

das Angebot an Arbeitsplätzen bei mittelständischen Unternehmen in den betreffenden Regionen. Eine wichtige Rolle spielt zudem die persönliche Lebensplanung. Jugendliche zieht es zum Studium oder Lehrausbildung häufig in die größeren Städte, Familien mit Kindern sowie Senioren bevorzugen dagegen oft mittelgroße Städte oder das Leben in einer Kleinstadt.

Insbesondere die Rolle von Kleinstädten könnte in den kommenden Jahrzehnten sogar weiter wachsen. Im Zuge des demografischen Wandels werden in vielen Teilen Deutschlands die Dörfer weiter an Bevölkerung verlieren und immer stärker von Überalterung geprägt sein. Sinkende Einwohnerzahlen in ohnehin sehr kleinen Kommunen werden vielerorts dazu führen, dass eine Daseinsvorsorge in der kompletten Fläche kaum noch, oder nur zu extrem hohen Kosten geleistet werden kann. Dies betrifft die ärztliche Versorgung, die Anbindung an den öffentlichen Nahverkehr, Schul- und Kitaplätze, aber auch Einkaufsmöglichkeiten.

In diesen dünnbesiedelten Regionen können Kleinstädte stabilisierende Ankerpunkte darstellen, die eine Grundversorgung sicherstellen und sogar für junge Menschen und Familien das Leben im ländlichen Raum attraktiv machen. Bereits im vergangenen Jahr hat das Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung mit einer Emsland-Studie gezeigt, wie so etwas in der Praxis tatsächlich funktionieren kann.

Bereits der Titel der Studie „Von Kirchtürmen und Netzwerken – Wie engagierte Bürger das Emsland voranbringen“ weist auf einen entscheidenden Faktor hin in erfolgreiche ländliche Regionen hin. Aus Sicht des Berlin-Instituts verdankt es das Engagement „tatkräftiger Bürger, Unternehmer und Bürgermeister“, die im Emsland ein attraktives Lebensumfeld schaffen. Die Region bleibt damit wirtschaftlich stabil und für junge Menschen und Familien lebenswert.

Auch der Soziologe Rolf G. Heinze, von der Ruhr-Universität Bochum, sieht im Engagement einzelner Personen wie Bürgermeister, Pfarrer oder Unternehmer, die oft im Zentrum eines Netzwerkes sitzen, einen entscheidenden Faktor. Das Emsland wird gelegentlich schon als „Blaupause“ für andere Regionen empfohlen, tatsächlich gibt es in Deutschland abseits der Großstädte noch weitere ländlich geprägte Regionen, die stark prosperieren.

Auch die Politik hat die stabilisierende Wirkung der Kleinstädte längst erkannt. Auf einem Kongress „Kleinstädte in Deutschland“, der im Juni in Berlin stattfand, wies Marco Wanderwitz (CDU), Staatssekretär im Bundesinnenministerium, darauf hin, dass Deutschlands Kleinstädte die Heimat für 24 Millionen Menschen sind. Die Bundesregierung kündigte zudem auf dem Kongress eine Initiative zur Stärkung kleiner Städte an. Im kommenden Jahr soll erst einmal testweise eine Kleinstadtakademie ihre Arbeit aufnehmen. Kommunalpolitiker und Verwaltungsmitarbeiter sollen dort Lösungen für Kleinstädte bei der Stadtentwicklung und auf den Gebieten Bildung, Wirtschaft und Digitalisierung kennenlernen. Zudem will die Bundesregierung auch ein bereits bestehendes Förderprogramm „Kleinere Städte und Gemeinden – überörtliche Zusammenarbeit und Netzwerke“ in ihre Kleinstadt-Initiative integrieren.

Förderprogramm von 70 Millionen Euro

Für das Jahr 2018 ist dieses Förderprogramm mit rund 70 Millionen Euro ausgestattet. Angekündigt wurde zudem, dass das Bundesinnenministerium künftig regelmäßig einen Bericht zur Lage der Kleinstädte in Deutschland vorlegt. *Norman Hanert*

MELDUNGEN

Frische Basis für den Kaiser

Porta Westfalica – Nach zweijährigen Sanierungsarbeiten ist das 90 Meter hohe Kaiser-Wilhelm-Denkmal an der Porta Westfalica wieder vollständig eröffnet worden. Am Eröffnungstag besuchten bei Kaiserwetter gleich 4000 Besucher das 1896 eingeweihte, monumentale Denkmal am Weserdurchbruch. Da Teile des 1700 Quadratmeter großen Ringsockels vom Berghang abzurutschen drohten, musste dieser durch ein kompliziertes Sanierungsverfahren gesichert werden. Das Bundesbauministerium förderte die Umgestaltung mit 5,8 Millionen Euro. Außerdem wurde das Denkmal um ein Besucherzentrum und ein Panorama-Café erweitert, die weitere 11,4 Millionen Euro gekostet haben. Im Besucherpavillon wird das Preußen-Denkmal jetzt lehrmeisterhaft in einen historisch korrekten Kontext gestellt. Matthias Löb, der Direktor des Landschaftsverband Westfalen-Lippe (LWL), sagte: „Es ging nicht darum, dem Kaiser zu alter Herrlichkeit zu verhelfen.“ Der LWL erwartet als Eigentümer pro Jahr bis zu 200 000 Gäste. Ein neues Besucherkonzept soll dafür sorgen, dass die Verweildauer am Denkmal von zuletzt 15 auf jetzt 60 Minuten gesteigert wird. *tws*

Immer weniger Scheidungen

Wiesbaden – Deutsche Ehepaare lassen sich nicht mehr so häufig scheiden wie früher. Wie das Statistische Bundesamt bekannt gab, ist die Zahl der Ehescheidungen auf den niedrigsten Stand seit 25 Jahren gesunken. So wurden 2017 rund 153 500 Ehen richterlich geschieden, was gegenüber 2016 einen Rückgang um 9000 Scheidungen beziehungsweise um 5,5 Prozent bedeutet. Am häufigsten endeten Ehen nach dem „verflixten siebten Jahr“. *tws*

Profit mit dem Müll

Das geplante Verpackungsgesetz wirft seine Schatten voraus – Discounter Lidl will bei der Müllentsorgung mitverdienen

Am 1. Januar 2019 tritt das neue Verpackungsgesetz der Bundesregierung in Kraft. Derzeit sortiert sich der Markt neu, denn der Müll könnte für Hersteller teurer und für Entsorger lukrativer werden. Nun mischt auch noch der Discount-Riese Lidl mit.

Die im baden-württembergischen Neckarslum ansässige Schwarz-Gruppe, einer der größten Lebensmittelhändler der Welt, hat Anfang Juli angekündigt, das Abfallunternehmen Tönsmeier zu übernehmen. Damit kommt die Gruppe, zu der die Supermarktkette Lidl und der die Einkaufsmärkte von Kaufland gehören, einen wichtigen Schritt beim Ausbau ihres Entsorgungs- und Recyclinggeschäfts voran.

Die Übernahme soll rückwirkend zum 1. Januar dieses Jahres durch Green Cycle, ein Tochterunternehmen des Schwarz-Konzerns, erfolgen. Hintergrund des Deals ist offenbar ist das neue Verpackungsgesetz. Es schreibt den Dualen Systemen wie „Der Grüne Punkt“, die gelbe Tonnen und Säcke organisieren, ab dem kommenden Jahr vor, ihre Preise an die Wiederverwertbarkeit von Verpackungen zu koppeln.

Die neue Regelung soll Anreize für die Hersteller schaffen, auf wiederverwertbare Verpackungen zu setzen. Wie das Umweltbundesamt mitteilte, stieg die Verpackungsabfall-Menge zuletzt auf den Höchststand von 18,2 Millionen Tonnen. Verantwortlich hierfür seien Trends zu kleineren Portionen, Fertiggerichten, Versandhandel und dem Verkauf „zum Mitnehmen“ von Speisen und Getränken.

Bundesumweltministerin Svenja Schulze (SPD) sagte der Deutschen Presseagentur, die neue Regelung setze einen „ökologischen Wettbewerb“ in Gang. „Den brauchen wir, damit das Vertrauen in unser Entsorgungssystem wieder wächst.“

In Abstimmung mit dem Umweltbundesamt (UBA) stellte die Zentrale Stelle Verpackungsregister (ZSVR), die ab 2019 das Recycling kontrolliert, Ende Juni Vorschläge vor. Ein Joghurtbecher mit großer Papp-Hülle und Aludeckel oder bestimmte gefärbte Plastik-Verpackungen könnten demnach für die Hersteller künftig teurer und damit für die Entsorger lukrativer werden.

Jahrelang hat es sich Deutschland einfach gemacht. Früher verschiffte Deutschland allein 1,5 Millionen Tonnen Altplastik in die Volksrepublik China und nach Hongkong. Die Asiaten brauchten den Rohstoff für die heimische Wirtschaft. Das Geschäft mit dem Müll war durchaus lukrativ. Pro Tonne Plastikmüll flossen 20 Euro an deutsche Recycling-Unternehmen. Doch damit ist Schluss, weil Peking ein eigenes Recycling-System installiert hat.

Der Importstopp komme nicht überraschend, sagte Peter Kurth, Präsident des Bundesverbandes



Es häuft sich: Müll in einer Berliner Recyclinganlage Bild: Imago

der Entsorgungs-, Wasser- und Rohstoffwirtschaft (BDE) gegenüber der Deutschen Welle. Er fordert einen deutlichen Ausbau der Kreislaufwirtschaft nicht nur für Plastikmüll in Deutschland: „Es geht nicht nur darum, den Plastikmüll noch besser zu sammeln und zu trennen. Jetzt sind auch die Hersteller von Verpackungen gefragt.“

Genau in diese Richtung zielt auch das neue Gesetz. Und es könnte die Entsorgung richtig lukrativ machen. Durch die Übernahme tritt die Schwarz-Gruppe nun in direkten Wettbewerb zu den Branchenführern wie Remondis und Alba oder Veolia und Suez. Den Einstieg bei Tönsmeier, der bisherigen Nummer Fünf auf dem deutschen Entsorgungsmarkt, vollzieht die Lidl-Mutter dabei über die Tochtergesellschaft GreenCycle. Der Recyclingdienstleister ist für die Sammlung, Sortierung und Verwertung von jährlich rund zwei Millionen Tonnen Wertstoffen verantwortlich, die in den Filialen von Lidl und Kaufland anfallen. „Wir verfolgen eine klare Wachstumsstrategie und möchten uns als Treiber der Kreislaufwirtschaft und mit nachhaltigen Innovationen am Markt etablieren“, erklärte Dietmar Böhm, der Geschäftsführer von GreenCycle gegenüber der Tageszeitung „Die Welt“.

Wie die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ (FAZ) berichtet, stand die Tönsmeier-Gruppe mit Sitz im nordrhein-westfälischen Porta Westfalica seit Frühjahr zum Verkauf. Als Interessenten seien unter anderem der Branchenführer Remondis, die deutsche Tochtergesellschaft der französischen Veolia und der niederländische Finanzinvestor Waterland gehandelt worden. Das Gesamtpaket von Greencycle habe allerdings am meisten überzeugt. „Tönsmeier hat jetzt beste Chancen, unter dem neuen Eigentümer weiterhin profitabel zu wachsen“, teilte die Eigentümer-Familie mit. 2017 hatte das Unternehmen mit etwa 3000 Mitarbeitern rund 500 Millionen Euro umgesetzt. Der Gewinn lag dabei immerhin im zweistelligen Millionenbereich.

Mit der Übernahme von Tönsmeier will die Schwarz-Gruppe, die bisher die firmeninterne Entsorgungsfirma fast ausschließlich für den Eigenbedarf einsetzte, auf dem bundesweiten Entsorgungsmarkt mitmischen. „Wir erweitern dieses Marktsegment und wollen damit Geld verdienen. Diese Dienstleistung muss ohnehin bezahlt werden. Und bei unserer Größe ergibt es durchaus Sinn, die Sammlung selbst zu übernehmen“, erklärt eine Sprecherin: „Wir schaffen damit Wertschöpfung im Unternehmen.“

Wie die „FAZ“ unter Berufung auf Branchenexperten schrieb, plane die Schwarz-Gruppe zudem, ein eigenes duales System aufzumachen. „Der Markt für die dualen Systeme sortiert sich neu“, teilte das Unternehmen dazu lapidar mit. Man stehe am Anfang einer größeren Konsolidierungswelle. Schwarze Schafe, die bisher versucht hätten, Lücken im Gesetz auszunutzen, stünden schweren Zeiten gegenüber.

„Tönsmeier bringt großes Wissen in unsere Gruppe ein. Jetzt können wir Kreisläufe noch besser schließen und unser Wertstoffgeschäft ausbauen“, erklärte die Schwarz-Gruppe. Der Jahresumsatz von zuletzt mehr als 400 Milliarden Euro dürfte weiter steigen, was Lidl im Kampf gegen Aldi um die Nummer 1 unter den Discountern weiter Auftrieb geben wird. *Peter Entinger*

Erhöhung beschlossen

Anlass zu einer ersten Bilanz dreieinhalb Jahre nach seiner Einführung

Ab dem kommenden Jahr soll der gesetzliche Mindestlohn in Deutschland gleich zwei Mal steigen: Zum 1. Januar 2019 von derzeit 8,84 Euro auf 9,19 Euro pro Stunde und zum 1. Januar 2020 weiter auf 9,35 Euro. Das hat die zuständige Kommission aus Vertretern von Arbeitgebern, Gewerkschaften und Wissenschaft nun in Berlin mitgeteilt.

Die Proteste waren groß, als 2014 die damalige Große Koalition unter Bundeskanzlerin Angela Merkel Pläne zur Einführung eines gesetzlichen, flächendeckenden Mindestlohns vorstellte. Der zentrale Vorwurf lautete, dass man falsche Anreize setze und Ausnahmen erlaubt sein müssten. Zudem würde ein derartiger Eingriff in den Arbeitsmarkt zahlreiche Arbeitsplätze kosten. Nichtsdestotrotz trat das Gesetz über die Regelung des Mindestlohns zum 1. Januar 2015 in Kraft. Das ist nun schon dreieinhalb Jahre her, Zeit für eine Bilanz.

Dass die jüngste Veröffentlichung des gewerkschaftsnahen Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) hervorhebt, dass der Mindestlohn ein Erfolgsmodell sei, wird die wenigsten verwundern. Den Forschern zufolge erhöhe er das Wirtschaftswachstum um bis zu einem halben Prozent. „Geringverdiener erhalten durch den Mindestlohn im Schnitt 18 Prozent mehr Gehalt. Auch angrenzende Lohngruppen profitierten. Durch die höheren Löhne steigt der Konsum um 0,5 bis 0,7 Prozent“, heißt es in dem Papier. Das Bruttoinlandsprodukt liege über einen Zeitraum von zehn Jahren durchgehend um 0,25 Prozent höher als ohne Mindestlohn: „Gibt der Staat diese Mehreinnahmen, etwa höhere Steuern, wieder aus, steigt die Wirtschaftsleistung sogar doppelt so stark.“

»Der Mindestlohn hilft vielen und schadet niemandem in Deutschland«

Laut dem Bundesarbeitsminister Hubertus Heil (SPD) helfe der Mindestlohn „vielen und schadet niemandem in Deutschland“. Um im Alter eine Rente oberhalb der Grundsicherung zu sichern, müsste der Mindestlohn allerdings laut Berechnungen der Bundesregierung massiv angehoben werden, von derzeit 8,84 Euro auf mindestens 12,63 Euro, so Heils Ministerium in einer Antwort auf eine Parlamentarische Anfrage im Bundestag.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund fordert daher weiterhin eine massive Erhöhung des Mindestlohnes Die Wirtschaftslage sei gut, „also muss es auch einen ordentlichen Zuschlag geben“. Das Ziel müsse sein, „zu einem existenzsichernden Mindestlohn zu kommen“, sagte DGB-Chef Rainer Hoffmann der „Saarbrücker Zeitung“. Gleiches fordert auch der Sozialverband VdK Deutschland. „Die Unternehmen müssen endlich ihre Beschäftigten am wirtschaftlichen Aufschwung beteiligen. Wir brauchen einen Mindestlohn, der über zwölf Euro liegt, um Armut wirksam zu bekämpfen“, erklärte die Präsidentin des Verbandes, Verena Bentele.

»Wir brauchen beim Mindestlohn keinen öffentlichen Überbietungswettbewerb«

Die Arbeitgeberseite ist dagegen weiterhin um Zurückhaltung bemüht. „Wir brauchen beim Mindestlohn keinen öffentlichen Überbietungswettbewerb“, sagt Steffen Kampeter, der als Hauptgeschäftsführer der Arbeitgeberverbände in der Mindestlohnkommission sitzt. *Peter Entinger*



Beschlossene Sache: Der Mindestlohn wird vom kommenden Jahr an in zwei Stufen steigen

Bild: Colourbox

Zeitzeugen



Bild: Imago

Reiner Hoffmann – „Gute Arbeit hat ihren Preis. In Bangladesch kommen Tausende Menschen wegen der schrecklichen Arbeitsbedingungen zu Tode, nur damit wir hierzulande ein T-Shirt für 1,50 Euro kaufen können“, sagt der DGB-Vorsitzende. „Wenn man in diesen Ländern vernünftige Arbeitsbedingungen schaffen und das T-Shirt dafür zwei Euro kosten würde, würde das niemanden überfordern. Analog lässt sich das für den Mindestlohn übertragen.“

Björn Höcke – Der Thüringer AfD-Chef steht in der Sozialpolitik als Wortführer der Ostverbände für eine „linken Kurs“. Höcke macht sich für eine „armutsfeste Staatsbürgerrente“ stark und eine Anhebung des gesetzlichen Mindestlohns.

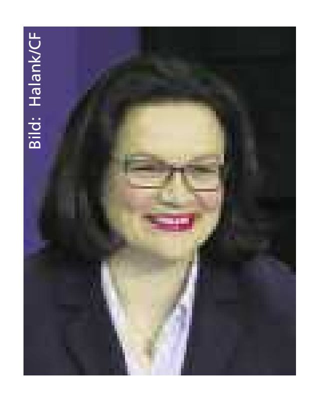


Bild: Halank/CF

Andrea Nahles – Die aktuelle SPD-Vorsitzende und Bundesarbeitsministerin in der vergangenen Legislaturperiode nimmt für sich in Anspruch, Geschichte geschrieben zu haben. Ein „historischer Meilenstein“ sei die Einführung des Mindestlohns Anfang 2015 gewesen, betont sie immer wieder. „Wir haben als SPD jahrelang dafür gestritten zusammen mit den Gewerkschaften und vielen anderen.“

Josef Schlarmann – Der Ex-CDU-Politiker und langjährige Sprecher der Mittelstandsverbände war einer der schärfsten Gegner der Mindestlohn-Einführung. Im Frühjahr hat er ein Buch veröffentlicht, um mit Angela Merkel abzurechnen. Immer habe sich die Regierung und damit die CDU-Vorsitzende und Bundeskanzlerin Angela Merkel weg von der Marktwirtschaft in Richtung Regulierung durch den Staat bewegt. Als Beispiele nennt er die Reform der Unternehmenssteuer, das Arbeitslosengeld I, die Frauenquote, die Mietpreisbremse und den Mindestlohn.



Bild: Halank/CF

Martin Dulig – Die geplante Anhebung des Mindestlohns auf 9,35 Euro erntet in Sachsen nur wenig Lob. Wirtschaftsminister Martin Dulig (SPD) begrüßte zwar die Anhebung, kritisierte aber, dass die Mindestlohn-Kommission keine deutlichere Erhöhung vorgeschlagen habe. Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt würden das hergeben.

Anfänglich alles andere als beliebt

Der Mindestlohn hat in Deutschland eine lange Geschichte und war über Jahre ein Zankapfel der Politik. Selbst in den Gewerkschaften und der SPD war er zunächst nicht unumstritten. Das immer weiter sinkende Lohnniveau im Niedriglohnbereich, die abnehmende Tarifbindung und die Hartz-IV-Regelungen haben aber schließlich doch zur Einführung eines allgemeinen gesetzlichen Mindestlohns ab Januar 2015 geführt.

„Noch vor einigen Jahren lehnten ihn alle ab. Die Oberen in der SPD, die Gewerkschaftsbosse, die führenden Wirtschaftsexperten, Unionspolitiker und Arbeitgeber sowieso. Wer das Wort Mindestlohn in den Mund nahm, galt schon als Kommunist“, erinnerte die „Süddeutsche Zeitung“ an die zähen Debatten. Im Juni 2007 beschloss die Große Koalition erstmals ein einheitliches Vorgehen in Sachen Lohnuntergrenze. Man sah vor, dass anstelle flächendeckender Mindestlöhne wie ihn damals bereits die SPD forderte, einige weitere Branchen in das damals geltende Entsendegesetz aufgenommen und ihre Tarifverträge für allgemeinverbindlich erklärt werden. Zugleich sollte eine Reform des ein halbes Jahrhundert lang in Vergessenheit geratenen „Mindestarbeitsbedingungengesetzes“ Niedrigstlöhne in praktisch tariffreien Branchen verhindern.

Über Jahre ein Zankapfel der Politik

Nachdem die Große Koalition 2009 durch eine bürgerliche abgelöst worden war, wurde die Einführung eines Mindestlohns zu einer zentralen Forderung der Opposition. Mit dem neuerlichen Eintritt der SPD in die Bundesregierung im Herbst 2013 wurde die Einführung des Mindestlohns auch in dem Koalitionsvertrag festgeschrieben. Dennoch gab es bis zuletzt auch kritische Stimmen. „Mit der Einführung des Mindestlohns haben wir es mit einer Operation am offenen Herzen der sozialen Marktwirtschaft zu tun. Die Einführung dessen, was wir heute machen, kann in seiner Wirkung keiner richtig beurteilen“, sagte der damalige Arbeitsmarktexperte der Unions-Fraktion Karl Schiewerling. *P.E.*

Fast keiner hat keinen

22 EU-Mitgliedsstaaten haben einen Mindestlohn

Von den 28 EU-Mitgliedsstaaten verfügen 22 über einen allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn. Deutschland hat dabei einen der höchsten Mindestlöhne in der EU. Gemessen am sogenannten mittleren Einkommen fallen die Zahlungen in Deutschland allerdings eher niedrig aus.

Gerade im Osten der EU ist die Lohnuntergrenze nach wie vor sehr niedrig angesetzt. In Litauen liegt sie beispielsweise bei 2,45 Euro, in Polen bei 2,85 Euro. Von einer Mindestlohnerhöhung können dort viele nur träumen. Spitzenreiter unter den neuen EU-Ländern ist Slowenien. Dort gilt ein Mindestlohn von 4,84 Euro.

In Luxemburg erhalten Arbeitnehmer am meisten: Hier dürfen sie mit etwa 11,27 Euro rechnen, während es in Frankreich 9,76 Euro sind. In den Niederlanden verdienen entsprechend Beschäftigte mindestens 9,52 Euro, in Belgien 9,28 Euro und in Irland 9,25 Euro je Stunde.

Die absoluten Zahlen für sich genommen sind jedoch nur die halbe Wahrheit. So sind sie stets im Zusammenhang mit dem mittleren Einkommen zu sehen. Hier liegt Deutschland eher im unteren Bereich. Ein Arbeitnehmer mit Mindestlohn bekommt knapp 47 Prozent des Medianlohnes, also des Lohnes, der genau in der Mitte der Lohnverteilung liegt. Bei Spitzenreiter Frankreich beträgt der Mindestlohn beispielsweise mehr als 60 Prozent des mittleren Einkommens.

Den höchsten hat mit 15 US-Dollar der Staat New York beschlossen

In diesem Zusammenhang lohnt sich auch ein Blick über den „Großen Teich“. Ein gesetzlicher Mindestlohn existiert in den Vereinigten Staaten von Amerika bereits seit 1938. Damals betrug der kleinste zu zahlende Lohn 0,25 US-Dollar und erreichte 1968 mit 1,60 Dollar seine höchste Kaufkraft. Sie entspräche heute etwa der von 10,70 Dollar oder 9,16 Euro. Den einzelnen Bundesstaaten steht es frei, den Mindestlohn innerhalb ihres Regierungsbereichs zu erhöhen. Der Bundesstaat New York hat unlängst einen Mindestlohn von 15 US-Dollar beschlossen. Er gilt ab dem 1. Januar 2019 für alle Unternehmen mit mindestens elf Mitarbeitern und entspricht 12,88 Euro. Derzeit liegt weltweit kein Mindestlohn höher. *P.E.*

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Dr. Jan Heitmann

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbriefe: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimatarbeit: Christiane Rinser-Schrut; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

Korrespondenten: Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein), Jurij Tschernyschew (Königsberg).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2016: Inland 11 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 13,50 Euro, Luftpost 17,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 2,70 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann.
Es gilt Preisliste Nr. 33.

Konten: Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon	**(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion	(040) 4140 08-32
Fax Redaktion	(040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen	(040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb	(040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb	(040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

Tschetschenen stellen Ansprüche

Protest gegen Unterbringung in Heimen – Dabei halten Kaukasier-Klans die Polizei in Atem



Polizeieinsatz im Asylbewerberheim in der Cottbuser Hegelstraße: Nach mehreren Schlägereien zwischen verschiedenen Asylbewerbergruppen durchsuchen Polizisten die Einrichtung

Bild: pa

In den vergangenen Monaten sorgten vor allem gewalttätige syrische Jugendliche dafür, dass die Stadt Cottbus in die Schlagzeilen geriet. Nun sind auch noch Auseinandersetzungen zwischen anderen Immigrantengruppen eskaliert:

Bereits Mitte Juni gingen auf einem Fußballplatz im Cottbuser Stadtteil Sachsendorf zwei Gruppen junger Männer aus Tschetschenien und Afghanistan aufeinander los. Bei den gewaltsam ausgetragenen Auseinandersetzungen wurden sechs Menschen verletzt, eine Person erlitt eine Stichverletzung. Die Polizei nahm insgesamt 26 Männer in Gewahrsam. Ermittelt wird nun wegen des Verdachts der Körperverletzung und des Landfriedensbruchs.

Am Tag danach durchsuchten Polizeibeamte die Asylsucherunterkunft in Sachsendorf. Bei der Aktion stellten die Beamten Waffen und andere Gegenstände wie Golfschläger und Holzlatten sicher, die am Vortrag bei der Auseinandersetzung zum Einsatz gekommen sein sollen. Inzwischen hat der Vorgang eine weitere Wendung genommen: In einem offenen Brief erhoben tschetschenische Familien schwere Vorwürfe gegen Polizei und Politik und forderten eine Entschuldigung. In dem Brief, der an Brandenburgs Innenminister Karl-Heinz Schröter (SPD), an den Cottbuser Oberbürgermeister Holger Kelch (CDU) und offenbar auch an Bundespräsident Frank-Walther Steinmeier geschickt wurde, beklagten die Tschetschenen, dass bisher nur über sie gesprochen worden sei, aber weder Politik noch Medien mit ihnen gesprochen hätten. Zudem verlangten sie mit Blick auf die Vorgänge in der Nacht vom 12. auf den 13. Juni eine „Aufklärung über die Ungerechtigkeit, die wir erlebt haben".

Präsentiert wurden schwere Vorwürfe gegen die Polizei, der sie vorwerfen, sie hätte Tatverdächtige unter unmenschlichen Umständen festgehalten. Zudem wurde in dem Brief die Vermutung geäußert, das „überzogene Handeln der Polizei" sei eine Strategie, um Abschiebegründe bewusst zu produzieren.

In Asylunterkunft wurden Waffen sichergestellt

Vor allem an die Adresse der Stadt Cottbus und die Brandenburger Politik gerichtet ist der Appell, sie dezentral in Wohnungen statt in Heimen unterzubringen, ihnen Zugang zu Arbeit und zum Erlernen der Sprache zu gewähren sowie auf ein Ende der „rassistischen Voreingenommenheit" gegenüber Tschetschenen in Brandenburg zu drängen. Unabhängig davon, welche Berechtigung die Vorwürfe und Forderungen haben, die in dem Schreiben erhoben werden, kann die Landesregierung in Potsdam den Offenen Brief als Quittung für ein gescheitertes Vorgehen in Sachen Immigration aus Tschetschenien betrachten.

Der Landtagsabgeordnete Thomas Jung (AfD) beschäftigt sich bereits seit Jahren intensiv mit der Zuwanderung von Tschetschenen nach Brandenburg. In einer parlamentarischen Anfrage hatte Jung bereits Ende 2016 die parlamentarische Anfrage gestellt, welche Maßnahmen die Landesregierung gegenüber den polnischen Behörden und der Bundesregierung anstrenge, um die tschetschenischen Zuwanderer dauerhaft gemäß Dublin-II nach Polen zurückzuschieben. In einem Großteil der Fälle erfolgt die Einreise nach Deutschland nämlich über Weißrussland und Polen.

Gemäß der Dublin-Vereinbarung wäre damit eigentlich das EU-Land Polen für die Asylverfahren der Tschetschenen zuständig. Die Antwort der Landesregierung (Landtagsdrucksache 6/5870 aus dem Jahr 2016) förderte eine bemerkenswerte Information zu Tage. Das Innenministerium erklärte nämlich: „Für Überstellungen im Rahmen der Dublin-Regelungen ist das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge zuständig, welches auch regelmäßigen Kontakt zu den polnischen Behörden pflegt. Die Landesregierung verfolgt jedoch gegenüber dem Bund das Ziel, dass das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge – bei grundsätzlichem Festhalten am Dublin-System – bei Asylbewerbern aus der Russischen Föderation verstärkt von der Möglichkeit des Selbsteintritts in ein nationales Asylverfahren Gebrauch macht."

Als Begründung führte Brandenburgs Innenminister damals an, durch den Selbsteintritt in das Asylverfahren könnten „abgelehnte Asylbewerber von Deutschland direkt in die Russische Föderation abgeschoben werden, sofern sie nicht freiwillig ausreisen."

In schriftlicher Form lag damit eine Erklärung für eine Entwicklung vor, die bereits seit Jahren zu beobachten war: Obwohl Deutschland für die meisten der Asylverfahren eigentlich gar nicht zuständig ist, wächst die Zahl der Tschetschenen in Brandenburg kontinuierlich an. Insgesamt hat Brandenburg bislang schon rund 8000 Asylbewerber aus Tschetschenien aufgenommen. Gemessen an den illegalen Einreisezahlen bewegen sich nämlich nicht nur die Rückführungen in das eigentlich für diese Asylverfahren zuständige EU-Land nach Polen, sondern auch die direkten Abschiebungen in die Russische Föderation auf einem niedrigen Niveau. Eine Rolle spielen dabei die bereits bekannten Faktoren wie das Fehlen von Papieren oder das Untertauchen bei Rückführungsterminen.

Gerade die Immigration aus Tschetschenien hat massive Auswirkungen auf die Arbeit von Polizei und Verfassungsschutz. Ein Großteil der Islamistenszene in Brandenburg besteht aus Tschetschenen. Auch das Bundeskriminalamt (BKA) hat bis zu 250 Personen aus Tschetschenien und dem Nordkaukasus im Blick, die im Bereich der Organisierten Kriminalität mittlerweile ganze Geschäftsfelder übernehmen. *Norman Hanert*

Eigentor der Justiz

Von Theo Maass

Auf Facebook findet sich eine Seite „FCK AFD" – Keine Alternative für Berlin. Mitte vergangener Woche wurde dort über ein Urteil des Berliner Landesverfassungsgerichtes gejubelt. Die Berliner Verfassungsrichter vertraten die Auffassung, der von den Grünen gestellte Justizsenator Dirk Behrendt habe mit seinen Äußerungen im Bundestagswahlkampf nicht seine Neutralitätspflicht verletzt.

Der Senator hatte im Landesparlament versucht, zwei Kandidaten der Alternative für Deutschland (AfD) einzuschüchtern. Er ist Dienstvorgesetzter der Berliner Richterin am Landgericht Birgit Malsack-Winkemann und des Oberstaatsanwaltes in Berlin Roman Reusch. Er drohte beiden, die inzwischen Mitglieder des Deutschen Bundestages sind, mit dienstrechtlichen Konsequenzen. Als Vehikel diente ihm das „Mäßigungsgebot" für Beamten.

Nun wies das Gericht die Klage der AfD ab. Die Richter selbst werden nach politischen Gesichtspunkten ausgewählt, so ist dieses Urteil nicht gerade überraschend.

Behrendt konnte sich kaum noch zurückhalten. „Ich freue mich über die Entscheidung des Verfassungsgerichtshofs. Die offene politische Auseinandersetzung ist unerlässlich für die Demokratie. Sie lebt davon, dass politische Meinungen auch zugespitzt formuliert werden können. Das Opfernarrativ der AfD ist mit dieser Entscheidung erschüttert."

Opfernarrativ? Während des Wahlkampfes wurden fast alle Wahlplakate der AfD zerstört, Wahlkampfstände angegriffen, Helfer zusammengeschlagen, Gastwirte bedroht und der Justizsenator macht sich darüber lustig. Nun gut. Soll er. Selbst weniger informierte Zeitgenossen wissen, nach welchen Kriterien höhere Gerichte zusammengesetzt werden. Sofern sie dann halbwegs neutral urteilen, mag das in Ordnung gehen.

Dem ist hier aber nicht so. Wenn das Landesverfassungsgericht mitteilen lässt, Behrendts Äußerungen verstießen nicht gegen das Recht der AfD auf Chancengleichheit, wird das weit über den Sympathisantenkreis der AfD hinaus wohl anders wahrgenommen. Das Gericht hat sich selbst damit keinen Gefallen getan, weil es das eigene Ansehen bei den, wie es im Bürgerlichen Gesetzbuch heißt, „billig und gerecht" Denkenden verletzt.

Neben der Verkehrs - und der Bausenatorin ist Behrendt selbst wegen der Tage der offenen Tür in den Gefängnissen eine Belastung des linken Senats geworden. Im Herbst 2021 wird in Berlin ein neues Parlament gewählt. Bis dahin haben die Berliner Zeit über die Leistungen von Dirk Behrendt und seinen Senatorenkollegen nachzudenken.

Senat fördert Lastenräder

Rot-rot-grünes Verkehrsprojekt will Autos ausbremsen

Das Land Berlin stellt in diesem Jahr insgesamt 200 000 Euro zur Verfügung, um den Kauf von Fahrrädern zur Lastenbeförderung zu unterstützen. Antragssteller können sich ein Drittel der Kaufsumme erstatten lassen. Maximal werden 500 Euro für ein Lastenrad ohne Motor und 1000 Euro für ein Elektro-Modell als Zuschuss bezahlt. Für Anträge von Nutzergemeinschaften, wie etwa Hausgemeinschaften, ist eine Fördersumme von 40 000 Euro vorgesehen. Gewerbetreibende, die sich sich ein Lastfahrrad zulegen wollen, sollen mit 70 000 Euro, Privatleute mit insgesamt 90 000 Euro bezuschusst werden.

Der Senat setzt mit dem Förderprogramm die im Koalitionsvertrag enthaltene Absicht um, Berlin zu einer Fahrradstadt zu machen. So sollen 100 Kilometer Radschnellwege und 100 000 Abstellplätze für Fahrräder entstehen. Teil des Verkehrskonzeptes ist es auch, Lastenräder als Alternative zum Auto zu fördern. In Berlin-Prenzlauer Berg läuft schon ein von der Bundesregierung unterstütztes Projekt, bei dem Bestellungen von Versandhändlern per Lastenrad ausgeliefert werden. Die Pakete werden zunächst mit dem Auto zu kleinen Depots geliefert und dann den Kunden per Lastrad zugestellt.

Realität sind dagegen steigende Zahlen bei Kfz-Zulassungen

Kurz vor der parlamentarischen Sommerpause hat die rot-rot-grüne Koalition ein Mobilitätsgesetz für Berlin auf den Weg gebracht. Als erstes Bundesland überhaupt will Berlin damit das Miteinander von Autos, Fahrrädern und Bussen und Bahnen mit einem Gesetz regeln. Kritik an dem Mobilitätsgesetz kommt von Wirtschaftsvertretern. Sie weisen darauf hin, dass der Wirtschaftsverkehr mit dem Auto weiterhin notwendig sei, weil sich zum Beispiel Supermärkte und Einkaufszentren allein wegen der Warenmengen nicht mit Lastfahrrädern beliefern lassen. Besonders scharfe Kritik kam von der Berliner CDU, die das Gesetz bereits im Vorfeld als „reines Fahrradgesetz" bezeichnet hatte. Der CDU-Verkehrsexperte Oliver Friederici hatte im vergangenen Jahr im Zusammenhang mit den Plänen der rot-rot-grünen Koalition für ein Mobilitätsgesetz von einem „linksideologischen, radikalen Machwerk" gesprochen.

Im Kontrast zu den Bemühungen des rot-rot-grünen Senats stehen die KfZ-Zulassungszahlen in der deutschen Hauptstadt. Laut neuen Daten des Kraftfahrt-Bundesamts hat im letzten Jahr die Zahl der Pkw in Berlin die 1,2-Millionen-Marke überschritten. Weiter nach oben gegangen ist ebenso die Zahl der Fahrerlaubnisprüfungen. *N.H.*

Hochburg von Fanatikern

Salafisten sammeln Geld für neue Moschee in Berlin-Wedding

Die aufgrund ihrer radikalislamischen Ausrichtung vom Verfassungsschutz beobachtete As-Sahaba-Moschee, die bislang ihren Sitz in Berlin-Wedding hatte, ist auf Expansionskurs. Das bisherige Gemeindehaus in der Torfstraße/Ecke Sprengelstraße fasste rund 100 Menschen. Ende Juni wurden jedoch die bisherigen Räume gekündigt und die Salafisten haben nun per Videobotschaft angekündigt, zwei nebeneinanderliegende Lagerhallen kaufen zu wollen, in denen sich 1000 Menschen treffen können. Das in einem Hinterhof gelegene Objekt soll rund 800 000 Euro kosten. Im Internet kursieren Spendenaufrufe, mit denen die Salafisten das neue Objekt, das sich in Wedding, Moabit oder Tiergarten befinden könnte, angeblich finanzieren wollen. Terrorexperten gehen jedoch davon aus, dass der Löwenanteil nicht über den Bezahldienst Paypal zusammenkommen wird, sondern „über dunkle Kanäle aus dubiosen Quellen aus dem Nahen Osten." Islamismus-Experten vermuten, dass größere Beträge von Einzelpersonen aus Katar, den Vereinigten Arabischen Emiraten oder Saudi-Arabien kommen könnten.

Verfassungsschutz vermutet Ausbildung von Attentätern

Der Hausprediger der Moschee, Ahmad Armih, der in der Szene als Ahmad Abul Baraa firmiert, gilt als einer der wenigen Salafistenprediger, die bundesweit Einfluss haben. So verwundert es nicht, dass er auf Werbetour gegangen ist, um Spenden für die neue Berliner Moschee einzutreiben. Ende Juni war er beispielsweise zu Gast in der Hamburg-Harburger Taqwa-Moschee. Über Facebook informierte er seine 15 000 „Freunde". Daneben verbreitet er seine Botschaften über YouTube.

Dem Berliner Verfassungsschutz bereitet die Ausweitung der Salafistenzentren Sorgen. Schon jetzt gibt es die bundesweit bekannte Al-Nur-Moschee in Neukölln und die Ibrahim-al-Khalil-Moschee in Tempelhof. Ein drittes großes Zentrum könnte noch mehr junge Menschen radikalisieren als bisher schon geschehen. Die As-Sahaba-Moschee wird vom Verfassungsschutz beobachtet, weil sie im Verdacht steht, Attentäter ideologisch auf Terrorakte vorzubereiten. Der Islamist Reda Seyam, der die As-Sahaba-Moschee 2010 gegründet hat, steht im Verdacht, an einem Terroranschlag in Bali beteiligt gewesen und nach seiner Ausreise nach Syrien „Bildungsminister" beim Islamischen Staat geworden zu sein. In seiner Moschee verkehrte auch der Attentäter vom Breitscheidplatz, Anis Amri.

Manuela Rosenthal-Kappi

MELDUNGEN

Wieder Russland beschuldigt

London– Der Fall des Obdachlosenpaars, das sich in der Nähe von Salisbury mit dem Nervengift Nowitschok kontaminiert hat, mit dem vor vier Monaten der russische Ex-Agent Gavin Skripal und dessen Tochter vergiftet wurden, beunruhigt nach dem Tod der 44-jährigen Frau die englische Bevölkerung. Verteidigungsminister Gavin Williamson sprach in diesem Zusammenhang von einer „einfachen Realität ..., dass Russland einen Anschlag auf britischem Boden verübt hat“. Bislang ist jedoch unklar, wie das Paar mit dem Nervengift in Berührung gekommen ist. Ermittler gehen davon aus, dass es sich beim Durchstöbern eines Müllbehälters infiziert hat. *MRK*

Agrardiebstahl nimmt zu

Kiew – Laut Presseberichten in Agrar-Fachmagazinen nimmt die Plünderung landwirtschaftlicher Flächen, das sogenannte Agrar-Raiding, in der Ukraine rasant zu. Gerade in der Erntezeit kommen immer häufiger Diebstähle vor, weshalb die ukrainische Polizei Sondereinheiten gebildet hat, die schnell auf Notrufe reagieren können. Der Verband der Landwirte und Landbesitzer in der Ukraine hat angegeben, dass jährlich mehrere 100 Beschwerden über Agrar-Raiding eingehen. Im ersten Halbjahr 2017 seien allein 570 Meldungen eingegangen. Grund für diese Zunahme des Agrar-Raidings seien neben bewussten Betrugsfällen oft unklare Vertragsverhältnisse oder Fehler bei der Registrierung sowie Lücken in der Gesetzgebung. Betroffene Landwirte sind doppelt geschädigt, da in diesem Jahr die Pachtpreise deutlich gestiegen sind. Der Preis für Pachtflächen hat sich von 8,3 Prozent des durchschnittlichen Bodenwertes zu Beginn des Jahres auf jetzt 19,3 Prozent fast verdoppelt. *MRK*

»Ein Europa, das schützt«

Einen Schwerpunkt der EU-Ratspräsidentschaft soll die Asylpolitik bilden – aber nicht nur

Im Rahmen eines unter dem Motto „Servus Europa“ stehenden Festaktes bei Schladming in der Steiermark übergab am 30. Juni der bulgarische Ministerpräsident Bojko Borissow feierlich den EU-Ratsvorsitz an den österreichischen Bundeskanzler Sebastian Kurz. Zum Feiern ist den meisten Österreichern allerdings nicht zumute – zumindest, was den beginnenden EU-Ratsvorsitz betrifft.

Laut einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Unique research finden lediglich 36 Prozent der Österreicher, der Vorsitz ihres Landes sei „eine gute Sache, weil man Einfluss nehmen kann“. 21 Prozent der Befragten würden auf die Präsidentschaft lieber verzichten, da diese „nichts bringt und nur Geld kostet“.

Und nicht gerade wenig: Bisher hatte Kurz von 43 Millionen Euro gesprochen, die zusätzlich anfallen. In Wirklichkeit wird die Alpenrepublik aber wohl doppelt so viel in den Ratsvorsitz investieren müssen. Vergangenen Monat wurde bekannt, dass laut einer Antwort der Ministerien auf eine entsprechende Anfrage die Sachkosten 92,8 Millionen Euro betragen sollen, zusätzliche Personalkosten seien dabei noch nicht berücksichtigt. Immerhin werden in den sechs Monaten mehr als 300 Veranstaltungen abgehalten – das kostet.

Als größte Herausforderungen innerhalb der EU sieht Kurz die Abwicklung des EU-Austrittes des Vereinigten Königreichs und die Erstellung des mehrjährigen EU-Finanzrahmes nach 2020. Doch auch die aktuelle Asylkrise und damit eine der schwersten bisherigen Krisen der EU stellt für die österreichische Ratspräsidentschaft und Europa eine große Herausforderung dar.

Kurz möchte den Vorsitz dazu nutzen, der Behandlung des Asylthema innerhalb der EU noch mehr Gewicht zu verleihen. Jene, „die 2015 die Grenzen öffneten“, würden auch „die Schuld“ daran tragen, dass es heute „Grenzkontrollen zwischen Österreich und Bayern, Ungarn und Österreich, Italien und Österreich“ gebe, kritisierte der Kanzler beim Besuch der bayerischen Staatsregierung am 20. Juni in Linz indirekt die bundesdeutsche Regierungschefin Angela Merkel. Der ungarische Premier Viktor Orbán lobte indes die Haltung seines österreichischen Amtskollegen. Bei einem Treffen der ostmitteleuropäischen Visegrád-Staaten Ungarn, Tschechien, Slowakei und Polen in Budapest, bei dem es um das Thema Immigration ging, sprach Orbán wörtlich von einer „Achse Visegrád–Wien“.

> »Die Erwartungshaltung und somit der Druck auf Österreich sind relativ groß«

Bei seiner Rede im Europaparlament in Straßburg sagte Kurz: „Die Diskussionen in Deutschland zeigen, dass Europa den Fokus auf Außengrenzen benötigt.“ Demnach seien abgedichtete Außengrenzen die Conditio sine qua non für die Reisefreiheit innerhalb des Schengenraums, denn die Immigrationskrise habe das Vertrauen der Bevölkerungen in die europäischen Entscheidungsträger zutiefst „erschüttert“. Dabei wies Kurz darauf hin, dass die Grenzsicherung kein rein österreichisches Anliegen sei, sondern diese Ende Juni von den europäischen Staats- und Regierungschefs einstimmig beschlossen worden sei.



Feierliche Übergabe des EU-Ratsvorsitzes: Sebastian Kurz, EU-Ratspräsident Donald Tusk und Bojko Borissow (v.l.) Bild: Getty

Im Sinne des Mottos der EU-Ratspräsidentschaft „Ein Europa, das schützt“ soll die Schutzfunktion der EU vor allem in drei Bereichen in den Vordergrund gestellt werden: Sicherheit im Kampf gegen illegale Immigration beziehungsweise Sicherung der Außengrenzen der Europäischen Union, Sicherung des Wohlstandes und der Wettbewerbsfähigkeit durch Digitalisierung sowie Stabilität in der Nachbarschaft als Basis für die Heranführung des Westbalkans beziehungsweise Südosteuropas an die EU.

Als weitere Schwerpunkte der österreichischen Ratspräsidentschaft wurden eine Stärkung der europäischen Identität, ein mehrjähriger Finanzrahmen 2021 bis 2027, Verhandlungen über den Austritt des Vereinigten Königreichs (Brexit) sowie eine Überprüfung und Aktualisierung der Förderprogramme der EU gesetzt.

Mit der Dublin-Reform, dem Brexit und dem EU-Haushalt fielen drei gewichtige Themen in die Zeit des österreichischen Ratsvorsitzes, betonte die Angehörige der Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa (ALDE) im Europaparlament, Angelika Mlinar. „Da der bulgarischen Präsidentschaft viele Abschlüsse gelungen sind, ist die Erwartungshaltung und somit der Druck auf Österreich relativ groß“, so das Mitglied der liberalen Partei „NEOS – Das Neue Österreich und Liberales Forum“. *Michael Link*

Gefährliches Streben nach mehr Macht am Dnjestr

Der Westen versucht, Moldau enger an sich zu binden und die Russen aus Transnistrien zu vertreiben

Am Rande Osteuropas entwickelt sich in aller Stille ein Krisenherd, der zu einem gewaltigen Sprengsatz zwischen der NATO und Russland werden könnte. Dabei erinnert die Lage dort auf den ersten Blick ganz harmlos eher an eine der Maghrebinischen Geschichten des Schriftstellers Gregor von Rezzori.

Die zwischen Rumänien und der Ukraine liegende Republik Moldau hat manches mit der Ukraine und Georgien gemein. Alle drei Staaten waren früher Sowjetrepubliken. Sie sind heute souverän. Sie sind prowestlich. Sie haben an ihrer Grenze eine prorussische und von Russland unterstützte Separatistenbewegung. Und diese Kombination aus prowestlichen ehemaligen Sowjetrepubliken und prorussischen Separatistenbewegungen haben das Potenzial, zu einem gewaltigen Sprengsatz zwischen der NATO und Russland zu werden.

Im Falle Moldaus heißt das zwischen Zentralgewalt und Separartisten umstrittene Gebiet „Transnistrien“. Dieser Gebietsstreifen auf der linken, östlichen Seite des Dnjestr hat eine Fläche von rund dreieinhalbtausend Quadratkilometern, was etwa zwei bayerischen Landkreisen entspricht, einigen Hunderttausend Einwohnern, die sich zu je einem knappen Drittel aus Moldauern, Russen und Ukrainern sowie diversen weiteren Minderheiten wie Juden, Bulgaren, Armeniern, Tataren, Gagausen und Weißrussen zusammensetzt.

Die von den Separatisten gegründete „Pridnestrowische Moldauische Republik“ wird von niemandem anerkannt. Sie hatte sich in einem bewaffneten Konflikt von Moldau abgespalten. Die Kämpfe wurden durch die Vermittlung Russlands beendet, das Militär in Transnistrien stationiert hat.



Dem Westen ein Dorn im Auge: Ein russischer Soldat auf Wachtposten in Transnistrien

Bild: Imago

Dieses regionale Mächtegleichgewicht blieb über Jahre unverändert. Doch kürzlich brachte der NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg einen möglichen Eintritt Moldaus in das Bündnis ins Gespräch. Eine Einbindung Russlands in den Entscheidungsprozess erklärte er für unnötig. Als unfreundlichen Akt könnte Moskau es auch interpretieren, dass Moldaus Regierung dem Parlament eine neue Militärstrategie zur Beschlussfassung vorgelegt hat, deren Zielsetzung eindeutig ist. So werden die Truppen in Transnistrien als „Gefahr“ eingestuft.

Allerdings findet diese Strategie in Moldau keine einhellige Unterstützung. Der Präsident des Landes, Igor Dodon, kritisiert das Vorhaben und sagt: „Ich befürchte, dass der Transnistrien-Konflikt wiederbelebt werden könnte mit der Absicht, Russland in einen Krieg hineinzuziehen.“ Überschattet ist der Zwist zwischen Präsident und Regierung dadurch, dass Parlamentswahlen anstehen. Der Staatschef gehört der Partei der Sozialisten der Republik Moldau an, der Regierungschef, Pavel Filip, der Demokratische Partei Moldaus. Bislang liegen die Sozialisten bei den Umfragen vorn.

Die UNO verabschiedete in dieser Situation einen Beschluss, gemäß dem die russischen Truppen aus Transnistrien abziehen sollen. 64 Länder stimmten für den Antrag, 14 dagegen. Immerhin 83 enthielten sich. Moldaus Parlamentspräsident, Andrian Candu, bat den US-Kongress, einen gleichlautenden Beschluss zu fassen. Er tat dies anlässlich einer Reise in die USA, die er zusammen mit seinen Amtskollegen aus der Ukraine, Georgien, Litauen und Polen angetreten hatte, also Spitzenrepräsentanten der entscheidenden Gegner Russlands in der Region. Sie alle baten die USA um Unterstützung in Fragen der „regionalen Sicherheit“, ihre Länder würden von Russland bedroht, so die gemeinsame Klage.

Paul Ryan, der Sprecher des US-Repräsentantenhauses, garantierte Moldau, Georgien und der Ukraine die „feste Unterstützung der NATO beim Schutz von Souveränität und Sicherheit“. Ryan ließ diese Zusage nicht ohne einen Seitenhieb auf Russland: „Wir wissen, dass in diesen Ländern Wahlen anstehen und das Risiko der russischen Einmischung sehr groß ist. Deshalb werden wir diesen Ländern auf vielfältige Weise helfen.“

Während also anderswo die internationale Subversion der USA zuerst mühsam Farbrevolutionen anzetteln musste, bekommt sie Moldau auf dem Silbertablett serviert. Und nicht nur das, es sind sogar noch Waffenbrüder dabei, die genau ins Konzept passen. So ließ das ukrainische Außenamt verlauten, man werde Moldau im Transnistrien-Konflikt „partnerschaftlich unterstützen“. Pawel Klimkin, der ukrainische Außenminister, ergänzte: „Wir arbeiten konsequent daran, dass es keine russischen Truppen in Transnistrien mehr gibt. Transnistrien muss ein vollgültiger Teil Moldaus werden.“

Damit wächst die Gefahr eines unmittelbaren militärischen Konflikts mit Russland. Die Sprengkraft einer solchen Auseinandersetzung liegt weniger in der wirtschaftlichen oder militärischen Bedeutung Transnistriens oder auch Moldaus, sondern in der geografischen Lage dieser Länder in der unmittelbaren Nähe zu Russland. Einen klaren Kopf bewahrt bislang in den ganzen Gemenge nur Dodon. Er garantierte: „Zumindest solange ich Präsident der Republik Moldau bin, wird es hier keine NATO-Stützpunkte geben. *Florian Stumfall*

Bankenkrise made in Germany

Erträge von Deutscher Bank und Commerzbank zu gering: Ratingagenturen stufen die Geldhäuser herab

In seiner aktuellen Jahresanalyse zur deutschen Wirtschaft warnt der Internationale Währungsfonds (IWF) vor mehreren Gefahren. Neben zunehmendem Protektionismus, geopolitischen Unsicherheiten und einem Wiederaufflammen der Euro-Krise wird auch die Wettbewerbsschwäche des deutschen Bankensektors als Risiko genannt.

Nicht zum ersten Mal weist der Internationale Währungsfonds (IWF) auf ein gravierendes Problem im deutschen Bankensektor hin. Schon in der Vergangenheit rügte der IWF die schwache Profitabilität hiesiger Geldhäuser, die dabei im internationalen Vergleich das Schlusslicht bilden. Als wichtige Kenngröße gilt in der Bankenbranche das Aufwand-Ertrag-Verhältnis (cost income ratio). Dabei gilt, je geringer der Wert, desto profitabler arbeitet die Bank. Die Direktbank ING-DiBa erzielte im vergangenen Jahr ein Aufwand-Ertrag-Verhältnis von 44 Prozent. Die Unternehmensberatung Bain & Company hat für die deutsche Bankenbranche im Zeitraum von 2012 bis 2015 ein Aufwand-Ertrag-Verhältnis von 69 Prozent ermittelt. Das Niveau in den USA lag etwa um sieben Prozentpunkte niedriger. Umso alarmierender ist es, wenn etwa von der Deutschen Bank vor einiger Zeit ein Aufwand-Ertrag-Verhältnis von 98 Prozent berichtet wurde. Mit anderen Worten: Die Bank musste 98 Cent aufwenden, um einen Euro zu verdienen. Bereits vergangenes Jahr warnte der Volkswirt Markus Krall davor, dass sich in einigen Jahren „immer mehr Banken auf die Reise zu einer Cost-Income-Ratio von über 100 Prozent machen werden“. Der Unternehmensberater prognostizierte weiter, dass wir „ ...ca. im Jahr 2020 eine Mehrzahl der Banken operativ rote Zahlen schreiben sehen und zwar ohne dass dafür größere Kreditausfälle oder andere Unfälle des Risikomanagements notwendig wären.“ Bei der Schwäche der deutschen Banken spielen einige Sonderfaktoren eine Rolle: Es gibt hierzulande mit rund 1700 Instituten ungewöhnlich viele Banken. Der Markt ist stark fragmentiert, die Konkurrenz durch Wettbewerber ist dementsprechend scharf. Die Bankkunden können aus einer Vielzahl von Privatbanken, Genossenschaftsbanken und Sparkassen wählen. Obendrein machen der Branche immer mehr neue Unternehmen Konkurrenz, die über das Internet klassischen Bankdienstleistungen wie die Zahlungsabwicklung oder eine Kreditvermittlung anbieten. Kostengünstig arbeitende Direktbanken haben die Erlöse der klassischen Banken zusätzlich abschmelzen lassen. Die deutschen Banken können, anders als etwa ihre französischen Konkurrenten, durch die starke Zersplitterung des Marktes nur wenige Skalenvorteile nutzen. Zum Vergleich: Frankreich hat weniger als 500 Banken. Im internationalen Vergleich fällt noch eine weitere Besonderheit auf: „Der Anteil des Zinsüberschusses an den Einnahmen liegt in Deutschland mit 73 Prozent so hoch wie in keinem anderen Land“, so die Unternehmensberatung Bain & Company aus dem Jahr 2016. Der Befund macht deutlich, wie stark die Nullzinspolitik der Europäischen Zentralbank den Banken das bisherige Geschäftsmodell entzogen hat.



Hauptversammlung 2017: Commerzbank-Chef Martin Zielke stellt Zahlen vor Bild: Commerzbank AG

Nullzinspolitik verhagelt das Geschäft

Stark unter Druck geraten sind insbesondere die beiden großen Geldhäuser Commerzbank und Deutsche Bank. Die Commerzbank muss mittlerweile sogar um ihre Berücksichtigung im Börsenindex DAX fürchten. An der Börse ist der Wert des Unternehmens auf nur wenig mehr als zehn Milliarden Euro gesunken. Bleibt die Commerzbank-Aktie in diesem Tief, dann hat der Zahlungsdienstleister Wirecard gute Chancen, die Commerzbank im Leitindex des deutschen Aktienmarktes abzulösen. Die Commerzbank versucht unter anderem mit Gebührenerhöhungen für ihre Kunden, aber auch mit einer Konzentration auf das Geschäft mit Privat- und Firmenkunden gegenzusteuern. Vor Kurzem wurde bekannt, dass die Commerzbank die Sparte EMC, in der Geschäft mit Aktienderivaten und börsengehandelten Fonds (ETFs) gebündelt sind, an die französische Großbank Societé Generale verkauft. Commerzbank-Chef Martin Zielke sagte zu dem Verkauf: „Wir vereinfachen unser Geschäft“. Mit der Trennung von EMC verliert Deutschlands zweitgrößtes Geldhaus zwar weitere Erträge, allerdings wird auch Kapital für das Kerngeschäft mit Firmenkunden frei. Ins Visier genommen hat die Commerzbank auch Unternehmen, die Kunden der Sparkassen sind. Diese will die Commerzbank mit besonders niedrigen Zinssätzen für sich gewinnen.

Der Verbleib der Aktie der Deutschen Bank im DAX ist derzeit noch nicht gefährdet, dennoch steckt Deutschlands größtes Geldhaus in einer tiefen Krise. Erst vor Kurzem war der Aktienkurs der Deutschen Bank auf historischem Tief unter zehn Euro gefallen. Bei rund 2,07 Milliarden Aktien beläuft sich der Börsenwert der Bank damit nur noch auf etwa 20 Milliarden Euro.

Für weitere Negativschlagzeilen sorgte der Umstand, dass die Deutsche Bank in den Vereinigten Staaten USA den zweiten Bankenstresstest nicht bestanden hat. Der Einlagensicherungsfonds FDIC hat Berichten der „Financial Times“ und des „Wall Street Journal“ zufolge auch den US-Zweig der Deutschen Bank, der unter dem Namen Deutsche Bank Trust Company Americas firmiert, auf die Liste gefährdeter Problembanken gesetzt. Damit nicht genug. Auch die Ratingagentur Standard & Poor's hat die Bonitätsnote der Deutschen Bank vor Kurzem um eine Stufe von „A-„ auf „BBB+“ heruntergestuft. Für die Bank kann dies höhere Finanzierungskosten zur Folge haben.

Der Umbau der Deutschen Bank vom Finanzier der „Deutschland AG“ zur global agierenden Investmentbank hat sich mit der globalen Finanzkrise und hohen Strafzahlungen wegen illegaler Geschäftspraktiken nicht als sonderlich erfolgreich herausgestellt. Aktuell vermissen viele Beobachter auch eine klare Strategie für den Umbau der Bank. Der stellvertretende Vorstandsvorsitzende der Deutschen Bank, Marcus Schenck, könnte Anfang des Jahres ein Signal geliefert haben, wo es mit deutschen Banken hingehen könnte. Schenk sagte, er sehe die Bankenbranche in Europa vor einem tiefgreifenden Umbruch. „Europa braucht mehr Zusammenschlüsse von Banken“. Tatsächlich tauchen immer wieder Spekulationen über eine Fusion von Deutscher Bank und Commerzbank auf. Nicht weniger plausibel wäre, dass bald eine französische Großbank einen Übernahmeversuch bei einem der schwächelnden deutschen Konkurrenten unternimmt.

Norman Hanert

MELDUNGEN

Beide Koreas im Visier

Moskau/Seoul – Die Eisenbahnen Russlands und Südkoreas wollen kooperieren. Neben der Analyse von Beförderungsbedingungen nach Europa soll ein Projekt zur Verbindung der Transkoreanischen mit der Transsibirischen Eisenbahn unter der Einbeziehung Nordkoreas erörtert werden. Nord- und Südkorea würden einen Landkorridor für Containertransporte nach und aus Europa erhalten sowie Ölprodukte aus Russland über den Landweg transportieren können. Sollte die Eisenbahnkooperation umgesetzt werden, könnte Gazprom in einem zweiten Schritt seinen Traum von einer Gaspipeline über Nord- nach Südkorea verwirklichen *MRK*

Hoffnungen auf China

Berlin – An den Besuch des chinesischen Ministerpräsidenten Li Keqiangs in Berlin knüpfen Wirtschaftsvertreter große Hoffnungen auf eine weitere Öffnung des chinesischen Marktes für deutsche Unternehmen. Der Außenwirtschaftschef des Deutschen Industrie- und Handelskammerverbands, Volker Treier, betonte, dass China angesichts der schwierigen Beziehungen zu den USA als Handelspartner für Deutschland immer wichtiger werde. *MRK*

Die Schulden-Uhr:

Gesamtverschuldung:
1.947.637.121.132 €

Vorwoche: 1.947.683.565.139 €

Verschuldung pro Kopf:
23.551 €

Vorwoche: 23.551 €

(Dienstag, 10. Juli 2018, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Gelbe Gefahr an der Elbe

Chinesen wollen im Hamburger Hafen Containerterminal bauen

Die Umschlagbetriebe des Hamburger Hafens sind auf Konfrontationskurs zur Wirtschaftsbehörde der Freien und Hansestadt Hamburg. Sie wehren sich gegen den Plan von Wirtschaftssenator Frank Horch, im Zentrum des Hafens einen neuen Containerterminal durch ein chinesisches Konsortium bauen zu lassen.

Das strittige Vorhaben fällt in eine Phase der Stagnation beim Containerumschlag in den bestehenden vier Terminals im Hamburger Hafen. Schon aus diesem Grund ist ein weiterer Terminal aus Sicht der Betreiber Eurogate und HHLA nicht erwünscht. Berührt wird mit diesem Plan aber auch die brisante politische Frage, ob Hamburg ein Mosaikstein in Chinas „One Belt – One Road“-Initiative werden soll und damit ein weiterer Meilenstein auf Chinas Weg zum globalen Industriegiganten.

Seit Jahren baut China ein weltumspannendes Infrastrukturnetz mit Logistikzentren für den eigenen Handel. Speziell richtet sich das Interesse chinesischer Investoren auf Häfen. So signalisierten Chinesen schon vor Jahren Interesse an einem eigenen Terminal im Hamburger Hafen. Als eine der wichtigsten Drehscheiben Nordeuropas im globalen Seehandel hat Hamburgs Hafen eine Schlüsselfunktion. China ist mit Abstand wichtigster Handelspartner der Hamburger Hafenwirtschaft.

Wirklich überrascht war wohl niemand, dass ein chinesisches Konsortium im Sommer 2017 bei einem Ideenwettbewerb zur Entwicklung eines 42 Hektar großen Gebietes südlich der Werft Blohm & Voss als Sieger hervorging. Die Jury des Wettbewerbs hatten der Senat und die Hafenbehörde Hamburg Port Authority (HPA) eingesetzt, welche einen Großteil der Hafengrundstücke besitzt.

Chinas Internetriese Alibaba will sich in Europa breitmachen

Das chinesische Konsortium ist ein Zusammenschluss von Alibaba, Chinas größter Firmengruppe für Internet-Dienstleistungen und Online-Handel, und dem Baukonzern China Communications Construction Company (CCCC) sowie dessen Tochter ZPMC, Weltmarktführer bei der Herstellung von Containerbrücken für Häfen. Auf Steinwerder-Süd wollen die Investoren auf eigene Rechnung ein vollautomatisches Abfertigungsterminal sowie ein Logistikzentrum mit „smarten, automatisierten“ Lagerhallen bauen. Dort soll ein international aufgestelltes E-Commerce-Unternehmen einziehen, wobei es sich um die Alibaba-Gruppe handeln dürfte. Ferner sieht das Konzept der Chinesen vor, den angrenzenden Oder-Hafen zuzuschütten, ein Vorhaben, das in Hamburg auf breite Ablehnung stößt.

Die Beschäftigten der Hamburger Containerterminals befürchten, dass ein neuer Konkurrent aus China vor allem chinesische Schiffsverkehre in Hamburg auf sich ziehen könnte, was in der derzeitigen Lage einen immensen Schwund von Arbeitsplätzen zur Folge hätte. Auf dem Tisch liegt ein Vorschlag der Betriebsräte, auf der brachliegenden Fläche Industrie-Betriebe anzusiedeln. Außerdem verlangen sie eine Diskussion am Runden Tisch.

Eine endgültige Entscheidung der Wirtschaftsbehörde ist noch nicht gefallen. Sollte dies ohne Dialog mit den Belegschaften der Terminals geschehen, würden die Hafenarbeiter auf die Straße gehen, drohten die Betriebsräte und ein Verdi-Vertreter kürzlich bei einem Pressetermin. *D. Jestrzemski*

Wieder Kürzungen bei Opel

PSA-Konzern denkt über Teilverkauf von Rüsselsheim nach

Der französische PSA-Konzern denkt laut einem Medienbericht darüber nach, sich von wichtigen Teilen des Opel-Entwicklungszentrums in Rüsselsheim zu trennen. Unter Berufung auf ein internes, auf Mitte Mai datiertes Dokument, berichtet die Pariser Tageszeitung „Le Monde“, PSA und seine deutsche Tochter Opel hätten in den vergangenen Monaten Gespräche mit mehreren Entwicklungsdienstleistern geführt. Weiter wurde berichtet, dass von einem Verkauf rund 4000 der 7000 Angestellten des Entwicklungszentrums betroffen sein könnten. Ein Teilverkauf des Zentrums könnte vier Bereiche umfassen: die Abteilungen für Fahrzeugentwicklung, Antriebsentwicklung, Werkzeugbau und sogar die Teststrecke des deutschen Autobauers.

Insgesamt sollen diese Bereiche mit 500 Millionen Euro bewertet worden sein. Ein Opel-Sprecher sagte über die Verkaufsabsichten, die Abteilung in Rüsselsheim werde auch in Zukunft „alle Opel-Modelle entwickeln und die Aufgaben der 15 Kompetenzzentren für die gesamte Groupe PSA übernehmen“. Der Sprecher wies allerdings auch auf ein „stark rückläufiges Volumen von GM-Auftragsarbeiten“ beim Entwicklungszentrum hin und sagte, man wolle gemeinsam mit den Sozialpartnern eine Lösung finden. Angedeutet wurde in diesem Zusammenhang auch die Möglichkeit einer strategischen Partnerschaft. Wie „Le Monde“ berichtete, soll Opel im April bei einer Präsentation erklärt haben, man strebe über eine „Partnerschaft“ oder ein „Miteigentümerschaft-Konzept“ eine dauerhafte Lösung für die Mitarbeiter an.

Arbeitnehmervertreter bei Opel zeigten sich angesichts der Berichte über Verkaufsabsichten überrascht. Tatsächlich hatten die Führung von PSA und die Arbeitnehmer des deutschen Tochterunternehmens einen erbitterten Streit ausgetragen, der erst im Mai mit weitgehenden Zugeständnissen beigelegt wurde.

Neue Entwicklung trifft Arbeitnehmer völlig überraschend

Dabei wurde gegen Lohnzugeständnisse eine umfassende Beschäftigungssicherung bis einschließlich Juli 2023 vereinbart. Teil der Vereinbarung war, dass an den deutschen Opel-Standorten die Zahl der Beschäftigten von bislang rund 19000 nur um 3700 verringert wird. Dieser Abbau soll zudem auf freiwilliger Basis erfolgen, über Vorruhestandsregelungen und Abfindungen. Zugesichert wurde auch, dem Opel-Entwicklungszentrum mehr Aufgaben zu erteilen. Der Standort in Rüsselsheim wird häufig als das Herz von Opel bezeichnet.

Die französische PSA-Group hatte den angeschlagenen Autobauer Opel im vergangenen Jahr vom amerikanischen GM-Konzern übernommen. Noch unter dem Dach des damaligen amerikanischen Mutterkonzerns haben die Ingenieure in Rüsselsheim zahlreiche Komponenten entwickelt, die von General Motors dann im gesamten Konzernverbund genutzt wurden. Diese Aufträge fallen weg. Als künftige Aufgaben für das Zentrum in Rüsselsheim wurden die Entwicklung einer Plattform für leichte Nutzfahrzeuge für alle PSA-Marken und die Entwicklungen einer Brennstoffzellentechnologie genannt. Vor diesem Hintergrund nannte die „Wirtschaftswoche“ die Möglichkeit, dass Entwicklungsarbeiten, etwa für die Pkw-Modelle und die Antriebstechnik künftig, „in anderen PSA-Zentren entwickelt und in Rüsselsheim nur noch für die Opel-Modelle angepasst“ werden. *N.H.*

Dominoeffekt

Von Manuel Ruoff

Grundsätzlich könnte die von der CSU vorgeschlagene Zurückweisung an der Grenze ein wirkungsvolles Mittel gegen Masseneinwanderung sein. Sollte die Bundesrepublik Versorgungssucher an der Grenze zu Österreich zurückweisen, würde das einen von den Masseneinwanderungsbefürwortern gefürchteten Dominoeffekt auslösen. Die schwarz-blaue Regierung Österreichs hätte in dem Fall sowohl ein Motiv als auch eine triftige Rechtfertigung, nun ihrerseits an Österreichs Südgrenze abzuweisen. Und die Südländer wären motiviert, ihre Küsten zu schützen, da sie Personen, die es bis zu ihnen geschafft haben, nicht mehr gen Norden weiterreichen könnten.

Eine gute Verteidigungsanlage ist tief gestaffelt. Da reicht es nicht, eine Linie zu durchbrechen, denn die nächste wartet schon auf einen. Analog wäre es bei der Festung Europa. Der Versorgungssucher, der von Afrika über Italien und Österreich nach Deutschland will – um einen Klassiker zu nehmen – müsste also nach der europäische Außengrenze noch weitere Binnengrenzen überwinden. Es sind nicht die Möglichkeiten, Deutschland zu verteidigen, an denen es mangelt, es ist der politische Wille.

Unverständlich

Von Manuela Rosenthal-Kappi

Dass in unserem einst so angesehenen Land so gut wie nichts mehr funktioniert, die Infrastruktur verkommt, der Müll nicht mehr oder verspätet abgeholt wird, ist man ja schon gewöhnt. Dass aber trotz zahlreicher von radikalen Moslems verübten Morde, Terrorakte und sonstigen kriminellen Handlungen vonseiten der Regierung so gut wie überhaupt nicht durchgegriffen wird, ist für Otto Normalverbraucher völlig unverständlich. Wahrscheinlich ist es nur in einem Land wie Deutschland möglich, dass der vom Verfassungsschutz beobachtete und als radikal eingestufte islamische Verein As-Sahaba sich eine größere Moschee kaufen kann (siehe Seite 5) und deren Salafistenprediger Ahmad Abdul Baraa sich ungehindert in der ganzen Republik frei bewegen darf, um für die Verbreitung seiner von Hass gegenüber Andersgläubigen geprägten Religion werben zu können.

In der Presse heißt es, der Verfassungsschutz mache sich Sorgen über die Ausweitung der Salafisten. Ja, und warum passiert dann nichts? Ist das Innenministerium, dem der Verfassungsschutz untersteht, etwa nicht über dessen Erkenntnisse unterrichtet? Oder fürchten die Verantwortlichen die Auseinandersetzung mit Islamvertretern aller Couleur und nehmen stattdessen lieber in Kauf, dass radikale Prediger die ihnen in unserem Land garantierte Religionsfreiheit missbrauchen, um junge Menschen zu radikalisieren und zu weiteren Anschlägen, wie den auf den Berliner Weihnachtsmarkt durch den Tunesier Anis Amri verübten, anzustacheln? Letzterer war den Sicherheitsbehörden schließlich schon als Gefährder bekannt und ging in die As-Sahaba-Moschee.

Wolf im Schafspelz

Von Norbert Voll

Robert Habeck, Grünen-Chef und stellvertretender Ministerpräsident in Schleswig-Holstein, entpuppt sich zunehmend als Wolf im Schafspelz. Im Mai verkündete er, er wolle mit seiner Partei Zukunftsoptimismus ausstrahlen und überhaupt sollte die Sprache der Parteien einladend sein. Am vergangenen Sonntag ließ er im ARD-Sommerinterview wissen, er sorge sich um Deutschland, es gelte Probleme für Deutschland zu lösen. Soweit, so staatsmännisch.

Nur wenige Tage zuvor hatte er bei „Maybrit Illner“ die CSU-Staatssekretärin Dorothee Bär auf übelste Weise niedergeschrien und ihr vorgeworfen, ihre Partei sei europafeindlich, weil sie „ein Europa der Vaterländer“ wolle. Das sei der böse rechte Jargon. Im „Sommerinterview“ auf diesen Ausraster angesprochen, blieb Habeck eine Erklärung schuldig.

Es zeugt vom obskuren Weltbild der linken und grünen Ideologen, dass Vaterländer im Widerspruch zu Europa stehen sollen. Für Habeck ist das Wort Vaterland ein Reizwort. Kurioserweise hatte er es selbst in der Diskussionssendung mit Bär eingebracht, sich in Rage geredet und vom zivilisierten Diskurs verabschiedet.

In Staatsämtern ist Robert Habeck fehl am Platz

Vaterländer waren für Habeck ohnehin von jeher ein Thema. 2010 schrieb er: „Vaterlandsliebe fand ich stets zum Kotzen! Ich wusste mit Deutschland nichts anzufangen und weiß es bis heute nicht.“. Entsprechend ließ er im April dieses Jahres wissen, es gebe kein Volk, der Begriff diene nur dazu, Menschen auszugrenzen und zu stigmatisieren. Habeck gibt damit jene Positionen wieder, die in jedem Verfassungsschutzbericht unter der Rubrik „Linksextremismus – Antideutsche“ auftauchen.

In seiner Dissertation vom Jahre 2000 sympathisiert Habeck mit der linksextremen, gegenaufklärerischen Strömung des „Poststrukturalismus“. Deren Ziel war es, alle gewachsenen Strukturen in Europa abzuschaffen, die für Identität stehen – wie Volk und Nation. Dieses Gedankengut scheint Habecks Zielsetzungen bis heute zu prägen.

Das aber hindert ihn nicht daran, nach Vater Staat zu rufen, wenn die politische Konkurrenz beschädigt werden soll: „Der Bund sollte genau prüfen“, forderte Habeck im März, „ob die AfD vom Verfassungsschutz überwacht werden muss“. Wer aber Land, Leute und Verfassung am liebsten abgeschafft sähe, ist selbst ein Fall für den Verfassungsschutz.

Möglicherweise spielte bei Habecks Ausraster bei „Maybrit Illner“ auch die Frustration über den Fehlschlag der Jamaika-Verhandlungen auf Bundesebene eine Rolle. Immerhin war Habeck einer der Verhandlungsführer bei den damaligen Gesprächen – die er mit genau den Leuten führte, die im vorgeblich „rechten Jargon“ vom Europa der Vaterländer reden. Vielleicht ist die Umarmung des Feindes eine jener subversiven Methoden derer, die Volk, Nation und Staat pulverisieren wollen. Habeck ist gefährlich. In Staatsämtern ist er fehl am Platz.



Diskussionsrunde bei „Maybrit Illner“ in der Sendung vom 5. Juli zum Thema „Grenzwertiger Asyl-Kompromiss – bleiben nur Verlierer?“: Armin Laschet, Dorothee Bär, Maybrit Illner, Robert Habeck, Manuela Schwesig und Kristina Dunz (von links)

Bild: ZDF

Frei gedacht

Eine leider realistische Gruselvision

Von Eva Herman





Die Politik der offenen Grenzen finden viele deutsche Politiker gut. Während zwei Drittel der meist zahlenden Bundesbürger gegen die Politik der offenen Grenzen sind. Doch die Darsteller des dunklen Sommertheaters scheren sich schon lange nicht mehr um die Sorgen der Bürger. Die sollen arbeiten gehen und den Mund halten. Schließlich gibt es jetzt kein Recht auf nationale Entscheidungen mehr, sondern in Zukunft gibt es nur noch europäische Lösungen. Wie sagte Frau Merkel bei der Generaldebatte im Bundestag am 4. Juli doch: Beim EU-Gipfel habe man sich darauf verständigt, dass der Umgang mit Immigranten keine Frage für einzelne Länder in Europa sei, sondern „dass es eine Aufgabe ist, die alle angeht“. Mit „alle“ ist natürlich das Zentralkomitee in Brüssel gemeint. Und sie sagte, die Welt und die einzelnen Länder seien im tiefen Maße untereinander verflochten. „Deutschlands Zukunft ist mit Europa verbunden“, betonte Frau Merkel. Sie meint in Wirklichkeit die EU. Mit anderen Worten: Wer sein Land vor der Massenimmigration schützen will, wird seine Vorstellungen nicht mehr durchsetzen können, wenn Brüssel das nicht will. Und Brüssel will das ganz bestimmt nicht. Da hat man sich also beim sogenannten EU-Flüchtlingsgipfel Ende Juni verständigt. Man habe sich auf Aufnahmezentren für sogenannte Flüchtlinge außerhalb Europas geeinigt, vornehmlich in den nordafrikanischen Ländern, aber auch in Ländern der Sahelzone wie Tschad oder Niger.

Leider hatte man jedoch versäumt, diese Länder in Afrika vorher zu fragen, was wirklich nicht schlecht gewesen wäre. Und prompt sagen die nordafrikanischen Länder jetzt ab. Und schon ist er wieder verpufft, dieser großartige Deal. Spiegel online schreibt am 5. Juli über Libyens Bereitschaft: „Tripolis lehnt Flüchtlingslager kategorisch ab.“ Marokkos Außenminister Nasser Bourita sagte: „Marokko lehnt diese Methode ab und hat sie immer abgelehnt.“ Weiter heißt es, auch Tunesien wolle keine Auffanglager, weil die Stabilität des Landes infolge des sogenannten Arabischen Frühlings gefährdet sei. Ebenso sperrt sich Ägypten: So äußerte sich Parlamentspräsident Ali Abd al-Aal gegenüber der „Welt am Sonntag“ wörtlich: „EU-Aufnahmeeinrichtungen für Migranten in Ägypten würden gegen die Gesetze und die Verfassung unseres Landes verstoßen.“ Und auch Algerien sagt: Non!

Die Kolumne: Zwei Publizisten reden Klartext. Immer abwechselnd, immer ohne Scheuklappen und immer exklusiv in der *PAZ*. Dem Zeitgeist „Gegenwind“ gibt der konservative Streiter Florian Stumfall. „Frei gedacht“ hat Deutschlands berühmteste Querdenkerin Eva Herman.

Komisch, darüber wird jetzt nicht viel öffentlich diskutiert, es sind eher Randnotizen. Wobei wir es hier mit praktisch dem wichtigsten Bestandteil des EU-Asyldeals zu tun haben. Denn wenn es keine Aufnahmezentren außerhalb der EU gibt, dann müssen Millionen Immigranten halt in der EU aufgefangen werden. Das scheinen auch einige EU-Regierungschefs zu wissen. Weswegen sie sich jetzt zu sperren beginnen. Fast alle Länder Ostmitteleuropas und Osteuropas wollen nicht mitmachen, wie Tschechien, Ungarn, die Slowakei oder Polen, und auch Österreich und Italien werden in der Diskussion immer klarer: Man will seine Grenzen schützen. Aber das will die EU eben nicht. Angela Merkel scheint eine Art Exekutiv-Offizierin für Brüssel zu sein, damit das Ziel um jeden Preis erreicht wird. Weswegen die Kanzlerin unverdrossen und mantraartig die Phrasen von der „europäischen Lösung“ drischt. Egal, ob die wichtigsten Partner mitmachen oder nicht.

Aktuell wurde gemeldet, die Große Koalition habe sich nun endlich auf ein Asylpaket geeinigt. Es ist der nächste Akt im schlecht inszenierten Sommer-Drama, und zu Recht fragt die „Bild“: „Streitthema Transitzentren in Österreich: Wissen wir denn jetzt, wer ins Land kommt?“ Nein, das wissen wir natürlich nicht, auch nicht, wie viele es sind – heute, morgen, und in zehn Jahren. Vor allen Dingen ergibt die Konzentration auf die bundesdeutsch-österreichische Grenze keinen Sinn, da die Bundesrepublik Deutschland ja noch viele andere Grenzen hat. Wichtig zu wissen: 73 Prozent der illegal eingereisten Immigranten – von denen man überhaupt weiß – kamen gar nicht über Österreich ins Land. Und dann die Horrormeldung, dass die Mehrheit der nach Deutschland illegal eingereisten Immigranten auch 2018 ohne Papiere ins Land kam. Das belegen Zahlen der Bundespolizei. Demnach waren „rund 70 Prozent“ der 2018 aufgegriffenen Immigranten nicht im Besitz eines erforderlichen Passdokuments.

Die Ökonomen und Bestsellerautoren Marc Friedrich und Mathias Weik haben, gemeinsam mit dem Redakteur der „Fuldaer Zeitung“ Christof Völlinger, eine aktuelle Bestandsaufnahme zum Thema veröffentlicht. Heraus kam eine leider realistische Gruselvision, die vielen Leuten noch gar nicht klar sein dürfte. Europa wird umgebaut! Nationale Gesetze werden ausgehebelt! Einzelne Länder sollen sich nicht mehr wehren können gegen offene Grenzen! Die Völker sollen vermischt werden. 2050 schon soll es den Begriff Migranten nicht mehr geben, so die regierungsnahe Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ). Denn dann seien ohnehin alle Menschen vermischt.

Also: Widerstand von immer mehr europäischen Ländern gegen Brüssels zentralistisch gesteuerte Einwanderungspolitik: Aber was wird es noch nützen? In dem Bericht wird EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker als einer der wichtigsten Geburtshelfer für die unbegrenzten Einwanderungspläne genannt: Dessen erklärtes Ziel sei es, die Zuständigkeit für die Asyl- und Flüchtlingspolitik in fast allen Punkten von der nationalen auf die europäische Ebene zu verlagern. Wie soll es funktionieren? Ganz einfach, schreiben die Autoren: „Gaben bisher weitgehend EU-Richtlinien den einzelnen Mitgliedstaaten ein Ziel vor, das in nationales Recht umzusetzen war und wenigstens teilweise noch die Berücksichtigung von nationalem Recht erlaubte, so werden diese im Zuge der Reform weitgehend durch direkt anwendbare EU-Verordnungen ersetzt. Und diese lassen den Staaten keinen Spielraum mehr: EU-Verordnungen gelten unmittelbar in jedem EU-Mitgliedstaat. Abweichungen im nationalen Recht sind nicht möglich – den EU-Staaten ist es nicht einmal gestattet, gleichlautendes nationales Recht zu erlassen.“ Das Gemeinsame Europäische Asylsystem bedeute daher nichts anderes als: Im Bereich des Flüchtlingsrechts gibt es kaum noch Befugnisse für die EU-Mitgliedstaaten, eigene Regelungen zu treffen.

Die Autorin: Eva Hermans Buch »Das Eva-Prinzip« erreichte 2006 hunderttausende Leser. Weitere Bestseller über Medien, Familie, Mutterschaft und Spiritualität folgten. Die ehemalige ARD-Moderatorin, die 1958 in Emden geboren wurde, lebt in Hamburg.

Tja, das bedeutet letztendlich auch, dass das ganze Affentheater Merkel/Seehofer, GroKo, Beschlüsse, Einigungen, Asylpakete und Trallala grundsätzlich für die Katz war und künftig auch sein wird, was die Beteiligten natürlich wissen müssten. Denn gemacht wird, was das große EU-Zentralorgan festlegt, und nicht etwa das, was ein ehemaliger Ministerpräsident aus Bayern fordert. Am Ende noch ein Gedanke:

Die für eine Demokratie elementare Voraussetzung stellen die Subsidiarität und der Föderalismus dar, das heißt: Die kleinste Einheit eines Gesellschaftssystems sollte die maximale Eigenverantwortung für sich haben. Übergeordnete Instanzen sind nur dann zulässig, wenn – zum Beispiel ein Nationalstaat – nachweislich nicht in der Lage ist, seine Belange zum Wohle des eigenen Volkes selbst zu regeln. Was in diesem Fall das Wohl des Volkes bedeutet, geht hauptsächlich aus dessen Willen hervor. Kurz: Die Demokratie ist mit dieser neuen EU-Zielrichtung de facto erloschen und einer zentralistischen Diktatur gewichen.

Ganz Perugia fliegt zum Mond

Sommerzeit ist Festivalzeit in ganz Europa. Einen besonderen Platz im Festivalkalender hat sich Umbria Jazz (UJ) in Umbriens Metropole Perugia (knapp 170 000 Einwohner) im Herzen Italiens erobert. Im Jahr 1973 aus der Taufe gehoben, feiert eines der beliebtesten Jazz-Festivals in diesem Jahr seine 45. Auflage. Obwohl der Jazz weiterhin dominiert, hat das Festival in den vergangenen Jahren seine Türen doch ebenso für verwandte Musikgenres geöffnet.

Vom 13. bis 22. Juli verwandelt sich Perugias historisches Zentrum auch in diesem Jahr in nicht nur eine, sondern gleich mehrere Bühnen, die sich über dessen Hauptachse von der Piazza IV Novembre über den Corso Vannucci bis zur Piazza Italia verteilen – vor der glanzvollen Kulisse historischer Bauten, die sich hier lückenlos aneinanderreihen. Wegen des enormen Besucher-Interesses treten die wichtigsten Künstler seit 2003 in der Arena Santa Giuliana auf, zu Füßen des Felsplateaus mit dem autofreien historischen Zentrum.

Während der Musikgenuss auf den Straßen und Plätzen kostenlos ist, braucht man für die Arena Karten. Am besten bringt man auch ein weiches Sitzkissen mit, selbst wenn es bei der diesjährigen Eröffnung des Festivals viele voraussichtlich von den Sitzen reißen wird. Denn mit dieser Veranstaltung feiert UJ nicht nur sich selbst, sondern vor allem den 85. Geburtstag von Quincy Jones.

Mit Michael Jackson war Jones eines der erfolgreichsten Musiker-Produzenten-Duos der Musikgeschichte. Der Song „Fly Me to The Moon", den Jones für Frank Sinatra mit der Big Band von Count Basie arrangierte, war

Altmeister Quincy Jones beim Jazzfest

das erste Lied, das 1969 von Buzz Aldrin bei der Apollo-11-Mission auf dem Mond gespielt wurde.

Zu den Gästen, die sich in Perugia um die Musikikone scharen, gehören viele internationale Stars, die in der Vergangenheit mit Jones gearbeitet haben: aus Amerika die Soul-, R&B- und Jazzsängerin Patti Austin, die virtuose A-cappella-Gruppe Take 6 und Jazzsängerin Dee Dee Bridgewater, aus Israel Noa und ihr Partner, der Gitarrist Gil Dor, aus Brasilien der Pianist und Sänger Ivan Lins, aus Kuba Alfredo Rodriguez und Pedrito Martinez sowie aus Italien der Jazztrompeter Paolo Fresu.

Musik erklingt allerorten. Denn während des Festivals bieten auch einige Restaurants, Weinbars und Kneipen kostenlose Konzerte mit Künstlern aus dem offiziellen UJ-Programm. Dazu gehören etwa die Bottega del Vino, Via Sole, 1, und das Ristorante La Taverna, Via Streghe, 8. Zur nächtlichen Jam-Session trifft man sich im Elfos, Via Sant'Agata, „the place to beer" mit der besten Auswahl an Fass- und Flaschenbier, oder im Shamrock, Piazza Danti, 8. In dem irischen Pub gibt es an den Festival-Wochenenden Life-Musik von Nate Kantner, dem diesjährigen Artist in Residence. Umbria Jazz ist so etwas wie die Fünfte Jahreszeit in der ansonsten zwar belebten, aber gerade am Abend nicht überbordend lebhaften Provinzhauptstadt. *Helga Schnehagen*

Unterkunftstipp: Fußläufig im historischen Zentrum liegt das Hotel Fortuna, Via Luigi Bonazzi, 19, 06123 Perugia PG, www.hotelfortunaperugia.com. UJ-Karten an der Abendkasse Arena Santa Giuliana, Service-Center in der Altstadt, Via Mazzini, oder im Internet: www.umbriajazz.com

Die Hauptstadtbühne vibriert

Beim Konzertsommer Berlin kommen Jung und Alt zusammen – Für sie alle heißt es: Eintritt frei

Die Hauptstadt vibriert. Leichtigkeit liegt in der heißen Luft, Lebendigkeit regiert. In allen Bezirken, an nahezu jeder Straßenecke finden Kiezfeste, Partys und Festivals statt. Kulturgenuss muss nicht teuer sein. Viele Veranstaltungen, Ausstellungen und Konzerte aller Art sind kostenlos.

Bei schönem Wetter kann in der Strandbar am Monbijoupark in Mitte sogar das Tanzbein geschwungen werden. Swing-, Tango-, Walzer- und Salsaklänge laden an jedem Abend direkt an das Spreeufer mit Blick auf das historische Bodemuseum inklusive. Im August versammelt das Straßenmusik-Festival „East Side Music Days" in Friedrichshain Nachwuchsbands an einem Ort, und am 1. Juli startete der Berliner Konzertsommer im Tiergarten mit einer wahren Jazzlegende in die Saison. Das Teehaus, ein besonders verwunschener Ort, bietet zum 20. Mal in Folge Musikern eine Plattform mitten im Grünen. Bis Anfang September jeden Sonntag ab 16 Uhr.

Die kleine Bühne im Berliner Englischen Garten ist eröffnet. Gesangsvirtuose Keith Tynes, der schon mit Größen wie Stevie Wonder, Gloria Gaynor oder den Weather Girls weltweit Konzerthallen zum Beben brachte, strahlt mit der Abendsonne um die Wette, und seine verschmitzten braunen Augen verraten die ungebändigte Lebensfreude, die ihn antreibt. Das ist purer Enthusiasmus seit 50 Jahren.

Als Mitglied der legendären US-Band „The Platters" tourte der Strahlemann rund um die Welt und sang Schlager wie „Only You", „The Great Pretender" oder „Smoke Gets in your Eyes". Er liebt und lebt den Soul der 70er und 80er, lässt Popsängerin Chaka Khan aufleben, huldigt der Band Earth, Wind and Fire, verehrt Lionel Richie „all night long" und setzt Whitney Houston mit seiner Interpretation ihrer Ballade „Greatest Love of All" ein musikalisches Denkmal. Sehnsuchtsvolle Erinnerungen an die Jugend spiegeln sich in vielen Gesichtern wieder.

„Es ist so wahnsinnig aufregend hier zu spielen. Dieser einmalige Park, das schöne Wetter, all die Gerüche, ein Genuss für alle



Stimmungsmacher vorm Teehaus: Berliner geraten in Wallung Bild: Murphy's Law, Ailya Bikmurzina

Sinne. Berlin findet draußen statt, ich bin nie zu Hause im Sommer", verrät der 63-jährige Wahlberliner. Ein echter Alleinunterhalter mit Herz und Stimmvolumen, der sich selbst wie 27 fühlt, eröffnet den diesjährigen Konzertsommer im Tiergarten. „I feel good", interpretiert er ausdrucksstark Blues- und Soul-Legende James Brown, und die Zuhörer singen nicht nur den Refrain mit, sondern tanzen ausgelassen miteinander. Musik verbindet und verzaubert eben.

„Der Mix aus Gästen ist fantastisch", schwärmt Teehaus-Betreiber Christian Münster. „Zu uns kommen die Abgedrehten und Aristokraten, die Jungen und Alten." Und die Stimmung ist fantastisch. Es wird laut mitgesungen, mitgetanzt, mitgefiebert. Und das bei 20 Konzerten mit einem breiten Spektrum von Latin, Jazz und Folk bis zu Reggae, Ska und Elektro-Swing. Am ersten Septembersonntag schließt die Göttin des Souls, Ingrid Arthur aus Georgia, mit ihrer Jam-Session die Sommerbühne.

Umsonst und draußen – wie es früher hieß – zieht die Berliner und ihre Gäste in den Bann. Wer Glück hat, sichert sich im Teehaus einen der rund 400 Plätze im Außenbereich, Verzehrpflicht gibt es keine. Die saftig grünen Rasenflächen des Tiergartens rundherum laden zum gemütlichen Picknick ein. Unter großen alten Eichen und verspielt wirkenden Akazienbäumen breiten Musikliebhaber ihre Decken aus, bunte Tupperboxen ploppen, Sektkorken knallen. Die pulsierende Weltmetropole entwickelt auf einmal einen besinnlichen Klang.

Man genießt und feiert unter freiem Sommerhimmel. Fernab des Hauptstadttrubels, voller Straßen und grölender Fußball-Liebhaber. Die Fanmeile wenige Meter weiter an der Straße des 17. Juni war nicht zu hören.

Das Teehaus liegt idyllisch, eingebettet in das grüne Herz Berlins. Ende des 17. Jahrhunderts ließ Kurfürst Friedrich III. aus dem ehemaligen Jagdrevier einen Lustpark für die Bevölkerung anlegen. Im 19. Jahrhundert wurde der dann vom berühmten Landschaftsgestalter Peter Joseph Lenné in einen englischen Volkspark verwandelt. Eine der schönsten Ecken ist der rund um einen Teich angelegte Englische Garten, der Einblick in die Landschaftsarchitektur der Heimat von Shakespeare und den Beatles gibt.

Jüngere Bands wie die Lehmann Brothers aus Frankreich reisen im Schnellzug aus Paris zum Berliner Konzertsommer an, schlafen zu neunt unter irgendeinem Baum und freuen sich ihres Lebens. Ihren rhythmischen Hip-Hop präsentieren sie ambitioniert und völlig losgelöst. Dabei sein ist eben alles!

Mit Herzblut und Engagement haben Christian Münster und seine Ehefrau Bianca Schönemann ihre Konzertreihe vorbereitet. Sie geben, ohne gleich an das Nehmen zu denken. „Wir bekommen keine müde Mark von der Stadt, weil man uns nicht für förderwürdig hält. Wir haben einfach Lust, Berlinern und Touristen etwas Kultur zu bieten."

100 000 Euro verschlingen die 20 Konzerte an zehn Sonntagen. Einnahmen von eisgekühlten Cocktails und frisch Gegrilltem, heißem Kaffee und selbstgebackenem Kuchen decken die Ausgaben bei Weitem nicht. Werbewirksam sind die Freilicht-Konzerte natürlich schon. Damit kennt sich der Werbefachmann, der die Kosten mit seiner Kölner Agentur kompensiert, aus. 5000 Gäste sorgen für Mund-zu-Mund-Propaganda, weit über die Landesgrenzen hinaus.

„Are you happy?" schmettert Strahlemann Keith Tynes mehrfach in die brodelnde Menge. „Jaaa, Jaaa!" Seine pure Herzensenergie schwappt direkt zurück auf die Bühne. Eine kleine intime Feier inmitten einer Weltstadt. „Celebrate good times, come on": Der Kool-&-the-Gangs-Klassiker gibt an diesem Sonntag eindeutig den Ton an. *Susan Bäthge*

Infos und Programm unter www.konzertsommer.jimdo.com

Im Boot mit Leutze

Ein deutscher Maler schuf das künstlerische Nationalheiligtum der USA

Das Gemälde „Washington Crossing the Delaware" gilt als das bekannteste Gemälde der USA. Es hängt im „Metropolitan Museum of Art" in New York. In den Amtsräumen des US-Präsidenten hängt nur eine Kopie. Das 3,78 mal 6,47 Meter große Bild zeigt ein Schlüsselereignis der amerikanischen Geschichte, als in der Nacht vom 25. zum 26. Dezember 1776 die eigentlich schon besiegte Rebellenarmee im Morgengrauen über den noch vereisten Fluss Delaware setzte, um einen überraschenden Gegenangriff zu starten, der dann auch erfolgreich war. Damit begann der Siegeszug der Rebellen gegen Englands Kolonialtruppen. Das Gemälde über diesen Vorgang wurde zur Ikone, zum Nationalheiligtum der USA.

Das Werk schuf allerdings ein deutscher Maler: Emanuel Gottlieb Leutze. Doch während dieser Künstler in den USA zu den Berühmtheiten gerechnet wird und mit seiner Historienmalerei auch über seinen Tod vor 150 Jahren hinaus eine große Nachwirkung erreichte, ist er in Deutschland nur Kunstliebhabern ein Begriff.

Leutze wurde am 24. Mai 1816 in Gmünd, dem heutigen Schwäbisch-Gmünd, geboren, wuchs aber in den USA auf, wohin die Eltern nach dem Wiener Kongress emigrierten. Da der Vater früh starb, hielt nun der Sohn die Familie mit Porträtmalereien finanziell über Wasser. Diese imponierten einigen vermögenden Bildkäufern. Sie finanzierten Leutze ein Kunststudium in Europa. So kam er 1841 nach Düsseldorf, wo er vom renommierten Historienmaler Carl Friedrich geprägt wurde und sein erstes großes Werk, „Kolumbus vor dem Rat von Salamanca", schuf.

Leutze heiratete eine Düsseldorferin und träumte von Historienbildern, die die Geschichte



Bild: The Metropolitan Museum of Art

Der Rhein stand Modell: „Washington Crossing the Delaware"

von der Reformation über die englische Revolution bis zur amerikanischen Unabhängigkeit darstellten. Dabei hatte er analog zu seinem Vater auch Hoffnungen auf Veränderungen in Deutschland. Während der Revolution 1848 gründete er mit Gesinnungsfreunden den Künstlerverein „Malkasten". Aber der revolutionäre Traum zerplatzte rasch.

Parallel reifte bei ihm der Plan, den deutschen Revolutionären in scheinbar aussichtsloser Situation mit einem Bild, das George Washington bei der Überquerung des Flusses Delaware darstellt, neue Hoffnung zu geben. Leutze wählte die Flusslandschaft des Rheins bei Kaiserswerth als Vorbild für seine Darstellung der Überquerung des Flusses Delaware mit mehreren Booten durch Washington mit seinen Getreuen. Das war in einigen Details historisch nicht ganz korrekt, zumal für den Kopf Washingtons die Porträtbüste des französischen Bildhauers Jean-Antoine Houdon herhalten musste. Das Sternenbanner hält auf dem Bild der spätere Präsident James Monroe. Für die anderen Figuren mussten meist Düsseldorf-Besucher aus den USA Modell stehen. Leutze wollte kraftvolle Amerikaner abbilden, keine duckmäusigen deutschen Landsleute. Die Düsseldorfer Künstlerfreunde waren begeistert.

Doch der ersten Bildfassung war kein Glück beschieden. Zunächst brach in Leutzes Atelier ein Brand aus, der das Bild beschädigte. Es gelangte nach der Restaurierung in den Besitz der Bremer Kunsthalle und wurde 1942 während eines Bombenangriffs vernichtet. Glücklicherweise hatte Leutze vor dem Verkauf der Erstfassung nach Bremen noch ein zweites Bild geschaffen. Damit reiste er 1851 in die USA, wo es zur Sensation gedieh, für 10 000 Dollar an einen New Yorker Millionär verkauft und erst 1897 vom Metropolitan Museum erworben wurde.

Ab 1859 arbeitete Leutze auf Dauer in den USA. Er schuf eine Kopie des berühmten Washington-Bildes für das Weiße Haus, war nun ein Star unter den Künstlern und erzielte für seine Bilder Höchstpreise. Den Höhepunkt bildete das Bild „Westward the Course of Empire Takes Its Way", ein Auftragswerk, das die Ausdehnung des jungen amerikanischen Staates nach Westen zeigen sollte, zum Monumentalschinken gedieh und ihm 20 000 Dollar eintrug. Damals ein Vermögen. Das Werk hängt heute im Treppenaufgang des Repräsentantenhauses.

Auf dem Gipfel seines Ruhms stehend starb Leutze am 18. Juli 1868 in Washington nach einem Spaziergang an einem Gehirnschlag. *Martin Stolzenau*

Auf nach Bubenhausen

Der Begriff „Heimat" wird langsam wieder modern. Quasi als Reaktion auf die Globalisierungsbewegungen besinnt man sich auch im Kino wieder auf die ländlichen Dinge. So hat seit Edgar Reitz der Heimatfilm eine ganz neue Dimension angenommen, und mit „Landrauschen" kommt am 19. Juli eine Art „Heimat 2.0" in die Kinos. Diesmal steht nicht Reitz' Hunsrück, sondern der bayerische Teil Schwabens im Mittelpunkt. Jetzt muss man sich den Ort Bubenhausen bei Neu-Ulm merken. Eine junge Frau aus der Großstadt kehrt dorthin, also zu ihren Wurzeln, zurück und muss alles wieder durchmachen, wovor sie geflohen ist: Fasching, Kaffeekränzchen, Kirchgänge. Und doch blüht sie an der Seite einer alten Schulfreundin wieder voll auf.

Die aus der Region stammende Regisseurin Lisa Müller versammelt eine muntere Schar an Laiendarstellern, die in schwäbischer Mundart frei Schnauze und mit lakonischem Witz auch über das lästern dürfen, was sonst als unzeitgemäß gebrandmarkt wird. Heimat ist, wo man sich frei fühlt oder, wie man in Bubenhausen sagt: „Passt schon." *H. Tews*



Bild: Arsenal Film

Unverzichtbar: Kirchengesang

»Vergib uns, Monarch!«

100 Jahre nach der Ermordung der letzten Zarenfamilie: Russland verehrt Zar Nikolaus II. als Heiligen

Am 17. Juli 2018 ist es 100 Jahre her, dass die letzte Zarenfamilie in Jekaterinburg erschossen und in einem Waldstück verscharrt wurde. Nichts mehr sollte von ihnen übrig bleiben. Seit der Heiligsprechung der Zarenfamilie im Jahr 2000 wird Zar Nikolaus II. und seinen Nächsten im Volk große Verehrung entgegengebracht.



Während einer Pilgerfahrt an die Gedenkstätte Ganina Jama, die an die Ermordung Zar Nikolaus' II. und seiner Familie erinnert: Eine Frau küsst das Heiligenbild des letzten russischen Zaren

Bild: Ullstein

Anlässlich des 100. Jahrestags der Ermordung des letzten Monarchen und seiner Familie tauchten in vielen russischen Städten Plakate mit dem Bild der letzten Zarenfamilie und der Aufschrift „17. Juli. 100 Jahre seit dem Tag der Ermordung der Heiligen Zarenfamilie und Gläubigen. Vergib uns, Monarch!“ auf. Solche Großplakate sind in St. Petersburg, Krasnodar, Omsk, Nowosibirsk, Sewastopol, Stawropol und Rostow am Don zu sehen.

Für die Aufstellung solcher Plakate machen Internetnutzer eine ungenannte Organisation verantwortlich, die – mit der Unterstützung von Staat oder Kirche? – schon seit einigen Jahren im ganzen Land zu den verschiedenen Gedenktagen, die mit der Zarenfamilie in Verbindung stehen, ähnliche Plakate an öffentlichen Straßen anbringt.

Pilgerfahrten zur Gedenkstätte Ganina Jama, die bei einer ehemaligen Grube errichtet wurde, in der die sterblichen Überreste der Zarenfamilie gefunden wurden, zeugen von der großen Verehrung, die der Zarenfamilie seit ihrer Heiligsprechung aufgrund ihres Märtyrertods am 20. August 2000 zuteil wird. DNA-Tests, die an den gefundenen sterblichen Überresten vorgenommen wurden, lieferten den Beweis, dass es sich tatsächlich um die Leichen Nikolaus II. und seiner Familie handelte. Konnte zunächst nicht zweifelsfrei geklärt werden, ob auch die Gebeine der jüngsten Zarentochter Anastasja darunter waren, so lieferten weitere DNA-Untersuchungen schließlich den Beweis, dass auch Anastasia das Erschießungskommando nicht überlebt hatte.

Gleichzeitig mit Wladimir Putins Antritt zu seiner ersten Amtszeit als Präsident und dessen öffentlichem Bekenntnis zum russisch-orthodoxen Glauben war es in Russland wieder möglich geworden, sich mit dem Schicksal der letzten Zarenfamilie auseinanderzusetzen. So sind heute Porträts und Charakterbeschreibungen jedes einzelnen Mitglieds der Zarenfamilie abrufbar: Von Olga, der ältesten Tochter, 1895, ein Jahr nach der Hochzeit der Eltern, geboren, wird berichtet, dass sie die Zurückgezogenheit und Bücher liebte, tieffühlend und ein Papakind war. Um den Hals trug sie ein Medaillon mit dem Bild Nikolaus' II., das in der Grube Ganina Jama bei Jekaterinburg gefunden wurde, wo man die Zarenfamilie verscharrt hatte. Ihre anderthalb Jahre jüngere Schwester Tatjana, nach Puschkins Protagonistin des „Eugen Onegin“ Tanja genannt, galt als energisch. Sie war eine hervorragende Reiterin und war mit Stolz verantwortlich für ihr Ulanenregiment. In der Familie hatte sie den Spitznamen Gouverneurin. Wegen ihrer Charakterstärke war sie der Mutter während der Gefangenschaft eine große Stütze.

> Nikolaus II. hielt an autokratischer Herrschaft fest

Die dritte Tochter Maria ähnelte ihrem Großvater Alexander III. Sie galt als gutmütig und einfach. Sie fand eine gemeinsame Sprache mit den unterschiedlichsten Menschen, egal ob Offizier, Soldaten oder sogar Rotarmisten.

Um die jüngste Zarentochter Anastasja hielt sich lange Zeit die Legende, dass sie als einzige die Ermordung überlebt hätte. Immer wieder gaben sich Frauen für sie aus. Anastasja war der Sonnenschein der Familie, da sie immer zu Scherzen aufgelegt war. Sie galt als Quelle der Freude. Liebevoll wurde sie „Sonnenschein“ oder „Wildfang“ genannt. Mit Grimassen brachte sie ihre Schwestern zum Lachen und lenkte den kranken Alexej von seinen Schmerzen ab. Stundenlang saß sie an seinem Bett, las ihm vor oder erzählte selbst ersonnene Geschichten.

Dem lang erwartete Thronfolger Alexej galt die ganze Sorge der Familie. Schon mit acht Jahren, als er zum ersten Mal schwer erkrankte, ahnte er, dass ihm kein langes Leben beschieden war. „Wenn ich sterbe, stellt mir im Park ein kleines Denkmal auf“, bat er seine Eltern. Bei der Exekutierung stachen die Bolschewiki auf Alexej und drei seiner Schwestern mit Bajonetten ein, da sie nicht sofort tot waren. Alexej soll noch lange gestöhnt haben.

Das Ende der Romanow-Dynastie und damit verbunden das Schicksal seiner Familie haben Nikolaus II. und seine Gattin Alexandra selbst heraufbeschworen. Nikolaus II. trat seine Regentschaft am 1. November 1894 an. Wie seine Vorväter regierte er als autokratischer Herrscher, der die Monarchie als Gottesgnadentum betrachtete. Darin wurde er von Alexandra unterstützt. Beide verkannten, dass infolge der Industrialisierung mit dem Bürgertum und der Arbeiterschaft neue Gesellschaftsschichten entstanden waren, die Mitsprache forderten. Der Zar verweigerte jedoch jegliche politischen und sozialen Reformen. Im Jahr 1905 kam es zu einer ersten Revolution aufgrund der schlechten Versorgungslage. Die sich abzeichnende Niederlage im Russisch-Japanischen Krieg führte zu einem Autoritätsverlust des autokratischen Regierungssystems. Als der Zar eine friedliche Demonstration niederschießen ließ, begann der Stern der Romanow-Dynastie unaufhaltsam zu sinken.

Zunehmend wurde Nikolaus II. als schwacher Regent angesehen. In dieser Lage kam erschwerend die Rolle des Wunderheilers Rasputin hinzu, der ab 1903, nachdem er dem an der Bluterkrankheit leidenden Zarewitsch Alexej in einer akuten Situation geholfen hatte, immer größeren Einfluss am Hof erlangte. Der Starez (Einsiedlermönch) galt zwar als moralisch verkommen, verfügte jedoch über einen außergewöhnlich scharfen Verstand und präzise analytische Gaben. Rasputins Einfluss zog den Unmut der Würdenträger und der Gesellschaft auf sich, die ihm schließlich nach dem Leben trachteten. Gerüchte machten die Runde, dass die Zarin seine Geliebte sei. Wegen ihrer deutschen Herkunft geriet sie zudem unter Verdacht, eine preußische Spionin zu sein.

Am 15. März 1917 musste Nikolaus II. infolge der Februarrevolution abdanken. Im April 1918 wurde die unter Hausarrest stehende Familie nach Jekaterinburg verbracht, wo sie lebte, bis der Kommandant der Tschekisten-Garde, Jakow Jurowskij, der die Mordbrigade anführte, in den frühen Morgenstunden des 17. Juli 1918 den Schießbefehl erteilte.

Manuela Rosenthal-Kappi

Der »weißen Stadt am Meer« fehlt Geld

Der Großherzog lieferte Soldaten und baute Heiligendamm

Es war ein Sprung ins kalte Wasser, im doppelten Sinn. Vor 225 Jahren, am 22. Juli 1793, gründete Großherzog Friedrich Franz I. von Mecklenburg-Schwerin (1756–1837) das erste deutsche Seebad Heiligendamm und stieg als erster Badegast in die Ostsee.

Noch einmal erlebte Heiligendamm glanzvolle Tage. Im Juni 2007 blickte die Welt auf den kleinen Ort in Mecklenburg-Vorpommern. Angela Merkel hatte zum G8-Gipfel geladen. Anders als im vergangenen Jahr in Hamburg flogen keine Steine und wurden keine Schaufenster eingeschlagen. Nur die Ostseewellen schlugen friedlich an den Strand, und die Regierungschefs der mächtigsten Nationen nahmen einträchtig für ein Foto in einem Strandkorb mit XXL-Format Platz.

So wie die internationale Aufmerksamkeit verflogen auch die Pläne, die Heiligendamm wieder zu einem Luxusbad machen sollten. Das Vorhaben eines Immobilienunternehmers, an großherzogliche Zeiten anzuknüpfen, scheiterte an der Finanzierung.

Geld war auch für Friedrich Franz ein Problem, das er aber zu lösen wusste. Entsprechend einem Vertrag mit den Niederlanden entsandte er jährlich 1000 Soldaten an die Generalstaaten. Von den Einnahmen bezahlte er die Investitionen für die Gründung Heiligendamms. Der Landesherr war in jeder Hinsicht ein Pionier. Er machte das Baden im Meer populär. Sein Leibarzt Professor Samuel Gottlieb Vogel hatte ihm das Planschen im Ostseewasser als Heilmittel gegen allerlei Zipperlein empfohlen. Er riet, „die außer Zweifel gesetzte heilsame Wirkung des Badens im Seewasser in sehr vielen Schwachheiten und Kränklichkeiten des Körpers“ zu nutzen. Viele Schaulustige hatten sich am Strand versammelt, als der Herzog mit den Mutigsten seines Hofstaats im Hochsommer 1793 in die Fluten stieg. Das war der Startschuss für die Gründung der „Weißen Stadt am Meer“, so genannt nach dem Bild weiß verputzter Logierhäuser, die sich wie eine Perlenschnur am Strand aufreihen.

Der Großherzog wollte nicht nur etwas für die Gesundheit tun, sondern auch seine klamme Staatskasse füllen. Heiligendamm sollte nach dem Vorbild südenglischer Seebäder ein Anziehungspunkt für Adel und reiche Bürger werden. Die Bauconducteure Johann Christoph von Seydewitz, Carl Theodor Severin und Georg Adolph Demmler bauten bis 1870 ein Ensemble aus Logier-, Bade- und Gesellschaftshäusern, das in Europa einzigartig ist. Es entstanden die „Burg Hohenzollern“, das Severin-Palais, das Kurhaus, das Grand Hotel, die Orangerie, flankiert von Logierhäusern. Die Inschrift „Heic te laetitia invitat post balnea sanum“ (Hier empfängt dich Freude, entsteigst du gesundet dem Bade) am Giebel des von ihm errichteten Kurhauses wurde zum Motto des elegantesten Badeorts Deutschlands.



Typisch für Heiligendamm: Mischung aus hui und pfui, gepflegt und marode direkt beieinander

Bild: Imago

Es gab viel Freude und Zerstreuung in Heiligendamm. Darauf legte der Großherzog, Vater von acht ehelichen und mindestens 15 unehelichen Kindern, großen Wert. Ein Theater, Konzerte, Bälle, Ballonflüge und Pferderennen auf der benachbarten Doberaner Rennbahn ließen keine Langeweile aufkommen. Die größte Attraktion war aber Friedrich Franz selbst, der mal im Badekostüm, mal im Abendanzug sich unter die Gäste mischte. Sein Konzept ging auf. Ein Zeitgenosse schrieb „Unstreitig ist diese Anstalt für ganz Mecklenburg von großer Wichtigkeit. Sie hemmt größtenteils den starken Ausfluß des Geldes in die Fremde ...“ Wie in Brighton durfte ein Kasino nicht fehlen. Der Landesherr war selbst ein leidenschaftlicher Spieler. „Gejeut“ wurde beim Pharao, einem berüchtigten Kartenspiel. Im Spielsaal galt der Rang des Herzogs nichts. Er gewann und verlor wie seine Mitspieler auch. Als er einmal mit leerem Beutel vom Spieltisch aufstand, sagte er leutselig zu einem Nachbarn, dem es ebenso gegangen war: „Dat Geld is heidi, wat mokt wie nu?“ Der Mann, ein Töpfermeister aus Rostock, antwortete: „Tjä, Kö'liche Hoheit, ick gah nu na Hus und drei wedder Pött, Sei künn jo wedder ne nige Stüer unt-schriebn“. So berichtet es jedenfalls eine Anekdote.

Sämtliche Gebäude Heiligendamms und der Kurbetrieb gehörten zum großherzoglichen Domanium. Die Behörden in Schwerin hatten ein strenges Auge auf die wunderbare Einnahmequelle. Um die Aufnahme von Badegästen und die Restauration kümmerte sich ein Pächter. Die „obere Leitung des ganzen Etablissements, wie auch alles, was in Doberan in die Badeangelegenheiten einschlägt“, hatte ein „Großherzoglicher Bade-Intendant“.

Adel und Prominente verbrachten auch nach dem Tod des Gründers die Sommerferien in Heiligendamm. Aber das älteste Seebad hatte Konkurrenz bekommen. Heringsdorf und Travemünde zogen viele Gäste ab. Für Heiligendamm begannen unselige Zeiten. 1872 verkaufte Friedrich Franz II. (1823–1883) die komplette Anlage für 500000 Taler an die Aktiengesellschaft des Barons von Kahlen. Dessen Sohn und Erbe veräußerte sie 1910 an Walter John, den Neffen der Bestsellerautorin E. Marlitt. Konkurs und Zwangsversteigerung folgten. Die „Ostseebad Heiligendamm GmbH“ ging durch mehrere Hände und wurde 1924, wieder hochverschuldet, vom Bankier Oskar Adolf Baron von Rosenberg-Redé gerettet. Der herzoglichen Familie blieb nur das Alexandrinen-Cottage.

Während des Zweiten Weltkriegs dienten die Gästehäuser als Lazarett. Ab 1947 wurden sie als Klinikum und als Ferienlager genutzt. Das ehemals so prachtvolle Ensemble verfiel immer mehr. Nach der „Wende“ übernahm die Bundesvermögensanstalt den größten Teil der Häuser, um sie möglichst schnell zu verkaufen. Die Fundus-Gruppe des Projektentwicklers Anno August Jagdfeld, der das Hotel Adlon in Berlin zu neuem Leben erweckte, erhielt 1996 den Zuschlag. Das 2003 eröffnete Luxus-Resort Grand Hotel Heiligendamm im Zentrum des denkmalgeschützten Ensembles litt an Gästemangel. Nach der Insolvenz und dem Einstieg eines neuen Eigentümers konnte das noble Refugium weiter existieren. Von den Logierhäusern strahlt bislang nur die Villa Greif mit sechs Eigentumswohnungen in alter Pracht. Die halb verfallenen Gebäude daneben sollen ebenfalls restauriert werden. Wann Heiligendamm aussehen wird wie zu großherzoglichen Zeiten, lässt sich nicht absehen. *Klaus J. Groth*

Südafrikas erster schwarzer Präsident polarisiert

Für die einen war Nelson Mandela der Vater der »Regenbogennation«, für andere nur ein ganz gewöhnlicher Linksterrorist

Man feierte ihn für den Sieg über das Apartheidssystem und den danach eingeleiteten Versöhnungsprozess zwischen Schwarz und Weiß oder kritisierte sein Unvermögen, das seit 1994 vom ANC regierte Südafrika zu einer echten Demokratie zu machen. Die Rede ist von Nelson Mandela, dessen Geburtstag sich kommenden Mittwoch zum 100. Male jährt.

Es steht zu erwarten, dass das Jubiläum in einer Orgie aus Kitsch und Pathos versinken wird, mit Sonntagsreden aller Art und dem massenhaften Verkauf von Devotionalien mit dem Antlitz des ersten schwarzen Präsidenten Südafrikas. Denn genauso verhielt es sich nach dessen Tod am 5. Dezember 2013. Damals schrieb das Londoner Blatt „Guardian“: „Es reicht ... Wir hören so viel über die Banalität des Bösen. Manchmal sollten wir auch die Banalität des Guten zur Kenntnis nehmen.“ Und tatsächlich fehlte Nelson Mandela die mythische Aura, die zum Beispiel Mohandas Karamchand Gandhi umgab, obwohl er im Gegensatz zu dieser Ikone der Gewaltlosigkeit den Friedensnobelpreis zugesprochen bekam. Denn der Abkömmling des südafrikanischen Königshauses der Thembu machte eher seinem zweiten Vornamen Rolihlahla Ehre, den er bei seiner Geburt am 18. Juli 1918 erhalten hatte. Der bedeutet sinngemäß „Unruhestifter“ – und genau diese Rolle spielte Mandela unablässig, seit er im Jahre 1940 als Jurastudent anfing, sich politisch zu betätigen, woraus dann 1944 der Eintritt in den African National Congress (ANC, Afrikanischer Nationalkongress) und die spätere Gründung von dessen Jugendorganisation resultierte, der ANC Youth League (ANCYL).

Nach einer längeren Phase der Radikalisierung avancierte der zwischenzeitlich in den Untergrund Abgetauchte im Dezember 1961 zum Anführer des bewaffneten Arms des ANC, Umkhonto we Sizwe (MK, Speer der Nation), und eröffnete anschließend den gewaltsamen Widerstand gegen das Apartheidregime in Form von Sabotageaktionen sowie Terroranschlägen. Diese richteten sich auch gegen öffentliche Einrichtungen und weiße Zivilisten und forderten diverse Opfer unter letzteren. Insgesamt soll Mandela für 156 Attentate verantwortlich gewesen sein. Deshalb entging er nur knapp der Todesstrafe, als man ihm wegen seiner Führungsrolle im MK 1963/64 den Prozess machte. Zumindest laut Amnesty International war der in Äthiopien und Marokko in Guerillataktik geschulte MK-Anführer genauso wenig ein „Politischer Gefangener“ wie die RAF-Terroristen in der Bundesrepublik. Folgerichtig setzte sich die Menschenrechtsorganisation auch nie offiziell für die Freilassung des ANC-Führers ein.

Seine auf „Lebenslänglich“ lautende Haftstrafe verbüßte Mandela auf der Insel Robben Island im Atlantik, dem Pollsmoor-Gefängnis in Kapstadt und dem Victor-Verster-Gefängnis in Paarl. Während der Zeit im Strafvollzug, die bis zum 11. Februar 1990 dauerte, weigerte er sich konsequent, der Gewalt abzuschwören, während die von ihm geschaffene Terrororganisation MK zahlreiche weitere Anschläge verübte, darunter auch den auf das Sanlam-Einkaufszentrum in Amanzimtoti bei Durban am 23. Dezember 1985. Damals starben unter anderem zwei weiße Kleinkinder, und Dutzende andere Kinder wurden verletzt. Ebenso zögerte Mandela, zu seiner zweiten Ehefrau Winnie auf Distanz zu gehen, obwohl diese angebliche „Verräter“ unter den Schwarzen terrorisieren und ermorden ließ, vielfach mit der Methode des „Necklacing“. Hierbei bekam das Opfer einen benzingefüllten Autoreifen um den Hals gehängt, der dann angezündet wurde, was zu extrem grausamen Todesqualen führte.



Vor den Union Buildings in Pretoria, dem Sitz der südafrikanischen Regierung: Bronze-Statue Nelson Mandelas — Bild: ddp images

Mandelas Freilassung 1990 war das Resultat der unfreiwilligen Einigung zwischen dem ANC, der nun keine Unterstützung mehr durch die Mächte des Ostblocks erhielt, und der Regierung von Frederik de Klerk, die den ruinösen Wirtschaftssanktionen gegen den Apartheid-Staat und der internationalen Isolierung entkommen wollte und deshalb einen politischen Kurswechsel einleitete. Allerdings führten die ersten freien Wahlen vom April 1994, aus denen der ANC als klarer Sieger hervorging, nur zum weiteren Niedergang Südafrikas. Daran änderte auch Mandelas nunmehriger Aufstieg zum Staatspräsidenten nichts.

Während seiner Amtszeit vom Mai 1994 bis zum Juni 1999 fiel das Durchschnittseinkommen in Südafrika um 40 Prozent; in genauso dramatischem Maße kollabierte die Landeswährung Rand. Dafür verdoppelte sich die Arbeitslosenquote auf 48 Prozent. Das war eine Folge der sozialistisch orientierten Wirtschaftspolitik der ANC-Regierung unter Mandela. Diese wiederum resultierte daraus, dass der schwarze Präsident marxistischem Gedankengut nachhing – laut einem späteren Nachruf von Seiten der Südafrikanischen Kommunistischen Partei (SACP) gehörte er früher sogar deren Führungsgremium an. Ansonsten war die Politik der angeblichen Ikone der Freiheit auch durch viel Nähe zu den diktatorischen Regimes in Kuba, Libyen, dem Iran, Indonesien, Uganda, Syrien sowie dem Irak geprägt.

Die nachteiligsten Folgen für die Entwicklung Südafrikas hin zu einem modernen Staatswesen zeitigte jedoch Mandelas Unfähigkeit, der grassierenden Korruption innerhalb des ANC Einhalt zu gebieten. Daran krankt das Land bis heute – genau wie unter der anhaltend hohen Gewaltkriminalität seit dem Ende der Apartheid. So wurden seit 1994 über 620000 Menschen in Lande der „Regenbogennation“ ermordet.

Desweiteren verhinderten Mandelas und de Klerks Bemühungen um eine Aussöhnung zwischen Schwarz und Weiß zwar den vielfach befürchteten Rassenkrieg nach dem Triumph des ANC, nicht aber das sukzessive Entstehen von apartheidähnlichen Strukturen unter umgekehrtem Vorzeichen. So werden in Südafrika nunmehr die Weißen benachteiligt und teilweise auch gewaltsam verfolgt. Das führt zur Abwanderung von Unternehmern und Fachkräften und damit zur Verschärfung der wirtschaftlichen Probleme des Landes.

Letztlich setzte also unter Mandelas Präsidentschaft die gleiche Entwicklung wie in den allermeisten anderen afrikanischen Staaten nach der „Befreiung vom Joch der Weißen“ ein. Dem Sieg der Schwarzen im Kampf um ihre Unabhängigkeit wie dem Ende der Rassendiskriminierung folgte das Versagen beim Aufbau einer funktionierenden und ökonomisch prosperierenden Demokratie.

Wolfgang Kaufmann

Nicht nur ein Überfall – eine Premiere

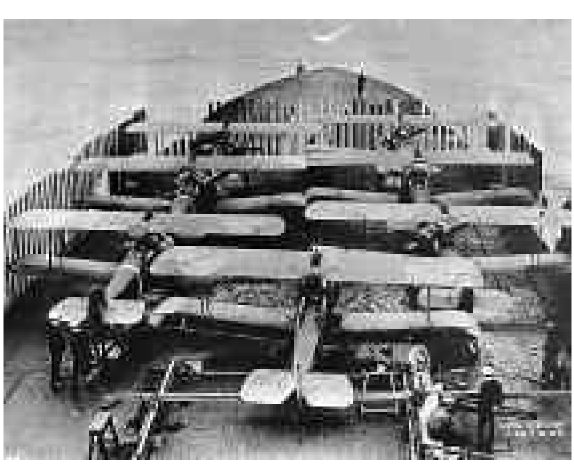
Tondern Raid: Der erste Luftangriff mit Flugzeugen, die von einem Träger gestartet waren, um auf diesem später auch wieder zu landen

Am 19. Juli 1918, standen sieben Sopwith F.1 „Camel“ (Kamel), von der Sopwith Aviation Company entwickelte und gebaute Doppeldecker, mit jeweils zwei 50-Kilogramm-Bomben zum Start bereit. Die Jagdflugzeuge sollten einen Angriff auf den deutschen Zeppelinstützpunkt Tondern in Nordschleswig fliegen. Starten sollten sie zu ihrem Luftangriff nicht wie gewöhnlich von einem Flughafen, sondern von dem Flugdeck eines Schiffes, auf dem sie nach verrichtetem Zerstörungswerk auch wieder landen sollten. Das Unternehmen trug den offiziellen Titel „Operation F.7“, ist aber besser bekannt als „Tondern raid“ (Tondern-Überfall). Das Schiff, auf dem die Trägerflugzeuge stationiert waren, war das britische Kriegsschiff „Furious“ (wütend).

Das 1915/16 bei Armstrong Whitworth in Elswick gebaute Schiff war eines der drei Großen Leichten Kreuzer (large light cruiser) die Winston Churchill und Lord „Jacky“ Fisher hatten bauen lassen, um in der Ostsee ein Landungsunternehmen gegen die Küste Pommerns durchzuführen. Die Einheiten waren als Artilleriekampfschiffe allerdings ausgesprochene Fehlkonstruktionen und wurden allesamt zu Flugzeugträgern umgebaut. Mit der „Furious“ wurde angefangen. Insgesamt viermal wurde das Schiff umgebaut, bis es eine brauchbare Konstruktion war und im Zweiten Weltkrieg wertvolle Dienste leisten konnte.

Am 19. Juni 1918 lief die „Furious“-Gruppe aus, um letzte Flugversuche durchzuführen. Die Wetterbedingungen waren schwierig, Zwei deutsche Seeflugzeuge klärten gegen die Gruppe auf. Von der „Furious“ starteten zwei „Camel“. Die Piloten waren Lieutenant Graham Heath und Lieutenant Basedon. Heath hatte Erfolg und konnte eines der beiden Seeflugzeuge abschießen, das zweite verschwand unbehelligt in den Wolken. Während Heath sicher auf der „Furious“ landete, musste Basedon sein Flugzeug wassern und wurde vom Zerstörer „Wolfshound“ an Bord genommen.

Am 17. Juli 1918 wurde es ernst. Die „Furious“ verließ Rosyth mit den sieben Kampffliegern an Bord, die Tondern angreifen sollten. Als Nahsicherung begleitete die Force A den Träger. Neben einigen Zerstörern waren das die Leichten Kreuzer „Caledon“, „Galatea“, „Royalist“, „Phaeton“ und „Inconstant“. Als Fernsicherung standen das Erste Schlachtgeschwader, das siebte Kreuzergeschwader und einige Zerstörer bereit. Nicht alles lief rund. Ein schwerer Sturm am 18. Juli ließ einen erfolgreichen Start der Flugzeuge zweifelhaft erscheinen. So wurde der Luftangriff um 24 Stunden verschoben. Ursprünglich hatten acht Maschinen den Angriff ausführen sollen. Eine „Camel“ war aber abgestürzt, ohne dass kurzfristig Ersatz verfügbar gewesen wäre.



Auf dem Flugdeck der „Furious“: Die sieben am Tondern Raid beteiligten Jagdflugzeuge Sopwith F.1 „Camel“ — Bild: United Kingdom Government

Die „Furious“ steuerte einen Punkt 80 Meilen nordwestlich von Tondern vor der dänischen Küste auf der Höhe von Lyngvig an. Die „Camel“ standen auf dem Startdeck bereit. Es war noch dunkel, als um 3.14 Uhr die erste Gruppe der Angreifer startete. Die Piloten Jackson, Dickson und Williams hoben problemlos vom Startdeck ab und verschwanden in der Nacht. Acht Minuten später starteten die „Camel“ der Piloten Smart, Thyne, Dawson und Yeulett. Der erste Luftangriff von Radflugzeugen, die von der Startbahn eines Schiffes abgehoben hatten und auf diesem wieder landen sollten, hatte begonnen.

Nach knapp anderthalbstündiger Flugzeit, um 4.35 Uhr, waren die ersten drei Flieger über Tondern. Sie griffen die Toska-Halle, die größte der Zeppelinhallen, mit ihren Bomben an und sahen die Halle in Flammen aufgehen. Von sechs geworfenen Bomben trafen fünf die Halle, die nicht nur selbst abbrannte, denn auch die dort abgestellten Luftschiffe L 54 und L 60 wurden vernichtet.

Die nächste Welle erschien um 4.50 Uhr über Tondern. Von den ursprünglich vier gestarteten Maschinen waren aber nur noch drei dabei. Pilot Thyne hatte über der Nordsee Maschinenschaden und musste notlanden. Der Zerstörer „Viceroy“ rettete ihn aus Seenot. Auch um die Treffsicherheit der zweiten Welle war es weniger gut bestellt. Ein Flugzeug griff die Stadt Tondern an und warf eine Bombe auf dem Viehmarkt der Stadt. Die übrigen Angreifer attackierten die beiden älteren Hallen und brachten dort zwei Treffer an.

Die Piloten Jackson und Willimson von der ersten Welle versuchten gar nicht erst, zur „Furious“ zurückzukehren. Sie wählten einen sicheren Weg. Nach dem Angriff hielten Sie Kurs Nord, bis sie die nahe dänische Grenze erreicht hatten. Captain Jackson machte in der Nähe von Bramming eine Bruchlandung, Lieutenant Williams konnte mit seiner Maschine unversehrt in der Nähe von Esbjerg aufsetzen.

Pilot Dickson von der ersten Welle hingegen flog zu seinem Mutterschiff zurück. Eine Landung auf dem Flugdeck versuchte er jedoch nicht, sondern wasserte. Ein Begleitzerstörer fischte ihn auf.

Pilot Yeulett nahm nach dem Angriff Kurs auf die offene See. Aber er erreichte das Mutterschiff nicht mehr und blieb zunächst verschollen. Später wurde seine Leiche an der dänischen Küste angespült und auf einem Friedhof beerdigt. Dawson flog ebenfalls mit Kurs Nord nach Dänemark und landete wohlbehalten in der Region Holmsland, wo er interniert wurde. Pilot Smart konnte die „Furious“-Gruppe erreichen, wasserte dort und sah schließlich wohlbehalten die Heimat wieder.

Im Verlauf des Zweiten Weltkrieges verdrängten Flugzeugträger die Schlachtschiffe als „capital ships“. Heute sind letztere aus den Beständen der Flotten verschwunden. Die technische Innovation für den Flugzeugträgerbetrieb ging von Großbritannien aus. Die US-Amerikaner machten sie sich später lediglich zu Nutze.

Klaus Gröbig

Der Verfasser dieses Beitrags ist Autor des Heftes „Flugzeugträger ‚Furious‘. Ein Schiff mit vielen Verwandlungen“, das als Nummer 121 in der Reihe „Schiffe – Menschen – Schicksale“ erschienen ist.



Bild: pa

Lange galt er als ordinäres Gesöff von der Tankstelle, das jenseits der Säufer- und Obdachlosenszene nur noch bei ganz alten Landbewohnern Anklang fand: der Korn. Aber das scheint vorbei zu sein.

Der gute alte Korn ist wieder da

Hersteller sprechen von einer Wiedergeburt der altbewährten Schnapssorte und nehmen ihn wieder ins Sortiment. Auch neue Sorten sind auf den Markt gekommen, die mit dem günstigen Arbeiter- und Bauern-Sprit nur noch wenig gemein haben. Insbesondere, was den Preis angeht. Da kann die 0,7-Literflasche schon mal mehr als 25 Euro kosten, wenn es ein richtiger Edel-Korn sein soll, der jahrelang in Holzfässern gereift ist.

Kenner der Branche führen die Korn-Renaissance auf einen allgemeinen Trend zurück. Tradition und Verlässlichkeit würden wichtiger genommen als in der jüngsten Vergangenheit. Produkte, die damit in Verbindung gebracht würden, stiegen entsprechend in der Gunst. *H.H.*

Das perfide »Dutzend des Teufels«

Freitag, der 13.: Seit Jahrhunderten fürchten Menschen dieses Datum – aber warum?

Ein- bis dreimal im Kalenderjahr fällt der Freitag auf den 13. Tag des Monats. Grund genug für manche Menschen, das Haus nicht zu verlassen oder anderweitig übervorsichtig zu agieren. Und einige leiden sogar an einer regelrechten klinischen Phobie namens Paraskavedekatriaphobie – also krankhafter Angst vor diesem Datum.

Allein in den USA sollen bis zu 21 Millionen Menschen hiervon betroffen sein. Außerdem schätzt das „Stress Management Center and Phobia Institute“ in Asheville (North Carolina) die volkswirtschaftlichen Schäden durch unterlassene Reisen, nichtunterzeichnete Verträge und andere Vermeidungshandlungen auf bis zu 900 Millionen US-Dollar pro Freitag, den 13.

Es passieren nicht mehr, sondern sogar weniger Unfälle

Dabei ist dieser nachweislich kein besonderer Unglückstag, wie Statistiker herausfanden. Eine Auswertung von Unfallmeldungen durch den Automobilclub ADAC und die Zürich-Versicherung ergab, dass es an dem bewussten Tag nicht öfter, sondern seltener kracht als im Jahresmittel – vermutlich, weil der Aberglaube viele zu vorsichtigerem Fahren animiert. Und auch sonst passierten an Freitagen, die auf einen 13. fallen, in der Regel keine größeren Katastrophen. Die einzige Ausnahme hiervon ist der Untergang des italienischen Kreuzfahrtschiffes „Costa Concordia“ am 13. Januar 2012. Außerdem erfolgten die islamistischen Terroranschläge vom 13. November 2015 in Paris an einem Freitag, wofür freilich ausschließlich der Islamische Staat und nicht etwa das „Schicksal“ verantwortlich war.

Der schlechte Ruf der kalendarischen Konstellation hat historische Wurzeln. Zum Ersten galt die Zahl 13 in der christlich-abendländischen Kultur lange als „Dutzend des Teufels“. Zum Zweiten starb Jesus an einem Freitag, was die Kombination mit der 13 besonders düster-bedrohlich erscheinen lässt.

Und zum Dritten war der Untergang des geheimnisvollen Ordens der Tempelritter eng mit dem Unheilsdatum verknüpft gewesen: Um sich in den Besitz des Ordenseigentums zu bringen, ließ der hoch verschuldete französische König Philipp IV., genannt der Schöne, mit Rückendeckung des Papstes sämtliche Templer in seinem Machtbereich in einer sorgfältig vorausgeplanten Aktion verhaften – und zwar am Freitag, den 13. Oktober 1307. Anschließend wiederum soll der zum Tode auf dem Scheiterhaufen verurteilte Ordensgroßmeister Jacques de Molay der Legende nach prophezeit haben, dass Philipp und Papst Clemens V. binnen Jahresfrist das Zeitliche segnen würden, was auch haargenau so eintraf. Der König starb unter bis heute nicht genau geklärten Umständen – möglicherweise durch Fremdeinwirkung –, und der Heilige Vater erlag einem Krebsleiden.



Panik-Datum für viele Bild: ddp

Allerdings gerieten der „Schwarze Freitag“ und dessen Bedeutung in den Jahrhunderten nach dem spektakulären Ende der Templer in Frankreich vielfach in Vergessenheit – bis der US-amerikanische Spekulant und Millionär Thomas W. Lawson den Aberglauben 1907 wieder aufleben ließ. Das tat er mit seinem Börsenroman „Freitag, der 13.“, der im gleichen Jahr auch auf Deutsch erschien. Anschließend wurde der Bekanntheitsgrad des Unglücksdatums hierzulande auch noch durch die beiden Filme mit dem Titel „Freitag, der 13.“ der Regisseure Richard Oswald und Erich Engels erhöht, welche 1916 und 1944 in die Kinos kamen.

Dahingegen entspricht es nicht der Wahrheit, dass die kalendarische Konstellation erst durch den Finanzcrash von 1929 negative Popularität erlangte – zumal der „Schwarze Freitag“ an der New Yorker Börse in Wirklichkeit auf einen Donnerstag fiel, und zwar den 24. Oktober! Andererseits brach der Aktienindex des Statistischen Reichsamtes an der Berliner Börse 1927 tatsächlich an einem Freitag, den 13., um dramatische 31,9 Prozent ein. Das veranlasste indes kaum jemand zu Spekulationen.

Spanier und Griechen haben Angst vor Dienstag, dem 13.

Ansonsten ist es auch so, dass es durchaus Regionen in Europa gibt, in denen der Aberglaube um den ominösen Freitag keinen Fuß fassen konnte. Dafür gelten in Spanien und Griechenland dann aber Dienstage, die auf den 13. fallen, als unheilträchtig. Und die Italiener wiederum fürchten den Freitag, den 17. *Wolfgang Kaufmann*

Eine konservative Revolution steht an

Die Linksverschiebung des politischen Spektrums scheint ihren Höhepunkt überschritten zu haben – was nun kommen muss

Auf die linke Revolution der Eliten folge eine konservative Revolution der Bürger. Mit dieser Aussage hat Alexander Dobrindt, Chef der CSU-Landesgruppe im Bundestag, die politische Linke im Land aufgescheucht. Aber was steckt eigentlich hinter dem Begriff?

Konservativ und Revolution – Was irgendwie nicht zusammen passt, passt bei näherer Betrachtung sehr wohl. Denn gerade im hysterisierten Medienzeitalter, wo das Motto gilt „Zuerst einmal durchdrehen, danach sehen wir weiter“, bedarf es schon einer Revolution, um Grundlegendes zu bewahren und zu schützen, Dinge, die es wert sind, weil sie sonst Gefahr laufen, einer hysterischen Neuerungssucht geopfert zu werden.

Wie vor Kurzem die Ehe, die durch die Ehe für Alle am 1. Oktober 2017 ihre politisch korrekte Auflösung erfuhr. So fährt man, zumindest in diesem Punkt, 2000 Jahre Christentum mal eben an die Wand. Da kann auch eine Partei mit dem C im Namen für einen Moment ihre medial einstudierte Überzeugung links liegenlassen.

Wir leben in volatilen Zeiten, dennoch bleibt zumindest unterschwellig so manches aktuell, wie der aufbegehrende Konservatismus. Er machte sich kräftig Luft in Botho Strauß’ Essay „Anschwellender Bocksgesang“, der nach der Veröffentlichung im „Spiegel“ 1993 zu erbitterten Auseinandersetzungen in den Feuilletons führte.

„Auf die linke Revolution der Eliten folgt eine konservative Revolution der Bürger“, schrieb der CSU-Politiker Alexander Dobrindt in einem Gastbeitrag für die „Welt“ Anfang Januar. Ob aus Kalkül oder echter Überzeugung, kann und muss nicht genau entschieden werden, richtig und überfällig war diese Forderung auf jeden Fall. Ganz so neu ist sie hingegen nicht.

Ihre Vorläufer reichen bis mindestens 1918 zurück. Nach dem verlorenen Ersten Weltkrieg entwickelte sich auf Deutschlands Straßen rasch die bekanntere November-Revolution. Auslösend war die Befehlsverweigerung von Kieler Matrosen, ein Schiff der britischen Armee anzugreifen und somit ihr Leben für eine militärisch sinnlose Aktion aufs Spiel zu setzen. Weitere Arbeiter und Soldaten schlossen sich der Revolutionsbewegung an. Doch bevor die beginnende politische Ordnung in Gefahr gebracht wurde, paktierte die Sozialdemokratie mit Freikorpssoldaten und bereitete der November-Revolution ein gewaltsames Ende.

Weniger bekannt ist die konservative Revolution, über die Armin Mohler, zeitweise Sekretär von Ernst Jünger und zuletzt Berater von Franz Josef Strauß, mit seiner Schrift „Die konservative Revolution in Deutschland 1918 bis 1932“ promovierte. Es ging um einen vierten Weg neben Kommunismus, Kapitalismus und Nationalsozialismus, gegen die Gefahren der Diktatur, aber auch gegen Auswüchse der Demokratie bis hin zur Ochlokratie, der Pöbelherrschaft. Um die Infragestellung des seit 1789 bestehenden Glaubens an den Menschheitsfortschritt. Es ging um die Absage an den „neuen Menschen“ und die Hinwendung zu einem realistischen Menschenbild. Oder, um es mit den Worten von Ernst Jünger auszudrücken: „Der Mensch ist aber nicht gut, sondern er ist gut und böse zugleich. In jeder Berechnung, die der Wirklichkeit standhalten soll, ist einzubeziehen, dass es nichts gibt, dessen der Mensch nicht fähig ist.“

Dies ist natürlich Kulturpessimismus pur, aber auch realistisch und fernab jeder Utopie. Also kein Grund zur Resignation. Konservative Revolution heißt auch, vehement dafür einzutreten, dass es Selbstverständlichkeiten gibt, die nicht weiter hinterfragt werden können. Selbstverständlich sind Mann und Frau keine sozialen Konstrukte, die man nach Belieben auswechseln kann. Oder doch? Manchmal kann zu viel fragen und reflektieren auch ein Kriterium der Dummheit sein. Zur konservativen Revolution gehört nach Mohler auch die besondere Wirkung der Romantik auf die deutsche Volksseele, die Hinwendung zum Irrationalen und Okkulten.

Aber auch die Hochschätzung von Pflichten und Diensten. Dienen und Abtreten statt narzisstischer Selbstbespiegelung. Konservativ heißt auch nicht Rückschritt, sondern engagiertes Arbeiten am Veränderbaren und Akzeptanz von Unveränderlichkeiten. Und, was nicht häufig genug betont werden kann, konservative Revolution hat mit Faschismus und Nationalsozialismus nichts zu tun, sie ist vielmehr ihr Gegner.



„Revolution der Bürger“: Demonstranten auf dem „Marsch für das Leben“ im September 2017 in Berlin Bild: Imago

Dies kann nicht häufig genug betont werden, da nach einer jahrzehntelangen und mittlerweile chronischen Verschiebung des politischen Koordinatensystems nach links alles als faschistisch beziehungsweise nationalsozialistisch bezeichnet wird, welches auch nur feinste Ausdünstungen von Preußentum oder Autoritarismus hat.

Das ist ungefähr so, als würde man in Helmut Schmidt einen Stalinisten sehen, nur weil er Sozialdemokrat war und damit eher zum linken als zum rechten Spektrum der Politik gehörte. Undifferenzierte Betrachtungsweise ist kein Spezifikum der Rechten. Linke sind darin noch besser geschult. Manchmal sind Antifaschisten so perfekt und gnadenlos in der Political Correctness, dass Faschisten vor Neid erblassen. Historische Fakten werden dabei großzügig übersehen. So die Geschichte des Rechtsanwaltes Edgar Julius Jung (1894–1934), einer der Vordenker der konservativen Revolution.

Als Privatsekretär von Franz von Papen verfasste er dessen berühmte Marburger Rede, in der er am 7. Juni 1934 die Nationalsozialisten heftig attackiert hat. Daraufhin war Papen gezwungen, aus der Regierung auszutreten. Jung plante ein Attentat auf Hitler, der ihm jedoch in der „Nacht der langen Messer“ am 30. Juni 1934 zuvorkam und ihn ermorden ließ.

Nationalsozialismus und Konservatismus sind von Menschen erdacht – ab dann hört die Gemeinsamkeit auf. Einige Historiker interpretieren den Nationalsozialismus unter anderem als eine Ideologie gegen die Moderne. Das mag in Teilen so sein. Man kann ihn jedoch auch als eine teuflische Pervertierung der Moderne sehen mit Menschenvernichtung und Menschenzüchtung. Aspekte, die aktueller denn je erscheinen.

Wenn konservative Werte von ehemals konservativen Parteien in Serie verraten werden, dann wird es höchste Zeit für eine Renaissance der konservativen Revolution. Diese ist weder auf Deutschland beschränkt, noch begann sie erst 1918. Im Grunde begann sie mit der französischen Revolution von 1789, als der Glaube entstand, die Essenz des Menschen verbessern zu können. Der sich dagegen erhebende Konservatismus blieb nicht auf Frankreich begrenzt, sondern entwickelte sich von Europa ausgehend zu einer fundamentalen politischen Konstante mit globaler Dimension.

Der Konservatismus sollte jedoch in einem entscheidenden Punkt modifiziert beziehungsweise neu gedacht werden. Der revisionsbedürftige Punkt heißt Hinwendung zum Irrationalismus.

Eine Idee, die schon 1789 ihren Anfang nahm

Gerade in Zeiten von „Fake News“ und Verschwörungstheorien besteht hier kein Erweiterungsbedarf. Es kann nicht sein, dass in einem Wohnkomplex ein Kernspintomograph, der definitiv keine Radioaktivität erzeugt, nicht installiert werden darf, nur weil ein hysterischer Zeitgenosse sagt: „Aber ich habe Angst“.

Wenn naturwissenschaftliche Erkenntnisse zu beliebig austauschbaren sozialen Konstrukten verkümmern, dann sind wir an den Hexenverbrennungen näher dran als die Zeit der französischen Revolution. Wissenschaft und Rationalität müssen wieder der Lackmustest für das werden, was man Wahrheit nennen darf. Wohl vergegenwärtigend, dass es eine Transzendenz gibt. Und dann hat auch die konservative Revolution eine realistische Chance.

Burkhard Voß

Dr. med. Burkhard Voß ist Autor des Buches „Albtraum Grenzenlosigkeit“, Solibro Verlag, Münster 2017, 160 Seiten, 16,80 Euro,

Das Ostpreußenblatt

Nr. 28 – 13. Juli 2018

MELDUNGEN

Pyramide wird restauriert

Kleinangerapp – Die masurische Oberförsterei Rothebude hat die Restaurierung der denkmalgeschützten Pyramide von Kleinangerapp ausgeschrieben. Für die Rettung des einzigartigen Gebäudes sind umgerechnet gut 230000 Euro aus dem Forstfonds eingeplant. Errichtet am Ende des 18. Jahrhunderts, diente die Pyramide als Bestattungskapelle für das Geschlecht von Fahrenheid. Das Gebäude befindet sich in einem schlechten Zustand. Der Bau aus massiven Feldsteinen und Ziegeln mit einem hohen Dach wurde vermutlich in den Jahren 1792 bis 1795 im Wald in der Nähe von Kleinangerapp errichtet. Zuerst diente er zur Unterbringung von Eis. Von Beginn des 19. Jahrhunderts an wurde der Bau eine Beerdigungsstätte des ostpreußischen Geschlechts von Fahrenheit, das in der Nähe seinen Sitz hatte. Es ist nicht bekannt, warum die Konstruktion die Gestalt einer Pyramide erhielt. Forscher verbinden das mit der Freimaurer-Zugehörigkeit des Freiherrn Johann Friedrich Wilhelm; denn die Gestalt des Baus ist ein Freimaurer-Symbol. Das Innere wurde 1914/1915 durch zaristische Soldaten geplündert und erneut 1945 während des Durchmarsches der Roten Armee. Eine komplexe archäologisch-architektonische Untersuchung der Pyramide erfolgte im Jahr 2015 durch eine Expedition der Warschauer Universität. *PAZ*

Service für Lkw in Palmburg

Palmburg – Die Maschinenbaufabrik Grunwald eröffnet in Palmburg, Kreis Neuhausen, die erste Servicestation für Sattelauflieger und Lkw im Königsberger Gebiet. Das Unternehmen garantiert den gleichen modernen Standard für den Service wie beim Fahrzeugbau. Ziel sei es, das Wartungsangebot von Nutzfahrzeugen, insbesondere von Sattelaufliegern, zu verbessern, so die Betreiber. Jahr für Jahr seien auf den Straßen Grunwalds mehr Sattelauflieger unterwegs. Da selbst neue Fahrzeuge ab und an Wartung benötigen, soll die Servicestation, die verkehrsgünstig an der Fernstraße A229, der ehemaligen Reichsstraße Nr. 1, gelegen ist, auch Reparaturen an Fahrzeugen anderer Marken anbieten. Die Servicezentrum auf einem 1200 Quadratmeter großen Gelände bietet Platz für 20 Lkw und ist mit modernen Diagnose- und Schweißanlagen ausgestattet, die von qualifiziertem Personal bedient werden. Sollte einmal eine komplizierte Reparatur anstehen, werden Experten der Grunwalder Maschinenbaufabrik hinzugezogen. Darüber hinaus plant die Maschinenbaufabrik Grunwald eine Betriebserweiterung um 3500 Quadratmeter Fläche, auf denen eine Halle für die Herstellung von Zubehörteilen entstehen soll. Zurzeit werden Werkzeugmaschinen angeschafft und geeignetes Personal gesucht. *MRK*

Höher, schneller, weiter!

In Osterode führte die LO gemeinsam mit dem VdGEM ihre 6. Olympischen Sommerspiele durch

Bereits zum sechsten Mal fand in diesem Jahr die Sommerolympiade der deutschen Jugend im südlichen Ostpreußen statt, die der Verband der deutschen Gesellschaften in Ermland und Masuren (VdGEM) und die Vertretung der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) in Allenstein organisieren.

Am ersten verlängerten Wochenende der Schulferien, vom 22. bis 24. Juni, versammelten sich 80 Jugendliche ab 13 Jahren in Osterode, um sich kennenzulernen und in sportlichen Disziplinen gegeneinander anzutreten.

Die Organisatoren der Sommerolympiade 2018 hatten sich wegen des im vergangenen Jahr renovierten städtischen Stadions für Osterode als Austragungsort entschieden. Die dortigen neuen Einrichtungen für Leichtathletik bieten gute Möglichkeiten für Sportfeste. Dafür ließ das Wetter zu wünschen übrig. „Die letzten Jahre in Sensburg war es sehr warm, hier waren es 15 Grad Celsius und es blies außerdem ein kühler Wind. Doch zumindest war es während der Leichtathletik-Wettkämpfe trocken“, freut sich Hauptorganisatorin Edyta Gladkowska vom Büro der Landsmannschaft Ostpreußen in Allenstein, „der Stimmung tat es jedenfalls keinen Abbruch“.

Lautstarke Anfeuerungsrufe trieben die jungen Athleten zu besseren Leistungen, wenn auch für viele von ihnen der Spaß und das gemeinsame Erlebnis im Vordergrund standen – ganz im Sinne übrigens von Arkadiusz Leska, dem ehemaligen Vorsitzenden der Kulturgesellschaft der Deutschen Heimat in Ortelsburg, der die Sommerolympiade vor sechs Jahren initiiert hatte. „Wir wollten die Jugendlichen, die weit verstreut in der Region leben, über den Sport zusammenbringen. Wichtig ist uns, dass sie mehr über ihre Heimat erfahren; die sportlichen Ergebnisse natürlich auch, aber Rekorde erwarten wir nicht“, erklärte Leska mit einem Augenzwinkern.



Spaß und Spiel in Osterode: Athleten beim Dreikampf — Bild: U.H.

Dabei war nicht zu übersehen, dass vor allem bei den männlichen, aber auch bei weiblichen Teilnehmern ehrgeizige Sportler mit dabei waren. Damian Cichecki aus Rastenburg etwa, der sich die Devise von Julius Caesar „veni, vidi, vici“ auf die Fahnen geschrieben hatte und für seine Stadt siegen wollte. Das gelang ihm bei seinem Debüt bei der Sommerolympiade auch. Mit 4,90 Metern entschied er den Weitsprung für sich, mit 51,10 Metern auch den Weitwurf. Er unterlag lediglich im 60-Meter-Lauf dem späteren Dritten Marek Kuhn aus Allenstein und gewann den Dreikampf der Männer. Auf den zweiten Platz schob sich Patryk Anisko aus Braunsberg, der auch noch im 600-Meter-Lauf siegte.

Nächstes Mal mit Schlesiern

Bei den Frauen ließ Vorjahressiegerin Agata Wielkopolan aus Allenstein alle Konkurrentinnen wieder hinter sich.

Eine starke Mannschaftsleistung boten die Athleten aus Ortelsburg. Beim übrigens für alle Teilnehmer verpflichtenden Dreikampf belegte Kamila Wachowska bei den Juniorinnen den ersten Platz, und mit Michał Wieczorek, Szymon Milewski und Adam Szcz sny standen gleich drei ihrer Vertreter auf dem Podest bei den Junioren. Im Beachvolleyball, das am Sonnabendnachmittag ausgetragen wurde, konnten sie ebenfalls den Sieg für sich verbuchen.

Gerade Volleyball als Mannschaftssportart trug zusammen mit der Integration der Teilnehmer am Freitag Abend zu einem Gemeinschaftsgefühl der deutschen Jugendlichen aus dem südlichen Ostpreußen bei. Am Sonntag ging es für sie in einer Stadtbesichtigung und Schnitzeljagd um Wissens über Osterode und Ostpreußen. Bei einem anschließenden Quiz gab es auch für die weniger sportlichen Teilnehmer die Chance auf Gewinne. Dank ihres lokalen Wissen schnitten bei den Junioren drei Mädchen aus Osterode am besten ab.

Für das nächste Jahr steht noch einmal Osterode auf dem Plan, aber die Organisatoren denken schon weiter, wie Arkadiusz Leska erklärt: „Man sollte ja immer wieder etwas Neues bieten. Eine Idee war, Jugendliche aus Schlesien einzuladen, eine zweite, einmal eine besondere Ausgabe der Olympiade auf deutschem Boden zu machen.“ Ob sich davon etwas verwirklichen lässt, wird die Zukunft zeigen. Für das Jahr 2018 jedenfalls ist das olympische Feuer erst einmal erloschen.

Uwe Hahnkamp

Die Sommerolympiade der deutschen Jugend im südlichen Ostpreußen wurde durch das polnische Innenministerium, das Generalkonsulat der Bundesrepublik Danzig, die Landsmannschaft Ostpreußen, den Verband der deutschen Gesellschaften in Ermland und Masuren, den Bund Junges Ostpreußen, die Stadt Osterode und den Kreis Osterode gefördert.

Königsberg hat ein neues Denkmal

Russifizierung der Kultur: Der Alexander-Newskij-Statue sollen weitere Heiligenmonumente folgen

In Königsberg gibt es eine neue Skulptur, die schon allein durch ihre Größe beeindruckt. Es ist ein Denkmal für den Rurikidenfürsten und Heiligen Alexander Newskij.

Die Skulptur wurde in Moskau mit den Mitteln eines unbekannten Mäzens angefertigt. Das fünf Meter hohe Postament für die Skulptur wurde schon vorher gebaut. Die Newskij-Skulptur hält in ihrer rechten Hand ein Schwert und in der linken eine Fahne. Vor der Figur liegt der gehörnte Helm und das Schwert des besiegten Feindes und dahinter ist ein Kreuz zu sehen. Die Komposition wurde aus Einzelteilen zusammengesetzt.

Die Wahl des Ortes, an dem das Denkmal aufgestellt werden sollte, hat kein Geringerer getroffen als der bekannte Königsberger Stadtarchitekt Alexander Baschin. Das neue Monument ist eines der größten im gesamten Königsberger Gebiet. Das Bauwerk misst vom Boden bis zur Spitze etwa zehn Meter. Laut dem Künstler und Ideengeber für das Denkmal, Wadim Zyganow, entstanden während der Arbeit daran fünf verschiedene Varianten. Zyganow ließ sich vom Bildhauer Andrej Sledkow inspirieren. Der Künstler sagte, er habe die Idee gehabt, einen Helden darzustellen, der nicht aggressiv wirken sollte. Sein erklärtes Ziel war eine spirituelle Wahrnehmung.

Skulptur enthält historische Fehler

Den Standort für das Denkmal hat Baschin bewusst gewählt – es ist der Anfang der Cranzer Allee [Alexander-Newskij-Straße] in der Nähe des Platzes Marschall Alexander Wassiljewskij.

Gouverneur Anton Alichanow hielt bei der Denkmaleinweihung eine patriotische Rede, in der er die historische Bedeutung Alexander Newskijs hervorhob. Dann schlug er vor, die Strommasten in der Nähe des Denkmals zu entfernen, um diesem Ort mehr Ästhetik zu verleihen. Der Bildhauer erklärte, dass er sich auf dem Erreichten nicht ausruhen wolle,



Nicht unumstritten: Denkmal an der Cranzer Allee — Bild: J.T.

sondern noch weitere symbolische Skulpturen für Königsberg fertigen wolle: eine könnte ein Denkmal für den Heiligen Andrej Perwoswannyj sein.

Es ist bemerkenswert, dass sowohl das Denkmal selbst als auch sein Standort widersprüchliche Emotionen in der Bevölkerung hervorgerufen haben. Da ist zum einen der Standort, der mitten auf einer Verkehrsinsel liegt, die von einem Kreisverkehr umgeben ist. Einen Fußgängerübergang, der sie mit dem Gehweg verbinden würde, gibt es nicht. Deshalb können Passanten das Denkmal nur aus der Ferne betrachten und haben keine Möglichkeit, näher heranzugehen. Ansonsten müssten sie zwischen den Autos durchlaufen.

Auf der anderen Seite hat Anatolij Bachtin, Mitarbeiter des Gebietsarchivs, darauf aufmerksam gemacht, dass der Schild, auf dem Alexander Newskijs Skulptur steht, nicht der historischen Realität entspricht. Wie Bachtin erklärte, hat der Ordensschild mit dem Adler anders ausgesehen: „Die Vogelfigur war klein und befand sich in der Mitte, vor dem Hintergrund des Kreuzes.“ Seiner Meinung nach konnte nur ein Großmeister solch einen Schild tragen, und der habe nicht gegen Newskij gekämpft. Wir haben es also mit einem historischen Fehler zu tun, schloss der Experte. In der Tat erinnert der Adler auf dem Wappen unter den Füßen des Fürsten eher an das Wappen Preußens als an jenes des Deutschen Ordens.

Zyganow gab zu, dass er die Skulptur nicht als historische Tatsache gedacht habe: „Man muss keine historische Authentizität in der Newskij-Skulptur suchen, da sie nur ein kollektives Bild ist.“ Schon die vorläufige Skizze und das symbolische Bild Alexander Newskijs hatten viel Streit unter Experten ausgelöst.

Jurij Tschernyschew



ZUM 103. GEBURTSTAG

Gahre, Wanda, geb. **Keil**, aus Wildwiese, Kreis Elchniederung, am 17. Juli

ZUM 99. GEBURTSTAG

Pernak, Ingeborg, geb. **Fischer**, aus Wiesengrund, Kreis Lyck, am 15. Juli
Wiesner, Edeltraut, geb. **Fischer**, aus Schakendorf, Kreis Elchniederung, am 18. Juli

ZUM 98. GEBURTSTAG

Regel, Inge, geb. **Weißflug**, aus Pillau, Kreis Fischhausen, am 17. Juli

ZUM 97. GEBURTSTAG

Becker, Ilse, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 13. Juli
Goertz, Else, geb. **Rathke**, aus Pillau, Kreis Fischhausen, am 17. Juli
Lehmann, Elfriede, geb. **Bartoschewitz**, aus Lyck, Blücherstraße 5, am 19. Juli
Schmidt, Renate, geb. **Joschek**, aus Vierbrücken, Kreis Lyck, am 14. Juli

ZUM 96. GEBURTSTAG

Zerkowski, Norbert, aus Lyck, Am Rathaus 2, am 15. Juli

ZUM 95. GEBURTSTAG

Bartholomeyczik, Waltraud, geb. **Wabbels**, aus Kreuzingen und aus Wartenhöfen, Kreis Elchniederung, am 17. Juli
Hansen, Hedwig, geb. **Pichlo**, aus Herzogskirchen, Kreis Treuburg, am 19. Juli
Kolodzey, Elfriede, geb. **Krüger**, aus Gollen, Kreis Lyck, am 14. Juli
Kowalewski, Dr. Karl, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 13. Juli
Runge, Gertrud, aus Tilsit, am 6. Juli
Suchalla, Berta, geb. **Kopka**, aus Hamerudau, Kreis Ortelsburg, am 14. Juli
Wilde, Helene, geb. **Fenzau**, aus Grünau, Kreis Elchniederung, am 18. Juli

ZUM 94. GEBURTSTAG

Habedank, Beatrix, geb. **Stockmann**, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 15. Juli
Lojewski, Fritz, aus Waltershöhe, Kreis Lyck, am 16. Juli
Maillard, Wolfgang-Eisenhardt, aus Ebenfelde, Kreis Lyck, am 17. Juli
Topeit, Hermann, aus Grünwiese, Kreis Elchniederung, am 19. Juli

ZUM 93. GEBURTSTAG

Brosda, Klara, geb. **Zoels**, aus Froben, Kreis Neidenburg, am 16. Juli
Burdenski, Harry, aus Willenberg, Kreis Ortelsburg, am 16. Juli
Glasauer, Edith, aus Langheide, Kreis Lyck, am 14. Juli
Großmann, Erich, aus Prostken, Kreis Lyck, am 17. Juli
Hartwig, Emil, aus Richtenberg, Kreis Treuburg, am 18. Juli
Kaminski, Horst, aus Ruß, Kreis Heydekrug, am 14. Juli
Kolenda, Gerda, geb. **Gedaschke**, aus Paterswalde, Kreis Wehlau, am 16. Juli
Kugland, Gerhard, aus Pregelswalde, Kreis Wehlau, am 18. Juli
Methfessel, Friedel, geb. **Alexey**, aus Gorlau, Kreis Lyck, am 15. Juli
Meyer, Herta, aus Stettenbach, Kreis Lyck, am 13. Juli
Müller, Ingeburg, geb. **Atzler**, aus Rauschen, Kreis Fischhausen, am 19. Juli
Timm, Eva, geb. **Motzkau**, aus Groß Engelau, Kreis Wehlau, am 14. Juli

ZUM 92. GEBURTSTAG

Beck, Ruth, geb. **Kelch**, aus Karkeln, Kreis Elchniederung, am 19. Juli
Hein, Liesbeth, geb. **Kowalzig**, aus Prostken, Kreis Lyck, am 16. Juli
Lullies, Meta, geb. **Beckert**, aus Langsee, Kreis Lyck, am 14. Juli
Mälz, Hanna, geb. **Kyjewski**, aus Groß Schöndamerau, Kreis Ortelsburg, am 16. Juli
Merchel, Reinhold, aus Skottau, Kreis Neidenburg, am 14. Juli
Perret, Christel, geb. **Bindzus**, aus Lenzendorf, Kreis Lyck, am 17. Juli
Raddeck, Ella, geb. **Strewinski**, aus Moterau, Kreis Wehlau, am 14. Juli
Wagner, Irmgard, geb. **Migge**, aus Mostolten, Kreis Lyck, am 14. Juli

ZUM 91. GEBURTSTAG

Escherich, Ruth, geb. **Kirschner**, aus Prostken, Kreis Lyck, am 18. Juli
Frey, Anita, geb. **Blosze**, aus Schneckenmoor, Kreis Elchniederung, am 17. Juli
Heinemann, Else, geb. **Gayko**, aus Langenhöh, Kreis Lyck, am 17. Juli
Hynek, Waltraud, geb. **Galonska**, aus Wacholderau, Kreis Ortelsburg, am 19. Juli
Janz, Erwin, aus Warschfelde, Kreis Elchniederung, am 14. Juli
Jordan, Charlotte, geb. **Reuter**, aus Kinderhausen, Kreis Ebenrode, am 14. Juli
Kahmann, Edith, geb. **Broden**, aus Klein Lasken, Kreis Lyck, am 18. Juli
Kuczinski, Heinz, aus Auglitten, Kreis Lyck, am 14. Juli
Schummek, Gertrud, geb. **Nowitzki**, aus Bunhausen, Kreis Lyck, am 15. Juli
Utecht, Ilse, geb. **Keding**, aus Trankwitz, Kreis Fischhausen, am 16. Juli
Weber, Dietlind, geb. **Olschewski**, aus Lyck, Otto-Reinke-Straße 20, am 17. Juli

ZUM 90. GEBURTSTAG

Ambrosius, Erich, aus Buschfelde, Kreis Ebenrode, am 14. Juli
Bahr, Werner, aus Rübenzahl-Ausbau, Kreis Lötzen, am 13. Juli
Jaros, Ruth, geb. **Litzbarski**, aus Stobingen, Kreis Elchniederung, am 15. Juli
Jung, Margarete, geb. **Kitt**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 13. Juli
Kitscha, Margarete, geb. **Sewzik**, aus Schützengrund, Kreis Ortelsburg, am 19. Juli
Klinger, Hans, aus Ellerbach, Kreis Ebenrode, am 13. Juli
Klimmek, Ulrich, aus Muschaken, Kreis Neidenburg, am 13. Juli
Machel, Margerete, geb. **Brehm**, aus Weidenkreuz, Kreis Ebenrode, am 13. Juli
Mey, Erika, geb. **Maurer**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 17. Juli
Onischke, Herbert, aus Schallen, Kreis Wehlau, am 13. Juli
Posdziech, Traute, geb. **Soltek**, aus Farienen, Kreis Ortelsburg, am 15. Juli
Riedel, Gerhard, aus Lesgewangen, Kreis Tilsit-Ragnit, am 16. Juli
Runge, Hildegard, geb. **Lettau**, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 129, am 18. Juli
Söckneck, Gunter, aus Gauleden, Kreis Wehlau, am 17. Juli
Tupeit, Lucie, aus Kleindünen, Kreis Elchniederung, am 14. Juli
Weps, Gertraud, geb. **Bach**, aus Ebendorf, Kreis Ortelsburg, am 19. Juli
Wostbrock, Ilse, geb. **Schiefke**, aus Schwalgenort, Kreis Treuburg, am 16. Juli

ZUM 85. GEBURTSTAG

Buttgereit, Günther Hans, aus Rhein, Kreis Lötzen, am 18. Juli
Chuchra, Gisela, geb. **Kadzidroga**, aus Rogallen, Kreis Lyck, am 16. Juli
Dembowski, Werner, aus Hanffen, Kreis Lötzen, am 16. Juli
Fiedler, Helga, geb. **Milewski**, aus Stahnken, Kreis Lyck, am 16. Juli
Geschwandtner, Heinz, aus Schloßbach, Kreis Ebenrode, am 14. Juli
Hanke, Werner, aus Mingfen, Kreis Ortelsburg, am 18. Juli
Heinemann, Irmgard, geb. **Matzick**, aus Herdenau, Kreis Elchniederung, am 17. Juli
Kalkenings, Artur, aus Heideckshof, Kreis Elchniederung, am 13. Juli
Krzizanowski, Pastor i.R. Wolfgang, aus Elbing, am 17. Juli
Loch, Eitel, aus Schnippen, Kreis Lyck, am 18. Juli
Meisner, Heinrich, aus Bürgersdorf, Kreis Wehlau, am 16. Juli
Meyer, Lieselotte, geb. **Petschuleit**, aus Rauschen, Kreis Fischhausen, am 14. Juli
Oehler, Elfriede, geb. **Missuweit**, aus Schloßbach, Kreis Ebenrode, am 16. Juli
Purwin, Gertrud, aus Auglitten, Kreis Lyck, am 17. Juli
Rase, Waltraut, geb. **Pitzer**, aus Ebenrode, am 15. Juli
Schneider, Ruth, geb. **Kronenberger**, aus Fließdorf, Kreis Lyck, am 18. Juli
Skryppek, Lieselotte, aus Grabnick, Kreis Lyck, am 15. Juli

ZUM 80. GEBURTSTAG

Adomeit, Joachim, aus Rettkau, Kreis Neidenburg, am 14. Juli
Bauszus, Wolfgang, aus Kreuzingen, Kreis Elchniederung, am 19. Juli
Bortzick, Erhard, aus Eisermühl, Kreis Lötzen, am 17. Juli
Brodowski, Walter, aus Kalthagen, Kreis Lyck, am 15. Juli
Deppe, Uta, geb. **Meyhöfer**, aus Schellendorf, Kreis Ebenrode, am 13. Juli
Düsberg, Edeltraut, geb. **Kulessa**, aus Skomanten, Kreis Lyck, am 17. Juli
Frontzek, Hans Werner, aus Lyck, am 18. Juli
Holfoth, Gerda, geb. **Grünert**, aus Krattlau, Kreis Fischhausen, am 18. Juli
Jablonowski, Ulla, geb. **Machlitt**, aus Eisleben, am 15. Juli
Jakielski, Harry, aus Treuburg, am 14. Juli
Janz, Helmut, aus Guttschallen, Kreis Wehlau, am 18. Juli
Jegutzki, Hans-Georg, aus Skomanten, Kreis Lyck, am 16. Juli
Jorgowski, Dieter, aus Puppen, Kreis Ortelsburg, am 13. Juli
Kappert, Gertraud, geb. **Smik**, aus Klaussen, Kreis Lyck, am 17. Juli
Kapst, Edith, geb. **Lamowski**, aus Seeheim, Kreis Lyck, am 18. Juli
Metzger, Ruth, geb. **Dickert**, aus Groß Trakehnen, Kreis Ebenrode, am 13. Juli
Mlodzian, Ulrich, aus Leinau, Kreis Ortelsburg, am 15. Juli
Mogilowski, Erwin, aus Gauleden, Kreis Wehlau, am 16. Juli
Penkwitz, Fritz, aus Rapendorf, Kreis Preußisch Holland, am 17. Juli
Ramm, Erika, geb. **Rose**, aus Schönhofen, Kreis Treuburg, am 19. Juli
Röns, Ingrid, geb. **Alschauski**, aus Groß Engelau, Kreis Wehlau, am 14. Juli
Schulze, Edda, geb. **Kattanek**, aus Samplatten, Kreis Ortelsburg, am 17. Juli
Storz, Ruth, geb. **Barkmann**, aus Parnehnen, Kreis Wehlau, am 19. Juli
Till, Elfriede, geb. **Till**, aus Paterswalde, Kreis Wehlau, am 19. Juli
Velte, Karin, geb. **Schettkat**, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 16. Juli
Wienert, Werner, aus Muschaken, Kreis Neidenburg, am 13. Juli

ZUM 75. GEBURTSTAG

Awiszus, Eckhard, aus Elbings Kolonie, Kreis Elchniederung, am 16. Juli
Bembenek, Wolfgang, aus Friedrichsdorf, Kreis Ortelsburg, am 18. Juli
Böckeler, Edelgard, geb. **Sussek**, aus Eichthal, Kreis Ortelsburg, am 15. Juli
Brandstäter, Gert-Dietmar, aus Ebenrode, am 16. Juli
Haar, Arnim, aus Quilitten, Kreis Heiligenbeil, am 18. Juli
Kurschat, Ingrid, aus Ebenrode, am 15. Juli
Lübow, Lieselotte, geb. **Chudaska**, aus Weißengrund, Kreis Ortelsburg, am 19. Juli
Nadrowski, Horst Walter, aus Heinrichsdorf, Kreis Neidenburg, am 13. Juli
Reich, Manfred, aus Ebenrode, am 19. Juli
Reiss, Eberhard, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 14. Juli
Zapatka, Alfons, aus Klein Leschienen, Kreis Ortelsburg, am 18. Juli

Alle Seiten »Heimatarbeit« auch im Internet

TERMINE DER LO

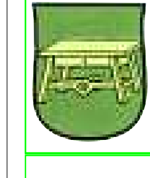
2018

14. bis 16. September: Geschichtsseminar in Helmstedt
8. bis 14. Oktober: Werkwoche in Helmstedt
20. Oktober: 9. Deutsch-Russisches Forum in Insterburg (geschlossener Teilnehmerkreis)
2. November: Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden in Wuppertal
3. bis 4. November: Ostpreußische Landesvertretung in Wuppertal
12. bis 15. November: Kulturhistorisches Seminar in Helmstedt

Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de, Internet: www.ostpreussen.de/lo/seminare.html.

AUS DEN HEIMATKREISEN

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



EBENRODE (STALLUPÖNEN)

Kreisvertreter: Dr. Gerhard Kuebart, Schiefe Breite 12a, 632657 Lemgo, Telefon (05261) 8 81 39, E-Mail: gerhard.kuebart@googlemail.com.

Heimatreise

Schlossberg, Ebenrode / Stallupönen, Wystiten, Nord-Masuren, Rominter Heide, Trakehnen, Insterburg, Gumbinnen, Königsberg, Danzig und Stettin in neun Tagen von Dienstag, 14., bis Mittwoch, 22. August, Buchungs-Nummer: Sommerreise 2018.

1. Tag: Fahrt ab Wuppertal und weiteren Zustiegen über Hannover, Berlin, nach Posen zur ersten Übernachtung.

2. Tag: Fahrt durch das Warthe-Weichsel Gebiet über Osterode, und Allenstein nach Sensburg mit Übernachtung.

3. Tag: Heute befahren Sie eine besonders schöne und interessante Route. Über Lötzen am Löwentinsee, vorbei an der Feste Bojen, durch das wunderschöne Masuren über endlose Alleen kommen Sie nach Goldap. Besuch am „Schönen Berg" und im Haus der Heimat. Im Anschluss fahren Sie durch die südliche Rominter Heide. Sie sehen das Viadukt in Staatshausen, den Bahnhof in Szitkehmen das Drei-Länder-Eck und den Wystiter See. In Wystiten Einkehr im neuen Museumsgebäude des Nationalparks. Nun fahren Sie entlang der ostpreußischen Grenze nach Kybartei. Über Ebenrode erreichen Sie Trakehnen. Sie wohnen im Gasthaus Alte Apotheke.

4. Tag: Führung durch das ehemalige Gestüt Trakehnen. Besuch des neuen Heimatmuseums in Ebenrode. Danach Zeit zur freien Verfügung. Möglichkeit zum Besuch der Heimatorte mit Taxen. In Absprache mit allen Reiseteilnehmern ist ein Bus-Ausflug durch den Kreis Schlossberg oder in die Rominter Heide zum Museum in Groß Rominten geplant.

5. Tag: Rundfahrt über Schloßberg mit Stadtbesichtigung und Besuch des Privat-Museums. Durch Dörfer der Umgebung fahren Sie über Georgenburg nach Insterburg mit Besichtigung des Gestütes, und Burgen. in Gumbinnen besuchen Sie die Salzburger Kirche mit Diakonie, und das Fresko in der Friedrichschule.

6. Tag: Fahrt mit Fotostopp in Taplaken an der alten Pregel-Schleuse und Brücke nach Königsberg. Stadtrundfahrt zum WM Stadion, Dom, Nordbahnhof, Hafen u.v.m. Der restliche Tag steht zur freien Verfügung, eine Schifffahrt von Königsberg nach Pillau wäre möglich.

7. Tag. Bei Heiligenbeil fahren Sie über Braunsberg und Elbing durch die Weichselniederung nach Danzig. Stadt-Rundfahrt und Besichtigung der wichtigsten Sehenswürdigkeiten.

8. Tag: Vormittags Orgelkonzert in der Kathedrale Oliva. Anschließend fahren Sie nach Karthaus und weiter durch die kaschubische Schweiz und das südliche Pommern in die pommersche Hauptstadt Stettin.

9. Tag. Gut ausgeschlafen und mit schönen Erinnerungen treten Sie die Heimreise an.

Der Reisepreis pro Person im Doppelzimmer mit Dusche, WC und Halbpension beträgt 690 Euro. Mindestteilnehmerzahl sind 30 Personen. Der Einzelzimmerzuschlag beträgt 140 Euro, die Visumsgebühr 90 Euro. Programmänderungen vorbehalten. Insbesondere an Tag vier und fünf. Leistungen: Fahrt mit einem modernen Fernreisebus mit Klimaanlage, WC, Kaffeeküche und Getränkeservice. Visabesorgung. acht Übernachtungen. Rundfahrten wie im Programm. Deutschsprachige Reiseleitung und Fahrer Gerhard Scheer. Nicht im Reisepreis: Visagebühren und Eintrittsgelder.

Es werden auch Hilfsgüter mitgenommen. Anmeldung bei Scheer-Reisen, Wuppertal, Telefon (0202) 500077, E-Mail: info@scheer-reisen.de.

An der Reise können auch Reisende teilnehmen, die einige Tage in Allenstein und Umgebung verbringen wollen. Einzelheiten beim Veranstalter.

Kinderferienlager

Otterndorf – Mittwoch, 25. Juli, bis Montag, 6. August, Jugendherberge Otterndorf, Schleusenstraße 147 in 21762 Otterndorf: Kinderferienlager. Anmeldung beim Jugendbeauftragten: Norbert Schattauer, Landesstraße 19, 21776 Wanna, Telefon (04757) 463, E-Mail: schattauer-wanna@t-online.de.

Ostpreußentreffen

Das Ostpreußentreffen in Winsen/Luhe konnte mit Schloßberg, Hamburg und Niedersachsen er-

Heimatkreisgemeinschaften Fortsetzung auf Seite 15

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 14

folgreich durchgeführt werden, wenn die Teilnehmerzahlen auch leider sinken.

Pfarrer i. R. Kurt Perrey erinnerte in seiner Ansprache am Ehrenmal an das Datum von 1918 und gedachte der Toten beider Weltkriege, mit eindrücklichen Worten zum Frieden mahnend. Manfred Jordan und Norbert Schattauer trugen den blumenreichen Kranz zur Gedenkstätte, deren Geschichte und notwendige Erweiterung von Pfarrer Perrey dargestellt wurde.

Die Feierstunde wurde von der Chorgemeinschaft „Winsen Singzirkel von 1891 e.V.“ würdig eingeleitet. Im Anschluss hielt Pfarrer Perrey die Andacht, dazwischen und am Ende wurden Strophen des Liedes „Großer Gott wir loben Dich“ gesungen. Herr Gründling konnte Vertreter des Landkreises Harburg und der Stadt Winsen begrüßen, die ihrerseits in Grußworten die Arbeit der Kreisgemeinschaften würdigten. Der Vortrag von Professor Heberer, Duisburg, hatte die Verbindungen einer Salzburger Exulantenfamilie und Ostpreußen zu China zum Thema und fesselte, brillant dargestellt, die Zuhörer mit bislang nicht gekannten Tatsachen. Mit dem Ostpreußenlied, Dankesworten unseres Kreisvertreters und unserer Nationalhymne klang die Feierstunde aus.

Gemütliche Gespräche beim vorzüglichen Mittagessen füllten den Zeitraum bis zu den Mitgliederversammlungen. In den Heimatstuben konnten dann noch allerlei Fragen beantwortet und neue Ausstellungsstücke bewundert werden. *Gerhard Kuebart*



ELCH-NIEDERUNG

Kreisvertreter: Manfred Romeike, Anselm-Feuerbach-Str. 6, 52146 Würselen, Telefon/Fax (02405) 73810. Geschäftsstelle: Barbara Dawideit, Telefon (034203) 33567, Am Ring 9, 04442 Zwenkau.

Kreistreffen

Bad Nenndorf – Freitag, 7., bis Sonntag, 9. September, Hotel Esplanada, Telefon (05723) 798110, Bahnhofstraße 8, 31542 Bad Nenndorf: Kreistreffen/Mitgliederversammlung und Delegierten-Versammlung.



GOLDAP

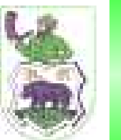
Kreisvertreter: Stephan Grigat, Telefon (05231) 37146, Fax (05231) 24820, Heidentalstraße 83, 32760 Detmold. Geschäftsstelle: Annelies Trucewitz, Hohenfelde 37, 21720 Mittelnkirchen, Telefon (04142) 3552, Telefax (04142) 812065, E-Mail: museum@goldap.de. Internet: www.goldap.de.

Gartenfest

Goldap – Sonnabend, 21. Juli: 1. Goldaper Gartenfest am Haus der Heimat in Goldap. Informationen: Annelies Trucewicz, Telefon (04142) 3552, E-Mail: museum@goldap.de.

Heimatreffen

Stade – Freitag, 7., bis Sonntag. 9. September: Goldaper Heimattreffen in Stade. Informationen: Annelies Trucewicz, Telefon (04142) 3552, Internet: www.goldap.de oder per E-Mail: museum@goldap.de.



INSTERBURG – STADT UND LAND

Vorsitzender Stadt & Land: Reiner Buslaps, Am Berg 4, 35510 Butzbach-Kirch-Göns, Tel.: (06033) 66228, Fax (03222) 3721953, E-Mail: R.Buslaps@t-online.de. Kreisgemeinschaft Insterburg Stadt & Land e. V., Geschäftsstelle, Am Marktplatz 10, 47829 Krefeld, Postfach 111 208, 47813 Krefeld, Tel.: (02151) 48991, Fax (02151) 491141, E-Mail: info@insterburger.de, Internet: www.insterburger.de, Bürozeiten: Montag – Freitag von 8 bis 12 Uhr.

Heimatgruppen

Hamburg – Mittwoch, 1. August, 12 Uhr, Veranstaltungsraum Empore, Hotel Zeppelin, Frohmestraße 123–125, 22459 Hamburg: kultureller Vortrag oder Autorenlesung. Informationen: Manfred Samel, Telefon (040) 587585, E-Mail: Manfred-Samel@Hamburg.de.

Köln – Mittwoch, 25. Juli, Gaststätte Zirkel, Braunstraße 20, Köln-Braunsfeld (Haltestelle Aachener Straße/Maarweg): Treffen. Anmeldung und nähere Informationen bei Carola Maschke, Telefon (0221) 796942, E-Mail: C.Maschke@netcologne.de.

Schwerin – Mittwoch, 18. Juli, 12 Uhr, Gaststätte Kaktus, Dreescher Köpmarkt: Treffen.

Schwägauer Treffen

Vom 13. bis zum 16. Mai trafen sich die Heimattreuen Schwägerauer Eichensteiner und Waldhausener zum achten Mal in Schmalkalden, Thüringen. Es kamen 15 Mitglieder unserer Heimatgruppe. Nach der Anreise mit Bahn oder Pkw trafen wir uns dann zum gemeinsamen Abendessen, danach hat uns Siegfried Schulz herzlich begrüßt und den Ablaufplan unseres Treffens bekanntgegeben. Im Anschluss daran begingen wir eine gemeinsame Schweigeminute für unsere treuen Heimatmitglieder Grete Ziegler, geb. Neumann, und Grete Werischong. Mit dem gemeinsamen Gesang des Ostpreußenliedes „Land der dunklen Wälder“ begann dann das Schabbern und Plachandern. Mit Gesang alter Volkslieder haben wir den Abend beschlossen. Am nächsten Tag nach dem Frühstück hat Siegfried uns über die Ereignisse und Begebenheiten des zurückliegenden Jahres berichtet. Er zeigte in einer Zusammenfassung Bilder über sieben Jahre unseres Treffens. Als Abschluss dieses Programms hat er allen Angereisten eine Collage über diese Zeit mit einem dazugehörigen selbstgemachten Bärenfang überreicht. Am Nachmittag war Freizeit angesagt. Einige waren zur Stadt gegangen und andere haben eine kleine Wanderung in den schönen Thüringer Wald unternommen. Am Abend haben wir wieder gemeinsam gegessen und danach begann die gemütliche Runde mit Singen und Plachandern. Zur späten Stunde haben wir mit dem Lied „Guten Abend, gut' Nacht“ den Tag beendet.

Am Dienstag wurde unsere Runde fortgesetzt. Heinz Fischer berichtete in einem kleinen Vortrag über die Satzungsänderungen und deren Inkrafttreten (Satzungsänderungen der Kreisgemeinschaft Insterburg Stadt und Land). Es wurden Gründe der Satzungsänderungen und Änderungen selbst aufgezeigt. Er sprach über die Mitgliederversammlung, ihre Aufgaben (§9) und Auflösung (§14). Danach wurde über die Aussagen von Heinz rege diskutiert. Nach einer kleinen Kaffeepause sprach Heinz über Deutschlands vergessene „Wolfskinder“. Sie mussten jahrzehntelang für Dinge büßen, die sie selbst nicht zu verantworten hatten. Sie leiden bis heute unter ihren Nachkriegserfahrungen und sind in ihrer Lebensqualität zum Teil noch immer massiv eingeschränkt. Heinz gab authentische Berichte von Zeitzeugen wieder. Die Kinder bekamen neue Namen und vergaßen oft für lange Zeit ihre Herkunft bis auf einmal die Erinnerungen aufkamen. Nicht vorstellbar, wie sich Deutschland gegenüber diesen geschundenen Menschen sehr lange verhielt.

Auf der Grundlage eines Interviews zeigte ein Rollenspiel die jeweiligen Situationen der Wolfskinder auf. Das war eine sehr nachdenkliche Aussage über die Erlebnisse dieser „Kinder“. Danach war Freizeit angesagt. Damit ging ein erlebnisreicher Tag mit vielen Eindrücken zu Ende. Wie an jedem Abend trafen wir uns nach dem gemeinsamen Abendessen in gemütlicher Runde und haben unser Treffen mit Gesang und Plachandern beendet.

Am Mittwoch haben wir uns mit einem Lied voneinander verabschiedet. Wir hoffen auf ein gesundes Wiedersehen 2019, denn die Liebe zu unserer Heimat verbindet.

Der Aufenthalt im Hotel „Jägerklause“ war aufregend und freudig zugleich. Danke Familie Jäger und deren Personal für die gelungene Gastfreundschaft im Haus. Wenn wir gesund bleiben, werden wir uns 2019 vom 19. bis 22. Mai in Schmalkalden wiedersehen. *H Fischer und Siegfried S.*

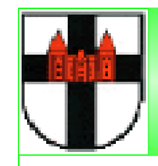


LÖTZEN

Dieter Arno Milewski (kommissarischer Kreisvertreter), Am Forstgarten 16, 49214 Bad Rothenfelde, Telefon (05424) 4553, Fax (05424) 399139, E-Mail: dieter.arno.milewski@osnanet.de. Geschäftsstelle: Ute Eichler, Bilenbarg 69, 22397 Hamburg, Telefon (040) 6083003, E-Mail: KGL.Archiv@gmx.de

Bernsteinschleifer

Neumünster – Sonnabend, 21. Juli, 15.30 Uhr, Heimatmuseum, Sudetenlandstraße 18h (Böcklersiedlung): Begleitprogramm zur Carl-Knauf-Ausstellung: Der Bernsteinschleifer kommt! Michael Petersen aus Böel, Bernsteinschleifer und Schmuckhersteller, spricht über Bernstein und zeigt und erklärt, wie „das Gold der Ostsee“ bearbeitet werden kann.



NEIDENBURG

Kreisvertreter: Jürgen Szepanek, Nachtigallenweg 43, 46459 Rees-Haldern, Tel. / Fax (02850) 1017.

Bruderhilfe

Mitte Juni weilten der Kreisvertreter Jürgen Szepanek und sein Vorstandskollege Martin Hennig in Ostpreußen. Neben anderen vielfältigen Erledigungen wurden auch die Bruderhilfemittel der Landsmannschaft Ostpreußen und der Kreisgemeinschaft Neidenburg ausgezahlt. In den Genuss des Geldes kamen hauptsächlich alte und kranke Landsleute in unserem ehemaligen Kreisgebiet. Durch viele Hausbesuche konnte festgestellt werden, dass die Not oftmals viel größer ist als vorher angenommen. Sehr dankbar sind diese betagten und nicht selten allein lebenden Menschen für diese finanzielle Unterstützung. Nicht weniger wertvoll sind aber auch die persönlichen Gespräche über vergangene Zeiten, wie auch die Gegenwart. Am Sonnabend, dem 16. Juni fand das diesjährige Sommerfest der Landsmannschaft Ostpreußen an einem schönen See in Osterode statt. Die Veranstaltung war gut besucht und das Wetter herrlich. Auch der seit einigen Jahren in Neidenburg existierende Chor trug mit mehreren Beiträgen zum Gelingen der Zusammenkunft bei. Aktive Übersetzerin bei diesen Veranstaltungen ist seit vielen Jahren die Vorsitzende unserer Neidenburger Gesellschaft Sabina Wylengowski. Im kommenden Jahr können unsere Landsleute in Ostpreußen das 25-jährige Bestehen ihres Zusammenschlusses begehen. Eine Feier hierzu ist für Anfang Juli 2019 geplant. Ein genauer Termin steht noch nicht fest. Wir wollen von West nach Ost eine Omnibusreise organisieren. Interessenten mögen sich bitte schon jetzt wegen Vorinformationen beim Kreisvertreter melden. *J.S.*

Heimattreffen

Unser diesjähriges Treffen findet am Sonntag, 2. September, in Helmstedt statt. Es wird eine Lesung von Marguerite Kollo über ihren Vater Willi Kollo geben. Bekanntlich ist der Großvater von ihr und ihrem Bruder René, der Neidenburger Walter Kollo. Wegen der besonderen Situation der Verpflegung in der Politischen Bildungsstätte Helmstedt wird um Anmeldung beim Kreisvertreter gebeten. Die Kreisgemeinschaft lädt alle ihre Gäste zu einem kleinen Mittagessen ein.



OSTERODE

Kreisvertreter: Burghard Gieseler, Elritzenweg 35, 26127 Oldenburg, Telefon (0441) 6001736. Geschäftsstelle: Postfach 1549, 37505 Osterode am Harz, Telefon (05522) 919870. KGOeV@t-online.de; Sprechstunde: Mo. 14-17 Uhr, Do. 14–17 Uhr.

Sommerfest

Die Einladung zum Sommerfest am 16. Juni der Landsmannschaft Ostpreußen und der Gesellschaft der Deutschen in Osterode/Ostpreußen ging bei uns ein und wir, meine Frau und ich, gingen am 13. Juni auf die Ostlandfahrt. Sie führte über Küstrin nach Schneidemühl in Hinterpommern. Dort trafen wir uns mit dem Vorsitzenden, Edwin Kemnitz, zu einem Meinungsaustausch. Von dort ging die Fahrt nach Thorn weiter, Geburtsstadt von meiner Frau und auch Patenstadt von Lüneburg. Am Folgetag durchfuhren wir die schöne Landschaft Westpreußens und Ermland Masurens über Straßburg, Neumark und Lüben nach Osterode/Ostpreußen, auch Patenstadt von Osterode/Harz. Dort angekommen, bauten wir unser „Häuschen auf Rädern“ (Wohnmobil) auf dem Stellplatz, den wir von früheren Fahrten kannten, auf. Nach einem notwendigen Ruhetag ging es zum Sommerfest im Amphitheater, direkt am schönen Drewensee gelegen. Zur Begrüßung der Gäste spielte das Osteroder Stadtorchester flotte Märsche aller Art. Nach den Ansprachen und Grußworten der Verantwortlichen und Gästegruppen sowie dem gemeinsam gesungenen Ostpreußenlied zeigten die Volkstanzgruppen und Chöre ihr Können. Folgende deutsche Volkstanzgruppen und Chöre traten auf: Volkstanzgruppe „Saga“ aus Barteinstein, Gruppe „Tannen“ aus Osterode, Kindergruppe „Zarjana“ und Tanzgruppe „Bernsteinblume“ aus Königsberg, Chor „Ermland“ aus Heilsberg, Chor „Stimme der Heimat“ aus Lötzen, Chor aus Neidenburg, Chor „Masurenklang“ aus Peitschendorf und der Ostpreußenchor aus Mecklenburg-Vorpommern. Alle Teilnehmer sangen gemeinsam mit den Chören zum Abschluss das Ostpreußenlied. Damit ging ein ereignisreicher Tag zu Ende. Am 17. Juni standen ein Besuch der Burganlage aus der Zeit des Deutschen Ordens und eine Dampferfahrt auf dem schönen Drewenzsee an. Auf der Rückreise ging es nochmals nach Thorn zu einem größeren Stadtrundgang zum Copernicusdenkmal, Copernicushaus und dem Hafen an der Weichsel und weiter nach Bromberg zu Freunden, die wir über 20 Jahre kennen. Dort gab es viel zu erzählen, Fotos zu betrachten und schon ging es weiter in Richtung Bundesrepublik über Frankfurt/Oder nach Lichtenow in Brandenburg, Standplatz „Am goldenen Lamm“.

Zum Abschluss stand noch der Besuch des in Wustrau befindlichen Brandenburg-Preußen-Museums auf dem Programm. Der Ort Wustrau liegt am Südende des Ruppiner Sees. Der Ort ist die Heimat des Husarengenerals Hans-Joachim von Zieten (1699–1786). Hier begannen auch die „Wanderungen durch die Mark Brandenburg“ von Theodor Fontane (1819–1898). Preußen war nicht nur Marschmusik und Pickelhaube. Preußen stand für religiöse Freiheit, für Bildung und Spitzenförderung und für den Beginn des modernen Sozialstaates.

In diesem Museum bekommt jeder einen Überblick über 500 Jahre deutsche Geschichte Brandenburg-Preußens und den Hohenzollern, illustriert mit zahlreichen Exponaten, darunter die einzige Portraitgalerie aller zwanzig brandenburgischen Kurfürsten, preußischen Königen und Kaisern.

Dieses Museum müsste zur Pflichtbesichtigung für alle deutschen Geschichtslehrer an unseren Schulen werden. Hier wird dokumentiert, dass die deutsche Geschichte nicht nur aus den gewissen zwölf Jahren (1933–45) besteht, sondern wesentlich länger und großartiger war. Ein Besuch lohnt sich für jeden und war der krönende Abschluss unserer Ostlandreise 2018.

Am 21. Juni endete die Reise nach 1650 gefahrenen Kilometern. Sie war auch eine Werbefahrt für das Freundschafts- und Hilfswerk-Ost e.V., im Standort Bad Bevensen. *Klaus Hoffmann*



RASTENBURG

Kreisvertreter: Hubertus Hilgendorff, Tel. (04381) 4366, Dorfstr. 22, 24327 Flehm. Gst.: Patenschaft Rastenburg: Kaiserring 4, 46483 Wesel, Tel. (0281) 26950.

Hauptkreistreffen

Wesel – Sonnabend. 18., und Sonntag, 19. August, Niederrheinhalle, Wesel: 62. Hauptkreistreffen.

Korschener Treffen

Bad Fallingbostel – Freitag, 17., bis Sonntag, 19. August, 29683

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 16

Ein Autor aus Ostpreußen

Ein Nachruf auf Paul Gratzik

Im Krankenhaus der Kreisstadt Eberswalde bei Berlin verstarb am 18. Juni im Alter von 82 Jahren der in Ostpreußen geborene Schriftsteller Paul Gratzik, der zuletzt in der Uckermark lebte.

Sein Vater war Landarbeiter im Dorf Lindenhof im Kreis Lötzen und fiel 1941 an der Ostfront. Der am 30. November 1935 dort geborene Paul ging 1945 mit Mutter und zwei älteren Geschwistern auf die Flucht, die in Mecklenburg endete. Er erlernte den Beruf eines Tischlers, besuchte 1954/55 die „Arbeiter- und Bauernfakultät“, um das Abitur nachzuholen, beging 1955 „Republikflucht“ nach Westdeutschland, wo er im Ruhrgebiet Bauarbeiter war, kehrte aber schon im Jahr darauf zurück und wurde Bergarbeiter im sächsischen Braunkohlenrevier.

Dass Paul Gratzik körperliche Arbeit nicht scheute, trug ihm die Achtung seiner Schriftstellerkollegen, auch die von Anna Seghers, und die des Staates ein, außerdem machte es ihn, soweit das im DDR-Sozialismus überhaupt möglich war, politisch unabhängig, er musste niemandem nach dem Mund reden.

Nach dem Mauerbau 1961 wurde auch die „Staatssicherheit“ auf ihn aufmerksam, am 2. Mai 1962 wurde er von der Kreisdienststelle Weimar unter dem Decknamen „Peter“ angeworben, eine Umklammerung, aus der er sich 1981 aus eigener Kraft befreien konnte. In Joachim Walthers Buch „Sicherungsbereich Literatur“ (1996) kann man auf vier Seiten nachlesen, wen er observiert hat und wie er nach 1981 selbst zum observierten Autor wurde.

Nach einem Studium 1962 bis 1964 am „Institut für Lehrerbildung“ in Weimar wurde er als Erzieher in Jugendwerkhöfen, dem „destruktiven Teil der Gesellschaft“, wie er es nannte, eingesetzt und fand dort den Stoff für seine späteren Theaterstücke. Durch den ständigen Wechsel zwischen Schreibtisch und Arbeitswelt gewann er einen unverstellten Blick für das, was ganz unten in der DDR-Gesellschaft passierte und was die staatlichen Vorgaben des „Bitterfelder Wegs“ Lügen strafte.

Von seinem Betrieb, dem „Transformatoren- und Röntgenwerk Dresden“, 1967 zum Studium ans Leipziger Literaturinstitut delegiert, wurde er schon 1968 „aus politisch-ideologischen Gründen“ wieder exmatrikuliert, weil er Sympathien für den „Prager Frühling“ entwickelt hatte. Aber nun feierte er erste Erfolge mit seinen Theaterstücken, von denen er mehr als ein Dutzend schrieb, die in Ostberlin aufgeführt wurden, zudem wurde er 1975 Vertragsautor am „Berliner Ensemble“, dem Theater Bertolt Brechts am Schiffbauerdamm.

Während sein erster Roman „Transportpaule“ 1977 noch im Rostocker Hinstorff-Verlag erscheinen konnte, wurde der zweite „Kohlenkutte“ (1982) nur in Westberlin veröffentlicht. In diesem Buch nämlich zerstörte er die Legende vom „Arbeiter- und Bauernstaat“ und zeigte den Arbeiter als unterstes Glied einer hierarchischen Gesellschaftsstruktur, der keinerlei Rechte hatte. Erst im Jahr des Mauerfalls 1989 konnte auch dieses Buch in Rostock erscheinen. *Jörg Bernhard Bilke*

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 15

Bad Fallingbostel: Korschener Treffen.

Heimatreise Teil 1

Von Anfang bis Mitte Mai fuhr die Kreisgemeinschaft Rastenburg nach Ostpreußen. Den Reisebericht können Sie in der kommenden Woche zu Ende lesen.

Die Fahrt begann in Bielefeld. Hier hatten sich schon einige der 31 Teilnehmer am Vorabend versammelt, sich an einem großen Tisch beim Abendessen näher kennengelernt und Gespräche über die Erwartungen an die Fahrt geführt. Voll Vorfreude ging es am nächsten Tag früh los und weitere Mitreisende stiegen in Magdeburg und in Berlin bei wolkenlosem Himmel und sommerlichen 26 Grad in unseren Bus ein.

Erstes Ziel war Kolberg an der Ostsee. Nach dem Abendessen konnten wir uns bei einem Spaziergang am Wasser bei angenehmen 20 Grad noch die Füße vertreten. Und das taten wir auch gleich wieder am nächsten Morgen. Einmal die Füße in das kalte Wasser halten, dass musste sein.

Gestärkt durch ein reichhaltiges Frühstücksbuffet, stiegen wir wieder in den Bus. Die Route führte uns an Stolp vorbei nach Danzig, über Elbing in Richtung Allenstein. Die Felder waren bestellt. Die Rapsfelder blühten im satten Gelb, die Kartoffeln waren gesetzt, die Reihen angehäuft. Entlang der Chausseen standen Eschen und Eichen.

Gegen 18 Uhr konnten wir dann den Turm der St. Georgs Kirche sehen. Wir waren in Rastenburg. Zum Abendessen gab es im Hotel Koch die obligatorischen Königsberger Klopse und einen Bärenfang. Kein Krupnik, nein, einen Bärenfang nach alter deutscher Rezeptur. Beim Spaziergang um den Oberteich schauten wir dem Treiben von Angler und Joggern zu und erlebten einen wunderschönen Sonnenuntergang.

Am nächsten Morgen weckten uns die ersten Vögel bereits um 3.30 Uhr, sodass wir den Sonnenaufgang eine Stunde später nicht verpassen konnten. Ab 5 Uhr war es taghell.

Zum Frühstück das gewohnt reichhaltige Buffet. Selbst Klunkermus und Glumse waren dabei.

Am Vormittag hatten wir im neuen Rathaus einen Empfang durch den Vizebürgermeister Damian Nietrzeba. Bügermeister Krzysztof Hecman war erkrankt. Wir erfuhren, was alles im letzten Jahr in Rastenburg gemacht wurde (Fertigstellung der Umgehungsstraße, Beginn der Modernisierung des Stadions, ein neuer Kindergarten) und was für die nächste Zeit geplant ist (Kauf des Gestüts und der ehemaligen Hefefabrik).


Rathaus: Hilgendorff trifft stellvertretenden Bürgermeister (m)

Danach machte die Gruppe einen Stadtrundgang. Es wurde richtig heiß. 29 Grad. Der Weg führte uns bis zum Bahnhof mit der kleinen Ausstellung zur Süd- und Kleinbahn und dann zur Weihnachtskugel-Manufaktur (der Eintritt kostet 20 Zloty, einschließlich der Bemalung von zwei Kugeln). Weihnachtsstimmung bei hochsommerlichen Temperaturen? Nein, die kam nicht auf, aber ein Erlebnis war es allemal.

Still ruht der See: Rastenburger am Pülzer Mühlenteich

Bildre (3): Edith Kaes

Am späten Nachmittag und am Abend trafen wir uns mit der Deutschen Minderheit, um die Bruderhilfe auszuzahlen. Es gab nette Gespräche, Kaffee und einen herrlich lockeren Mohnkuchen.

Der 11. Mai begann in Heiligelinde mit einem Orgelkonzert. Die Kirche war nur halb gefüllt. Der Strom der deutschen Touristen nimmt immer mehr ab. Anschließend besuchten wir den Friedhof, gingen zur Gedenkstätte für die verstorbenen ehemaligen Bewohner des Rastenburger Altenheims (Einweihung der Gedenkstätte war 2015).

Nächster Halt war Bäslack. Jahrelang stand die Kirche mit dem Ursprung aus der Ordenszeit leer, drohte zu verfallen. Dann wurde sie mit hohem Aufwand restauriert und wissenschaftlich erforscht.

Der Friedhof wurde vom Verein „Blaustein“ aufgeräumt, die verbliebenen umgefallenen Grabsteine wieder aufgestellt.

Von dort oben hat man einen wunderbaren weiten Blick über den Ort Bäslack und die bestellten Felder. Nur die mittelalterliche Mauer aus groben Feldsteinen, die das Kirchenareal umschließt, droht zu zerfallen. Der Verein wird noch viel Arbeit haben.

In der Schäferei gab es mittags selbstgemachte leckere Piroggen und im Anschluss schauten wir uns bei einem Rundgang das kleine Heimatmuseum an.

Dann zur Krutinna. Bei dem herrlichen Sommerwetter waren wir mit drei Booten ganz allein auf dem Flüsschen. Wir genossen die Ruhe auf dem Wasser und beobachteten Stockenten, Gänsesäger und kleine Fische. Die Bakterien der roten Blutsteine waren noch nicht aktiv. Das Wasser war noch zu kalt.

Den Vormittag des 12. Mai konnten wir selbst gestalten und einige unternahmen einen Gang zur Gedenkstätte von Dr. Diehl hinter dem Krankenhaus und einen erweiterten Stadtrundgang bis zur Kirche St. Georg. Wir wollten auf den Turm hinauf. Von oben schauten (und fotografierten) wir in alle vier Himmelsrichtungen. Bei dem schönen Sommerwetter konnten wir weit in die Ferne sehen. *Edith Kaes*

Lesen Sie in der kommenden Ausgabe den zweiten Teil des Reiseberichtes.


Pülzer Mühle: Die Turbine ist immer noch nicht eingebaut



SCHLOSSBERG (PILLKALLEN)

Kreisvertreter: Michael Gründling, Große Brauhausstraße 1, 06108 Halle/Saale. Geschäftsstelle: Renate Wiese, Tel. (04171) 2400, Fax (04171) 24 24, Rote-Kreuz-Straße 6, 21423 Winsen (Luhe).

Jugendbegegnung

Von Donnertag, 26. Juli, bis Sonntag, 5. August, findet die deutsch-russische Jugendbegegnung der Kreisgemeinschaft Schloßberg im Königsberger Gebiet statt. Gemeinsam mit russischen Jugendlichen aus dem Kreis Schloßberg verbringt Ihr eine interessante Zeit zwischen Tilsit und Königsberg, in der Ihr auf vielen Ausflügen (Tilsit, Haselberg, Gumbinnen, Schloßberg, die Samlandküste, Georgenburg und Königsberg) die Geschichte dieser Region erfahrt.

Bei Gesprächen mit den russischen Jugendlichen wird natürlich aber auch über die Gegenwart und über das unterschiedliche Leben in Deutschland und Russland, gerade auch bei jungen Leuten, diskutiert. Auf dem Rückweg ist eine Übernachtung in der Hansestadt Danzig geplant.

Die Teilnehmer sollten zwischen 15 und 18 Jahre alt sein. Der Eigenbeitrag liegt bei 200 Euro.

Die Abfahrt mit dem Linienbus wird in Hamburg und in Berlin sein.

Schüttelrätsel

In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

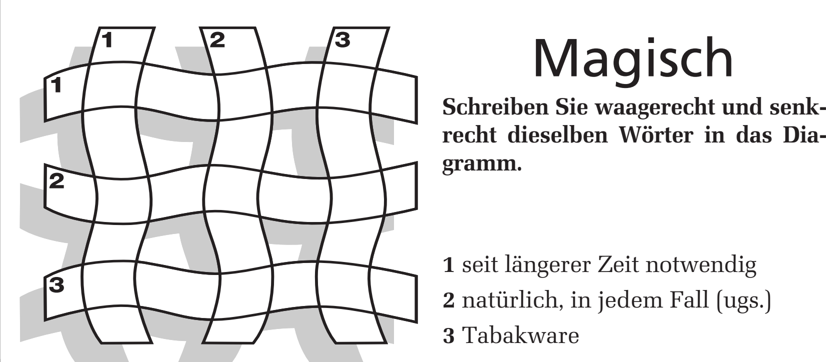
BEEEILNRTU · DEEN · AIQSU · IIPT · ADENS · AEKL · EERU · ENRZ · ADDIV · AEU · AIILNN · AEKPRU · ERZ

Mittelworträtsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich als Lösungswort ein anderes Wort für Tatsachenmensch.

Nr.	links	rechts
1	EIS	SPIEL
2	HART	VASE
3	HAFEN	BAU
4	TEST	SCHEIN
5	POST	VOLL
6	SAND	KLIMA
7	LACHS	KORB

Magisch



Schreiben Sie waagerecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.

1 seit längerer Zeit notwendig
2 natürlich, in jedem Fall (ugs.)
3 Tabakware

So ist's richtig:

Schüttelrätsel: Q, S, BEURTEILEN, DAVID, AUE, ES, PAUKER, ANILIN, ERZ

Mittelworträtsel: 1. Wuerfel, 2. Porzellan, 3. Anlagen, 4. Piloten, 5. Geheimnis, 6. Wuesten, 7. Broetchen – Realist

Magisch: 1. faellig, 2. allemal, 3. Zigarre

PAZ18_28

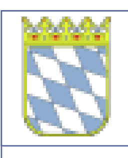
Landsmannschaftliche Arbeit Landesgruppen



BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

Stuttgart – Dienstag, 17. Juli, 14.30 Uhr, Haus der Heimat, Stuttgart: Kreis- und Frauengruppe treffen sich gemeinsam zum Heimatnachmittag. Herr Eichenberger vom Haus der Heimat wird uns in der Bibliothek (4. Stock) durch die Ausstellung „Wenn ihr wollt, ist es kein Märchen – Lebenswege bedeutender Persönlichkeiten jüdischen Glaubens“ führen mit einem ostpreußischen Schwerpunkt, mit drei ostpreußischen Frauen und einem Mann. – Sonntag, 5. August, 11 Uhr, Gedenkplatte auf dem Schlossplatz in Stuttgart: Feierstunde am Jahrestag der Verkündigung der Charta der deutschen Heimatvertriebenen. Begrüßung: Iris Ripsam MdB a.D. und UdVF-Landesvorsitzende, Grußwort: Uta Lüttich, LM Ostpreußen und stellvertretende Landesvorsitzende BdV Baden-Württemberg, Festrede: Egon Primas, MdL, stellvertretender CDU-Fraktionsvorsitzender im Thüringer Landtag und Bundesvorsitzender der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung der CDU Deutschland, Schlusswort: Albert Reich Kreisvors. BdV Stuttgart. Die Veranstaltung wird umrahmt von der Bläsergruppe Feuerbach Alle Landsmannschaften und Heimatgruppen sind dazu eingeladen. Bitte kommen Sie recht zahlreich zu dieser wichtigen Feierstunde.



BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Altmühlfranken – Freitag, 28. Juli, 19 Uhr, Gastwirtschaft Röschelskeller, Gunzenhausen: Sommerabend der Landsmannschaften.

Ansbach – Sonnabend, 14. Juli: Sommersingen in fröhlicher Runde. Bei schönem Wetter in einem Wirtshausgarten mit kleiner Vesper.

Hof – Sonnabend, 14. Juli, 15 Uhr, Altdeutsche Bierstube, Marienstraße 88, 95028 Hof: Monatsversammlung.



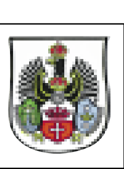
BERLIN

Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-bln.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.

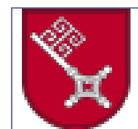
HEIMATGRUPPEN



Bartenstein – Anfragen für gemeinsame Treffen: Elfi Fortange, Telefon (030) 4944404.



Königsberg – Freitag, 13. Juli, 14 Uhr, Johann-Georg-Stuben-Straße 10, 10709 Berlin-Halensee, Anfragen an Elfi Fortange, Telefon (030) 4944404.



BREMEN

Bremen – Die örtliche Gruppe Bremen trauert um Anneliese Dieckelt, geborene Jagdfeld, ihre amtierende Kassenführerin. Wir sind tief betroffen über den plötzlichen Tod unseres Vorstandsmitgliedes.

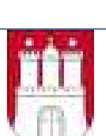
In der Mitgliederversammlung im März dieses Jahres, als es ihr nicht so gut ging, hatten sie selbst und alle Anwesenden noch fest mit ihrer problemlosen Genesung gerechnet. Infolgedessen stellte sie sich zur Wiederwahl und erhielt das einstimmige Vertrauen der Anwesenden.

Doch das Schicksal wollte es anders. Am 28. Mai verstarb Anneliese Dieckelt viel zu früh im Alter von nur 73 Jahren.

Geboren im Landkreis Königsberg als Jüngste unter fünf Geschwistern, musste sie die Flucht aus der Heimat als Säugling überstehen. Anschließend verlebte sie eine den Umständen entsprechende aber doch glückliche Kindheit. Eine Berufstätigkeit als Buchhalterin, die Eheschließung und die Geburt von zwei Töchtern kennzeichneten ihr Leben. Die Liebe zur Heimat, es sie gar nicht großwerden konnte, führten Anneliese Dieckelt 1997 in die Gruppe der Bremer Ostpreußen, deren Treffen sie danach regelmäßig besuchte, vor allem die der Frauengruppe.

Als der Vorstand vor zwei Jahren dringend eine/n Kassenführer/in suchte, übernahm sie gerne diese Aufgabe und füllte sie gewissenhaft aus.

Wir sind Anneliese Dieckelt zu großem Dank verpflichtet und werden ihr Andenken in Ehren halten. *Heinrich Lohmann*



HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Haus der Heimat, Teilfeld 8, 20459 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815.

Landesgruppe – Sonnabend, 21. Juli, 14 Uhr (Einlass ab 13 Uhr) bis zirka 17 Uhr, Hotel NewLivingHome, Julius-Vosseler-Straße 40, Hamburg-Lokstedt: Sommerfest der Landesgruppe. Das Residenzhotel liegt etwa 50 Meter entfernt von der Haltestelle Hagenbecks Tierpark (U-Bahn Linie U 2 oder Buslinie 22, 39, 181 und 281) und ist auf ebenem Wege gut zu erreichen. Es erwarten Sie Christel Neumann von der Stadtgemeinschaft Königsberg mit Gedichten, Versen und Erinnerungen aus Ostpreußen und die Musikgruppe „Im Herzen jung“ unter Leitung von Viktor Diehl. Kaffeepause von 14.45 Uhr bis 15.15 Uhr. Ein Stück Torte und ein Stück Butterkuchen, Kaffee satt für 10 Euro pro Person. Gäste sind wie immer herzlich willkommen.

FRAUENGRUPPE



Hamburg-Bergedorf – Freitag, 27. Juli, 15 Uhr, Haus des Begleiters, Harders Kamp 1: Treffen der Frauengruppe zum Thema „Nicolaus Coppernicus, Astronom, der Mann der die Welt veränderte“ mit Thorner Katharinchen und Kaffee.



HESSEN

Vorsitzender: Ulrich Bonk, Stellvertretender Vorsitzender: Gerhard Schröder, Engelmühlenweg 3, 64367 Mühltal, Telefon (06151) 148788

Dillenburg – Bei der letzten Monatsversammlung sprach nach dem Kaffeetrinken Lothar Hoffmann über die unvergleichliche Dichtung des Dichters August Kopisch „Die Heinzelmännchen von Köln“. Lothar Hoffmann wurde 1799 in Breslau geboren, lebte aber fast immer in Berlin, wo er 1853 an einem Schlaganfall starb. Von Beruf war er eigentlich Maler. 1820/21 verletzte er sich aber bei einem Schlittschuhunfall so schwer an der Hand, dass er seinen Beruf als Maler nicht mehr ausüben konnte. Daher beschloss er, sich der Literatur zu widmen. Er hatte schon bisher geschrieben, Gedichte, Romane und Erzählungen.

In Berlin hatte Kopisch wohl die Sage aus Allenstein gehört, in der auch kleine Hausgeister den Menschen bei der Arbeit helfen und den Hausbewohnern Glück bringen. Lothar Hoffmann zeigte ein Bild vom alten Allensteiner Rathaus und Gundborg Hoffmann las dann die Sage „Von den Männlein zu Allenstein“ vor.

Die Bürgermeisterin, also die Frau des Bürgermeisters, dessen Wohnung sich im Rathaus befand, war sehr neugierig und belauschte eines Nachts die Männlein, indem sie sich aufs Sofa legte und durch ihre gespreizten Finger den Männlein zusah. Eines der Männlein sagte: „Schließ das Fenster!“ das heißt: „Mach die Augen zu!“ Sie gehorchte aber nicht, und das Männlein ließ sie erblinden.

Die in Oberammergau ausgebildete Holzbildhauerin, die außerdem in Honnef Graphik und Design studiert hatte, Andrea Jungbluth-Zahnpfennig, hat ein Buch über die Heinzelmännchen geschrieben und dazu wunderbare Aquarelle gemalt. Sie orientierte sich an alten Fotos des unzerstörten Köln, zum Beispiel aus dem „Bilderbuch Köln“. Lothar Hoffmann zeigte uns Bilder der einzelnen Berufe in einer alten Gasse und las dazu den entsprechenden Abschnitt des Gedichts vor, wie die Heinzelmännchen den Zimmerleuten, den Bäckergesellen, dem Metzger, dem Küfer und dem Schneidermeister halfen.

In den Versen benutzte Kopisch viele Verben, die sich reimen: sie lärmten und schwärmten, sie trabten und schabten, sie ruckten und zuckten u.a. Diese Verse sind vielen von uns, die sie in der Schule gelesen und vielleicht sogar auswendig gelernt haben, im Gedächtnis geblieben.

Heute noch erinnert an die Heinzelmännchen der Heinzelmännchen-Brunnen. Außerdem gibt es in Köln-Dellbrück eine August-Kopisch-Straße. Schon vor 1836 gab es vom Autor Ernst Weyden eine Erzählung von den fleißigen Helfern. Kopischs Gedicht war also nicht die erste schriftliche Erwähnung der Heinzelmännchen. Wir können nur mit Kopisch sagen „Man kann nicht mehr wie sonsten ruhn, man muss nun alles selber tun“. Denn die Männchen verschwanden und kehrten nie wieder.

Die nächste Monatsversammlung findet erst wieder am Mittwoch, dem 29. August um 15 Uhr im Café Eckstein in Dillenburg statt. Dann wird Lothar Hoffmann ein Lebensbild des Danziger Dichters Robert Reinick bringen, und es werden einige seiner lustigen Rübezahlgeschichten vorgelesen. *Ingrid Nowakiewitsch*

Wiesbaden – Sonnabend, 21. Juli, 15 Uhr, Erbenheim „Kleingartenverein am Wasserwerk“: Sommer-Gartenfest. Am Grill werden Steaks und Würstchen zubereitet, dazu gibt es Kartoffelsalat. Zuvor verwöhnen wir Sie mit Kaffee und leckerem Kuchen. Mit Musik und Gesang unterhält Sie wieder Mathias Budau. Wir wünschen schönes Wetter und freuen uns auf viele Besucher. Wegen der Essens-Disposition bitte anmelden bis Freitag, 13. Juli, bei Irmgard Steffen, Telefon (0611) 844938, oder bei Helga Kukwa, Telefon (0611) 373521. Sollten Sie nach erfolgter Anmeldung am Gartenfest nicht teilnehmen, muss das bestellte Essen dennoch bezahlt werden, da wir die gemeldeten Portionen verbindlich gebucht haben! Das Gartenfest findet bei jeder Witterung statt; überdachte Bereiche stehen zur Verfügung. ESWE-Bus: Linie 15 bis Wi-Erbenheim, Haltestelle „Barbarossastraße“. – Donnerstag, 26. Juli, 12 Uhr, Gaststätte Haus Waldlust, Ostpreußenstraße 46: Stammtisch mit Essen à la carte. Wegen der Platzdisposition bitte unbedingt anmelden bis spätestens 20. Juli bei Irmgard Steffen, Telefon (0611) 844938, oder Helga Kukwa, Telefon (0611) 373521. ESWE-Busverbindung: Linie 16, Haltestelle „Ostpreußenstraße“.



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Wilhelm Kreuer, Geschäftsstelle: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Landesgruppe – Dienstag, 31. Juli: Einsendeschluss für die Festschrift zum 70-jährigen Bestehen der Landesgruppe NRW.

Alle Kreisgruppen in NRW werden gebeten, sich in Beiträgen mit ihren Aktivitäten, besonderen Veranstaltungen, herausragenden Persönlichkeiten, grenzüberschreitenden Aktivitäten und Dergleichen darzustellen. Abbildungen sind erwünscht, aber nicht Bedingung.

Die eingereichten Beiträge sollten, falls möglich, in elektronischer Form als Text-Dokument an den den Vorsitzenden der Landesgruppe, Wilhelm Kreuer, E-Mail: Kreuer@Ostpreussen-NRW.de, gesandt werden. Maschinenschriftliche Beiträge können ebenfalls eingereicht werden, müssen dann aber OCR-lesbar sein. Handschriftliche Beiträge können leider nicht verarbeitet werden. Postalische Zusendungen werden erbeten an die Geschäftsstelle der Landesgruppe.

Düren – Mittwoch, 1. August, 18 Uhr, Haus des Deutschen Ostens, Holzstraße 7a: Heimatabend „Sommerimpressionen“.

Düsseldorf – Freitag, 13. Juli, 18 Uhr, Restaurant Lauren's, Bismarckstraße 62: Stammtischtreffen. – Donnerstag, 19. Juli, 18 Uhr, Raum 412 „Ostpreußen“, GHH: Offenes Singen mit Marion Cals. –Sonnabend, 21. Juli, 11 Uhr, Infostand Hauptbahnhof Düsseldorf: Wandertreff. – Dienstag, 24. Juli, 19 Uhr, GHH: Lesung mit Hans Pleschinski-Wiesenstein.

Witten – Montag, 16. Juli, 15 Uhr: Picknick auf dem Hohenstein.



SACHSEN

Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616.

Limbach-Oberfrohna – Zum Chöretreffen in Reichenbach in der Oberlausitz am 24. Juni waren die Landsleute aus den verschiedenen Vertreibungsgebieten ganz herzlich eingeladen zu unserem 7. Chöretreffen. Dazu konnten viele Gäste begrüßt werden.

Um 10 Uhr begann der Gottesdienst in der St. Johanniskirche. Pastor Christoph Wiesener, den wir durch unser Chöretreffen kennengelernt und ins Herz geschlossen haben, sprach über die heutige Zeit und die Menschen mit sehr ergreifenden Worten. Das schöne Lied „Geh aus mein Herz und suche Freud‘“ begleitete uns mit vielen Versen. Alle sangen begeistert mit. Für diesen herrlichen Gottesdienst sagen wir Pastor Wiesener „Danke“. Nach diesem Gottesdienst wurden wir herzlich begrüßt vom Stellvertretenden Landesvorsitzenden Peter Wolf und der Vorsitzenden der Kreisgruppe Hoyerswerda, Giesela Lossack.

Grußworte der Ehrengäste wurden zu Beginn für diesen Tag überbracht. Herr Baumann vom sächsischen Innenministerium überbrachte Grüße für das Gelingen des Festes. Der Bundesvorsitzende der Landsmannschaft Schlesien, Stephan Rauhut, und die Bürgermeisterin der Stadt Reichenbach wünschten ebenfalls alles Gute zum Gelingen der Veranstaltung.

Der Chor von Reichenbach eröffnete den bunten Reigen mit fröhlichen Liedern. Danach erfreute uns der Chor aus Waldenburg, der aus dem Schlesier Gebiet angereist war. Ein Vortrag von Friedrich Zempel folgte danach zum Thema „Vertreibung vor 100 Jahren“, welches er sehr spannend zu Gehör brachte. Die Totenehrung führte Pastor Wiesener durch. Danach folgten die Hymnen der Landsmannschaften und das gemeinsame Singen der Nationalhymne, welches musikalisch begleitet wurde von Peter Wegelin aus Leipzig.

Nun folgte eine erholsame Pause im Kirchenkaffee der St. Johanniskirche. Die Frauen der Gemeinde hatten eine große Auswahl von köstlichem Kuchen gebacken und duftenden schmackhaften Kaffee gekocht. Auf dem Vorplatz der Kirche waren Stände aufgebaut und warmes Mittagessen gekocht. Wir hatten nun genügend Zeit für gute Gespräche. Die Landsleute aus Schlesien hatten einen Stand mit typisch schlesischen Spezialitäten mitgebracht. Nach der Pause führte die Moderatorin Giesela Lossack weiter durch das Programm mit viel Schwung und fröhlicher Überleitung findet sie immer die richtigen Worte und bereitet uns viel Freude damit.

Ein Bild über Flucht und Vertreibung wurde übergeben von Wolfgang Wetterengel an Professor Winfried Schirotzek. Es wird einen ehrenvollen Platz im Haus der Heimat erhalten.

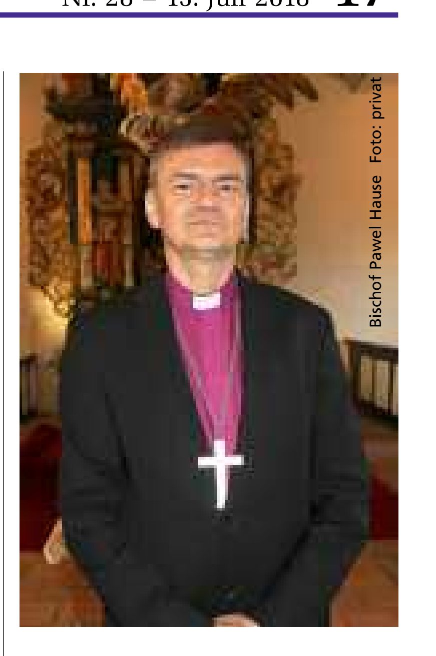
Dann hörten wir das Konzert der Chöre in der St. Johanniskirche.

Wir hörten den BDV Chor Schwarzenberg und durften fröhlich mitsingen. Mit erfrischenden lustigen Worten übergab Giesela Lossack stets an den nächsten Chor. Der Kinderchor „Sonnenschein“, welcher von Leipzig gekommen war brachte nun an diesem regnerischen Tag die Sonne zurück in die St. Johanniskirche und ließ uns den Regen vor der Tür vergessen. Anschließend sang der Chor „Lied der Heimat“ aus Leipzig. Nun folgte der Chor der „Volkssolidarität“ aus Hoyerswerda. Danach trat der Chor „Silberklang“ aus Dresden mit seinen Darbietungen auf.

Zum Abschluss sangen alle gemeinsam das Lied „Kein schöner Land“. Die Schlussworte sprachen Peter Wolf und Giesela Lossack.

Dieser schöne Tag wird uns noch lange in Erinnerung bleiben. Wir bedanken uns ganz herzlich bei allen, die geholfen haben bei der Vorbereitung und Durchführung der Veranstaltung.

Es war ein wunderbarer Tag den wir gemeinsam erleben durften. Vor der Tür hat es geregnet, aber wir hatten Sonnenschein im Herzen und freuen uns schon auf unser nächstes Treffen. *Hannelore Kedzierski*



Bischof Pawel Hause Foto: privat

GeO Gottesdienst

Lüneburg – Sonnabend, 28. Juli, 14 Uhr, Ökumenisches Gemeindezentrum St. Stephanus der GeO, Lüneburg: festlicher Heimatgottesdienst. Die Predigt hält in diesem Jahr der neue masurische Bischof Pawel Hause aus Rastenburg. Musikalische Programm: Deutscher Chor aus Lötzen, Posaunenchor Amt Neuhaus sowie Solist Bernd Krutinna (BernStein) aus Plön und Solist Daniel Kannenberg aus Lüneburg. Nach dem Gottesdienst gibt es Kaffee und Kuchen.



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner, Julius-Wichmann-Weg 19, 23769 Burg auf Fehmarn, Telefon (04371) 8888939, E-Mail: birgit@kreil.info

Flensburg – Donnerstag, 19. Juli, 15 Uhr, Hotel Wassersleben, an der Flensburger Förde (Bushaltestelle der Linie Nr. 1 im Nahbereich): sommerliche Kaffeetafel.

Neumünster – Die Landsmannschaft der Ost-und Westpreußen, Gruppe Neumünster, traf sich zum Lichtbildervortrag am 13. Juni wieder in der Stadthalle.

LM Dietmar Anger, seine heimatlichen Wurzeln stammen aus dem Kreis Pr. Eylau, zeigte Aufnahmen von „to hus“ aus unseren schönen unvergessenen Heimatdörfern und Städten, Bilder von gestern und heute.

Viele Erinnerungen wurden wach, lebhafte Unterhaltung, viel wurde wiedererkannt. „Ach nei – wie sieht das jetzt aus? – Erbarmung! die schöne Mühle damals – nei!“

LM Dietmar Anger hatte sich für die Zusammenstellung der Bilder und Informationen sehr große Mühe gemacht. Da er oft die Gebiete auf russischer und polnischer Seite besucht hat (Dörfer aus den Kreisen Gerdauen, Insterburg, Wehlau, Königsberg, Gumbinnen, Neidenburg, Angerburg, Treuburg, Küstrin, Danzig, Elbig, viele Städtezentren, bekannte Gebäude), war es interessant zu hören, was er selbst erlebt hat.

Zur Orientierung diente die Landkarte, für jede Frage hatte er stets die ausführliche Antwort.

Es war ein Nachmittag, der Reiselust aufkommen ließ – aber man müsste eben einige Jahre jünger sein! *Brigitte Profé*

Schwarzenbek – Mit 47 Mitgliedern und Freunden besuchte die Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen in Schwarzenbek am 21. Juni das VW-Werk in Wolfsburg. Vor fast genau 80 Jahren wurden Werk und Stadt gegründet, wobei über die Idee einer Autoproduktion für das Volk schon seit Beginn des 20. Jahrhunderts gesprochen wurde.

Landsmannschaftl. Arbeit Fortsetzung auf Seite 18

Kantchor aus Gumbinnen singt in Münster

Der Kammerchor Kant aus Gumbinnen wird am Donnerstag, 19. Juli, zum fünften Mal seit 2001 in Münster/Westfalen auftreten. Das Konzert findet diesmal in der evangelischen Matthäuskirche statt.

Der Kammerchor Kant besteht seit 1974; er ist Teil der Königsberger Philharmonie und hat es sich zum Ziel gesetzt, durch seine Musik die Verbindung zwischen dem heutigen Gusev und den früheren Bewohnern von Gumbinnen sowie deren Familien aufrechtzuerhalten. Das Programm umfasst geistliche und lyrische Lieder, Volkslieder aus Ostpreußen und andere deutsche sowie russische Volkslieder. Farbenfrohe wechselnde Kleider machen das Konzert auch optisch zu einem Genuss. Der Kontakt zwischen dem Chor und der Stadt Münster wurde um die Jahrhundertwende durch Sigrid Bernitz aus Münster-Wolbeck hergestellt, die selbst aus Gumbinnen stammt. Der Chor unternimmt regelmäßig Reisen in den deutschsprachigen Raum und ins europäische Ausland.

Das Konzert beginnt um 18 Uhr. Adresse: Matthäusgemeinde, Antoniusstraße 32, 48151 Münster. Der Eintritt ist frei, am Ende des Konzerts wird um eine Spende gebeten.

Weitere Auskünfte erhalten Sie unter der Telefonnummer (0251) 522145 oder unter E-Mail: bettina-knust@t-online.de.

Landsmannschaftl. Arbeit

Fortsetzung von Seite 17

Nach dem Zweiten Weltkrieg konnte das Werk unter glücklichen Umständen vor der Demontage gerettet werden. Ein großer Teil der Vertriebenen fand hier seinen Lebensunterhalt und trug maßgeblich zur Entwicklung dieses Werkes bei. Schon dies ist ein Grund für den Besuch unserer Landsmannschaft.

Eine Kurzeinführung in der Autostadt, eine Schiffstour auf dem Mittellandkanal und eine Rundfahrt durch die Fabrikationshallen gaben den Teilnehmern einen Überblick über die Entwicklung des VW-Werkes zum größten Autohersteller der Welt und des Ortes Wolfsburg zur Großstadt. Für den Laien überaus interessant die enorme Automatisierung in den Fabrikationshallen. Alles in allem ein interessanter Informationsausflug, der zu weiteren Besuchen anregen sollte.

Peter Gerigk

Peter Gerigk in eigener Sache: In den Medien ausschließlich und in der Öffentlichkeit weitgehend wird der Name Kaliningrad verwendet. Kaum jemand verwendet den deutschen Namen Königsberg. Anders als wir Deutschen sind da die Bewohner Königsbergs. Sie gebrauchen umgangssprachlich gerne den Ausdruck „Kenig". Aber auch die Bezeichnung „Kenigsberg" hört man immer wieder, besonders bei der jüngeren Generation in verstärktem Umfang. Der russifizierte Name – wenn auch nicht amtlich – lautet „Kehnrc6epr" und wird vor Ort immer mehr angewendet. Den durch Königsberg fließenden Fluss nennen die Russen immer häufiger mit dem deutschen Namen Pregel. Und auch sonst tauchen in Königsberg und im nördlichen Ostpreußen in verstärktem Maße deutsche Namen und Bezeichnungen auf, sei es bei Ausstellungen, an Häuseraufschriften, beim jetzigen in Königsberg gebrauten Bier, auf Speisekarten und zahlreichen anderen Anlässen. Kant und Schiller haben ihren Platz mit deutschen Namen. Die alte ehrwürdige Universität trägt jetzt den Namen „Kant-Universität". Viele weitere Beispiele wären da anzufügen. Die deutsche Vergangenheit und Geschichte tritt im Königsberger Raum insbesondere anlässlich der Fußballweltmeisterschaft immer stärker hervor. Die Russen sind da wohl geschichts- und traditionsbewusster als die Deutschen. Traurig!

Die Fußballspiele finden unter anderem in St. Petersburg und in Jekaterinburg statt.

Hier verwendet man einen deutschen Namen oder den Teil eines deutschen Namens. Bei Kaliningrad gibt es nicht mal ein Zugeständnis für die Silbe „Grad" gleich Stadt, also „Kalininstadt". „Kaliningrad" ist ein unwürdiger Name für diese stolze Stadt mit ihrer über 750-järigen deutschen Geschichte. Sie trägt nun den Namen eines Stalin blind ergebenen Funktionärs und wie dieser ein Massenmörder.

Die russische Hauptstadt nennen wir mit dem verdeutschten Moskau, nie mit dem russischen Moskwa. In Moskau hat es seit seiner Gründung nie eine angestammte deutsche Volksgruppe gegeben. Wenn wir Warschau statt Warszawa und Prag statt Praha sagen dürfen, dann doch wohl auch Königsberg statt Kaliningrad, Tilsit statt Sowjtsk oder auch Danzig statt Gdansk. Übrigens bestanden Ortsnamen im deutschen Sprachgebiet und in den Nachbarländern schon Jahrhunderte nebeneinander, je nach der Sprache, in der sie verwendet wurden. So können auch die Polen Dresden nach wie vor Drezno nennen, ohne dass wir ihnen das vorhalten. So wird Lüttich von seinen wallonischen Einwohnern Liège und von den Flamen Luik genannt. Auch Königsberg wurde und wird von unseren Nachbarn unterschiedlich genannt: von den Polen Krolewiec und von den Litauern Karaliautschi. Selbst die Russen verwende, wie oben gesagt, deutsch klingende Namen. Wenn wir heute in die früher deutschen Gebiete reisen, hat niemand et-was dagegen, wenn wir die deut-schen Namen anstelle der heuti-gen verwenden. Die jetzigen Be-wohner dieser Gebiete wundern sich eher, wenn wir die heutigen Städtenamen verwenden und diese bei meist mangelhaften Fremdsprachenkenntnissen falsch aussprechen.

Wir sollten die historischen Namen deutscher Städte im Königsberger Gebiet, doch auch im Baltikum, in Polen und in Tschechien verwenden. Wir Deutsche sollten mehr Selbst- und mehr Geschichtsbewusstsein und mehr Treue zu unseren Wurzeln zeigen. Das schadet keinem und auch den Medien nicht. *Peter Gerigk*

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimatseiten der *PAZ*-Ausgabe 29 bis spätestens Mittwoch, 11. Juli an E-Mail: redaktion@preussische-allgemeine.de, oder postalisch an *Preußische Allgemeine Zeitung*, Heimat, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg.

Spurensuche in Grigolienen

Roland Voltz aus Straßburg möchte etwas über Familie Janz erfahren

Wjatscheslaw Kent, Direktor des Heimatmuseums Heinrichswalde, vielen Ostpreußen und *PAZ*-Lesern gut bekannt, hilft, wo er kann, wenn es darum geht, Familienschicksale aufzuklären. So wendet er sich auch diesmal an die *PAZ* mit der Bitte um Hilfe.

Vor einiger Zeit kam **Roland Voltz** aus Straßburg mit seinem Enkel ins Museum, um etwas über den Verbleib der Geschwister bzw. deren Nachkommen von **Franz Jakob Janz** aus Grigolienen zu erfahren. Roland Voltz' Mutter Gabrielle ist eine geborene Janz. Sie wurde 1930 in Straßburg geboren.





Die beiden Janz-Brüder: Albert (l.) und Fritz (r.) Bild: privat

Bei Roland Voltz' Suche geht es um den Verbleib der Familie seines Urgroßvaters Franz Jakob Janz, der am 15. Januar 1872 in Grigolienen geboren wurde. Bekannt ist lediglich, dass er Sohn eines Gutsbesitzers und Mennonit war. Am 1. Oktober 1889 wurde er für drei Jahre in die Armee einberufen und am 23. September 1892 aus derselben entlassen. Da er seinen Dienst in Straßburg absolviert hatte, blieb er nach seiner Entlassung im Elsass und heiratete am 9. Dezember 1899 dort Anne-Madeleine Muller. Er blieb für immer in Straßburg.

In Grigolienen blieben seine beiden Brüder **Albert** und **Fritz** Janz sowie die Schwester **Martha**, von der eine Todesanzeige aus dem Jahr 1915 erhalten ist, zurück.

Herr Voltz und sein Enkel möchten nun gerne erfahren, was mit den Brüdern und deren Familien, eventuellen Frauen und Kindern nach dem Zweiten Weltkrieg geschehen ist. Wurden sie vertrieben, gerieten sie in Gefangenschaft oder lebten sie im Westen?

Wjatscheslaw Kent hat sich in Grigolienen auf Spurensuche begeben und konnte tatsächlich das Haus der Familie Janz finden, wenn auch in bedauerlichem Zustand. Eine umgekippte Kastanie hat den halben Dachstuhl weggerissen. In der noch erhaltenen Haushälfte lebt ein einsamer 80-jähriger Mann, der seit zirka 50 Jahren dort wohnt. Über die deutschen Eigentümer konnte er keine Angaben machen. Er erinnerte sich lediglich daran, dass am Haus die Zahl 1812 gestanden habe, worauf er schließt, dass es in diesem Jahr gebaut worden sein müsse. Er erinnerte sich, dass die Küche eine ungewöhnliche Decke hatte, da sie halbrund und nicht eben gewesen sei.

Wer etwas über das Schicksal der Brüder Janz oder Näheres über das Haus in Grigolienen weiß und zur Aufklärung beitragen möchte, wende sich bitte an Direktor Kent, E-Mail: v.kent@list.ru oder an die *Preußische Allgemeine Zeitung*, z.Hd. Manuela Rosenthal-Kappi, E-Mail: rosenthal@preussische-allgemeine.de. *MRK*

Noch erhaltenes Haus der Familie Janz: Bewohnte Ruine in Grigolienen Bild: Kent

Östlich von Oder und Neisse

Maritime Kunstgenüsse an der Ostsee

Polnische Museen am Meer werfen einen Blick auf verschiedene Kunstformen der Region

Ferien an der Ostsee bieten neben dem Sonnenbaden auch eine gute Gelegenheit zur Weiterbildung. Dazu wollen pommersche und westpreußische Museen verhelfen und bieten in der Ferienzeit Sonderausstellungen von der Porträtkunst über das Wirken von Freimaurern bis hin zum Tod in der Kunst.

Das Nationalmuseum zu Danzig zeigt Porträts Danziger Bürger, die Anton Möller (geboren um 1563 in Königsberg, gestorben im Januar 1611 in Danzig) verewigt hat. Möller war vor allem durch allegorische, historische und biblische Bilder sowie Porträts bekannt geworden. Wegen seiner Darstellungen des Danziger Stadtbilds als Kulisse vieler seiner Gemälde wird er als „Der Maler von Danzig" bezeichnet. Seine bäuerlichen Motive brachten ihm einen weiteren Spitznamen ein – „Der preußische Pieter Brueghel".

Anton Möller wird als erster ostpreußischer Maler von Bedeutung betrachtet. Das Nationalmuseum zeigt in dieser Sonderausstellung ebenfalls Werke des Danzigers Daniel Schultz des Jüngeren (geboren 1615, gestorben 1683). Er porträtierte viele Patrizier der Stadt, darunter etwa Johannes Hevelius. Gelernt hatte er bei seinem Onkel, Daniel Schultz dem Älteren (gestorben 1646) und im Ausland. Von 1649 bis 1660 hatte er als Hofmaler in Warschau die polnischen Könige gemalt. Viele seiner Porträts wurden von Jeremias Falck, der zur selben Zeit wie Schultz in Danzig tätig war, in Kupfer gestochen. Andreas Stech (geboren 1635 in Stolp, gestorben 1697 in Danzig) war ein Maler des Barock. Der Sohn des Kunst- und Porträtmalers Heinrich Stech war bei Adolf Boy in Danzig in der Lehre, erwarb 1661 den Meistertitel und bekleidete in der Folgezeit hohe Ämter in der Danziger Malerzunft. Er malte Porträts, Altarbilder und geistliche Themen, aber auch Stillleben, Stadtansichten sowie Tierbilder. Seine Porträts sind ebenfalls im Nationalmuseum zu bewundern. Die Ausstellung zeigt, dass schon damals Porträts für politische Zwecke herhalten mussten. Durch die visuelle Propaganda entstand ein positives Bild des Porträtierten. Gleichzeitig wurden politische Rivalen lächerlich gemacht. 150 Werke aus zwei Jahrhunderten – von Anfang des 16. bis Ende des 17. Jahrhunderts – werden in der Ausstellung gezeigt, und zwar in zwei Kategorien: Öffentliches Auftreten und persönlicher Mythos. Neben Patriziern fanden auch Danziger Wissenschaftler, Denker und viele Anhänger der Neuen Lehre Luthers und Melanchthons eine gesonderte Betrachtung. Die Danziger Porträtgalerie kann nur noch bis Ende Juli im Nationalmuseum zu Danzig bewundert werden.

Vom »preußischen Brueghel« bis zu den Freimaurern

Im „Auswanderermuseum" Gdingen [Gdynia], das sich im frisch renovierten, modernistischen Gebäude des „Meeresbahnhofs" (Anleger) befindet, wird die Geschichte der polnischen Emigration im 19. Jahrhundert gezeigt. Hauptzielorte der Auswanderer waren Nord- und Südamerika, der Dschungel von Brasilien und Chicago. Erzählt werden dramatische Schicksale im Zweiten Weltkrieg, die schwierigen Nachkriegsjahre in der Volksrepublik sowie die neuste Ausreisewelle nach dem Beitritt Polens zur EU.

Die Ausstellung hilft zu verstehen, welche Gefahren eine Auswanderung ins Ungewisse mit sich bringt, wie beschwerlich eine Überseereise in der dritten Schiffsklasse war oder wie die Immigrationsprozeduren auf dem berühmten Ellis Island in den USA abliefen. Zu den Attraktionen gehört zum Beispiel das derzeit entstehende, weltweit größte Modell eines Passagierschiffs.

Einen großen Teil der Ausstellung machen Reisekoffer und -kisten aus sowie 38 Ausführungen von Auswanderermadonnen, die in der Ferne beschützen sollten. Ein richtiger Wurf ist dem Museum in Köslin [Koszalin] gelungen. Die Präsentation heißt „Der Regen fällt auf den Tempel nieder. Freimaurer in Köslin und in Pommern in den Jahren 1777 bis 1933". Diese Ausstellung ist die erste dieser Art an der heutigen polnischen Ostseeküste. Der Großteil der Objekte wird erstmalig der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Eine Gruppe von preußischen Offizieren unter dem Kommando Friedrich Wilhelm Karl von Württemberg-Stuttgart gründete 1777 in Köslin die Loge „Maria zum goldenen Schwert". In ihrer besten Zeit zählte die Loge bis zu 160 Mitglieder, darunter Bürgermeister, Staatsbeamte, Arbeiter, Händler und Soldaten. Weil eine Logenmitgliedschaft geheim war, rankten um diese viele Mythen und Legenden. Man sagte den Freimaurern nach, sie würden mit dem Teufel im Bunde stehen, hätten die Gabe, an mehreren Orten gleichzeitig zu sein, oder ihr Todesdatum vorhersagen zu können.

Laut Überlieferungen der Freimaurer folgten sie jedoch allein einer Philosophie des gesellschaftlichen Fortschrittes und der religiösen Toleranz. Zbigniew Wojtkiewicz, Hobbyhistoriker aus Köslin, sucht seit vielen Jahren auf Auktionen und in Antiquariaten nach Artefakten der Kösliner Loge. Die Ausstellung besteht zum Großteil aus seiner Sammlung. Zu sehen sind ein rituelles Schwert, Tafelgläser, Dokumente und Handschriften.

Dass alles mal ein Ende hat, daran erinnert das Nationalmuseum in Stettin mit der Ausstellung „Der Tod in der Kunst". Trauerskulpturen aus dem 17. Jahrhundert, Sarkophage mit Wappen pommerscher Adliger oder pommersche Epitaphe zeigen, dass das Leben vergänglich ist. Zu den Perlen der Ausstellung zählen u.a. das Bild des Ertrinkenden von Alfred Geisler, „Dantes Tod" von Otto Friedrich oder barocke Totenporträts.

Chris W. Wagner

Das Ostseebad Kolberg

Aus dem Reichs-Bäder-Adreßbuch von 1936

Das pommersche See-, Sol- und Moorbad ist mit den durchlaufenden D-Zügen von Berlin in 4½Stunden zu erreichen. Nach der Zusammenstellung des Statistischen Landesamtes hat es die größte Zahl der Sonnenstunden in Norddeutschland. Die Niederschläge sind geringer, die Temperatur, besonders abends, ist höher als an der Nordsee. Als Seebad besitzt Kolberg starke Klimafaktoren, die jedoch durch das Vorhandensein eines als Windschutz dienenden Parkes und vor allem durch ihre eigenartige Verteilung innerhalb des Kurorts jederzeit nach Empfindlichkeit des Kurgastes gemildert werden können.

Die Seewinde gelangen mit ungebrochener Kraft an Kolbergs Küste über eine Wasserfläche, deren Ausdehnung – mehr als 100 km im Umkreis – dafür bürgt, dass die herangewehte Seeluft frei von Staub und Keimen ist. Der hart am Meer gelegene, breite, von vielen Wegen durchzogene Parkgürtel – die Kolberger Strandpromenade – mit seinen abgelegenen, sonnigen, für Hängematten geradezu idealen Ruheplätzen, ist 3 km lang und setzt sich außerhalb des Stadtbereiches noch stundenlang fort. Er bietet, wenn draußen die See brandet und tobt, angenehme Spaziergänge. – Kolberg hat starken Seegang. Strand und Meeresgrund bestehen aus feinkörnigem, schlämm- und steinfreiem Sande. Der Bodengrund geht allmählich und gleichmäßig zur Tiefe.

Zur Verfügung steht ein großes Gesellschaftsbad. Jenseits der Persante liegt ein (Maikuhle genannter) großer Park mit schönen Baumbeständen. Seinen besonderen Heilwert verdankt Kolberg dem gleichzeitigen Vorhandensein von Sole, Moor und See. Bereits 11 m unter der Erde stößt man auf Sole; es stehen mehr als 20 Solequellen zur Verfügung.

starken Eisengehalt auf. So stehen einerseits für zarte, blasse und appetitlose Kinder und andererseits für widerstandsfähige Naturen richtig dosierte Solen zur Verfügung. Ganz besonders bei Fällen von englischer Krankheit und ihren Folgezuständen ist ein Kurgebrauch von guter Wirkung; ferner bei akuten Verschlimmerungen skrofulöser und rachitischer Pro-



Strandschloß in Kolberg, aus dem Bäder-Adreßbuch
(Hoffotograf Geruß)

Ihre Ergiebigkeit ist so groß, dass einzelne Quellen Sole für mehr als 1000 Bäder in 24 Stunden hergeben. Auch haben manche Quellen einen starken Auftrieb (bis zu 2,6 m über Tag), so dass die Sole bei entsprechender Anlage unmittelbar aus der Quelle in die Wannen geleitet werden kann. Der Salzgehalt schwankt zwischen 2,3 und 5,1 Prozent. Die Salinenquelle weist einen außerordentlich

zesse, Gelenkrheumatismus, Neuralgie, Entzündung des Brust- und Bauchfelles und anderer innerer Organe, Erschöpfungszustände und verzögerte Rekonvaleszenz nach schweren inneren und operativ behandelten Krankheiten, überhaupt in allen Fällen, wo eine Anregung des Stoffwechsels erforderlich wird, leistet die gleichzeitige Einwirkung von Seeluft und Sole Hervorragendes.

Kolberg besitzt eine Seebadeanstalt, ein Warmseebad, sechs Solebadeanstalten, von denen zwei natürliche Moorbäder abgeben, sechs Krankenanstalten und Privatkliniken sowie sieben Heilstätten. Daher ist Kolberg ganz besonders zu ganzjährigen Kuren geeignet, um so mehr, als es eine Stadt von 38000 Einwohnern mit vielen Anregungen ist. Auch in künstlerischer und sportlicher Beziehung wird außerordentlich viel geboten. Besonders erwähnt sei die Freilichtbühne mit ihren 3000 Plätzen. Das städtische Kurtheater steht auf beachtenswerter künstlerischer Höhe.

Die Sportwoche bringt Rennen, Reit- und Fahrturniere, Tenniskämpfe, Regatten, Motorradrennen, Geschicklichkeitsfahrten, Korso usw. Der Pommernstall hält vorzügliches Verleihmaterial an Pferden. Staatlich geprüfte Reitlehrer stehen zur Verfügung. Inmitten eines landwirtschafttreibenden Landes gelegen, ist die Verpflegung billig und gut. Für Unterkunft stehen Hotels, Fremdenheime, Wohnung mit und ohne Küche sowie Einzelzimmer zu mäßigen Preisen zur Verfügung

.Im Kolberger Badeviertel befindet sich ein besonderes Postamt, Kolberg II, für unsere Badegäste. Auskunft unentgeltlich durch die Kur- und Badeverwaltung Kolberg.

Kraftpostverbindung: Während der Badezeit regelmäßige Gesellschaftsfahrten von Bad Polzin nach Kolberg und Kraftpostsonderfahrten von Köslin, Schivelbein und Schlawe nach Kolberg.

Pommersches Landesmuseum

Dänen-Ausstellung großer Erfolg

Seit der Eröffnung vor rund drei Monaten sahen 8000 Besucherinnen und Besucher die Ausstellung „Die Dänen! Schenkung Christoph Müller“. Das Pommersche Landesmuseum zeigt fast 400 Gemälde, Zeichnungen und Druckgrafiken des 19. und frühen 20. Jahrhunderts, die Christoph Müller 2016 dem Land Mecklenburg-Vorpommern schenkte.

„Wir freuen uns über das große Interesse in der näheren Umgebung, aber auch in größerer Entfernung. Sogar aus Dänemark konnten wir bereits einige Besuchergruppen in der Ausstellung begrüßen“, so Museumsdirektor Dr. Uwe Schröder. „Auch das Begleitprogramm mit Führungen und Abendvorträgen wird gut besucht, und nach den Angeboten der Museumspädagogik besteht eine große Nachfrage, gerade jetzt vor den Ferien.“

Am 25. März war die Ausstellung „Die Dänen! Schenkung Christoph Müller“ von der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien Prof. Monika Grütters, dem Botschafter des Königreichs Dänemark Friis Arne Petersen und der Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur Mecklenburg-Vorpommern Birgit Hesse eröffnet worden. Sie ist noch bis zum 12. August im Pommerschen Landesmuseum zu sehen.

Am 11. August ist ein besonderes Highlight geplant: **Echoes in Veil**, bekannt aus dem Nordischen Klang in Greifswald, geben ein Konzert. Die Sängerinnen aus Dänemark und Norwegen werden nicht nur aus ihrem Repertoire schöpfen, sondern sich auch von der Kunst der Ausstellung zu spontanen Improvisationen inspirieren lassen. Sie mischen ihre individuellen Stimmen mit elektronischen Beats in einem Live Vocal Mixing, wobei sie mit der Zeichensprache des Soundpainting spontan die Musik entwickeln können. Ein faszinierender Sound!

Finissage
Konzert mit ECHOES IN VEIL
11. August Beginn 19 Uhr

Im Anschluss Kurzführungen durch die Ausstellung und „Hyggelige Atmosphäre in der Museumsstraße.

Der Kartenvorverkauf an der Museumskasse hat bereits begonnen.

Pommersches Landesmuseum
Rakower Str. 9, 17489 Greifswald
www.pommersches-landesmuseum.de

Liebeserklärung an Kirr

Idylle mitten im Nationalpark Vorpommersche Boddenlandschaft

Wen man auch nach Kirr fragt, die Antworten fallen ähnlich aus: „Nie gehört“ oder „wunderschön, (noch) so etwas wie ein Geheimtipp“. Eins jedoch wissen wir: Mitten im Nationalpark Vorpommersche Boddenlandschaft liegt es, das 350 Hektar große Eiland, südlich des Ostseebades Zingst.

Vom Ortsteil Müggenburg aus, hinter einem Deich versteckt, kann man auf zweierlei Arten übersetzen: per inseleigenem Ruderboot oder mit der alten, aber tipp-topp gepflegten Ex-DDR-Barkasse KIRR. Die Inselmeister Klaus Stüwe und Ralph Leinweber sind die beiden ersten Insulaner, die dem Gast übers Wasser entgegenkommen – als Fährleute. Ansonsten kümmern sie sich sozusagen als „Mädchen für alles“ um „ihre“ Urlauber und Insel.

Mit der „Kirr“ kann der Gast auch Mini-Kreuzfahrten durch die Boddengewässer und -inseln unternehmen, hinüber nach Zingst, zur Halbinsel Darß oder sogar bis Hiddensee, dem „Söten Länneken“ des Dichters Gerhart Hauptmann. Dessen Liebeserklärung könnte auch auf Kirr gemünzt sein. Spätestens dabei bemerkt der Neu-Insulaner, dass Wolken, Wasser und Wiesen die Insel-Landschaft im Barther Bodden prägen. Nur Dezimeter hohe Schwemmlandweiden säumen eine lichte Baumgruppe aus Silberpappeln.

Wer die Insel vom Flughafen Barth aus mit einer Einmotorigen überfliegt, könnte meinen, dass unter ihm ein grüner Dampfer vor Anker liegt: der Inselkern mit dem Feriendörfchen. Später, wenn man abends an seinem Rand oder auf dem Vogelbeobachtungsturm steht und zur Lichterkette von Zingst hinüberschaut, hat man das Gefühl, an Bord zu sein.

Der Weg führt uns durch einen Baumtunnel aus windgebeugten Birken, Eichen, Kiefern und Erlen. Durch Grünlücken grüßt von fern die mächtige Backsteinkirche von Barth herüber. Durch das Gras des Pfades schimmern Schmalspurgleise, auf denen hin und wieder der schmalspurige Versorgungszug zum Anlegesteg tuckert: „Polly“, die kleine 01, gilt unter Kennern als eine eisenbahntechnische Rarität.

Kapitän Klaus Stübe ist gleichzeitig begeisterter Lokführer. Am Ende des Eisenbahn-Grün-Tunnels weitet sich der Blick. Auf einer Wiese drei reetgedeckte rote Ferienhäuser, dazu ein Fachwerkbau samt Wirtschafts- und Seminarhäuschen. Wie zum Schutz ist das Ensemble umgrenzt von Schilfpalisaden und dichten Heckenrosenmauern. Nur Frösche hört man vom Teich her quaken oder Vogelgezwitscher. „Einigen ist es fast schon zu ruhig hier“, weiß Stübe.

Wie heißt es doch in einer Zeitungsanzeige, die uns aufmerksam gemacht hat: „Erholung und Natur pur auf der Insel Kirr, einer ländlichen Idylle am Rande des Seevogelschutzgebietes.“ Ursprünglich nur für Angehörige der Deutschen Seereederei Rostock zur Erholung und Schulung gedacht, ist die kleine, private Ferienanlage heute offen für jedermann.

Die Silberpappelblätter flirren und flimmern im Ostseewind – gibt es ein besseres Einschlafrezept? Am nächsten Morgen Stille – bis auf die heiseren Schreie und sirrenden Flügelschläge einer einfallenden Graugansformation. „Da müssen Sie erst mal hier sein, wenn im Oktober Zehntausende Kraniche auf dem Flug von Sibirien nach Süden bei uns Rast machen“, schwärmt der Freizeit-Ornithologe aus Halle, der „seine Vögel“ beschützt und jeden Mittwoch über das Zingster Gemeindebüro eine



Die drei romantischen Ferienhäuser

Die KIRR hat am Steg auf Kirr festgemacht

(Fotos: Schmidt Walther)



Führung anbietet. Auf jeden Fall ein Fleckchen Erde für alle, die Ruhe, Inselromantik und reine Natur mögen. Freunde der Vogelbeobachtung sind hier mittenmang, ohne zu stören. Dafür sorgen auch freiwillig dienstuende Ornithologen, die bei Bedarf mittwochs Führungen übernehmen, angeboten vom Zingster Gemeindebüro, oder sachkundige Vorträge halten.

Nur ein paar Hundert Meter Ruder- und drei Kilometer Radelstrecke durch dichten Wald und auf dem Deich sind es bis zur Ostsee. FKK-Baden im Schutz von Dünen, an schneeweißem Strand und in – wissenschaftlich nachgewiesen – sauberem Seewasser. Schier endlos die Sicht zwischen Darßer Ort/Prerow im Westen und Prahmort mit Watt und Kranich-Salzwiesen im Osten. Manchmal lässt die hohe Steilküste des Dornbuschs auf Hiddensee grüßen. Vom Beobachtungs-Turm am Südrand des Feriendörfchens kann man den Blick rundum schweifen lassen über die tischebene Inselflur mit ihrem charakteristischen Küstensalzgrünland, der Wabenstruktur aus Prielen, Salzpfannen, Tümpeln und Moorkolken mit zahlreichen seltenen Pflanzen.

Vom Kormoran über den Brachvogel, Kranich oder die Brandseeschwalbe sind weitere 30 Arten zu beobachten, die man sonst kaum noch zu Gesicht bekäme. Wer romantische Sonnenuntergänge mag, wird diesen Turm besteigen und sich vom Naturtheater des hohen Himmels bezaubern lassen, während die würzige Luft von Abertausenden Vogelstimmen erfüllt ist.

Besondere Stimmungen, zum Beispiel abends, wenn sich die himmlischen Farbspiele im Wasser spiegeln, erlebt man während einer Bootsfahrt. Wie sich überhaupt die Landschaft für Rad-, Kahn- und Wandertouren eignet.

Zum Abendessen sollte es dann frisch gefangenen Bodden-Zander geben, frisch besorgt aus Zingst. Fisch dominiert in dieser animierenden Umgebung natürlich die eigene Speisekarte.

Dafür ist die Darß-Zingster-Boddenkette umso vielfältiger.

Und last but not least der große Kirr – eine kleine Insel, die kirr(e) macht!

Peer Schmidt-Walther

Geschichte:

Die Besiedelung der Insel Kirr lässt sich bis in das 15. Jahrhundert zurückverfolgen. Die Bewohner betrieben bis Mitte des 20. Jahrhunderts vorwiegend Weidewirtschaft auf der Insel.

Eine Nutzung des „Kranichhofes“ als landwirtschaftliche Hofstelle ist bis zurück in das 17. Jahrhundert nachweisbar. Über die Zeit wechselten die Pächter der Hofstelle und der letzte Bauer lebte bis Ende des 2. Weltkrieges auf dem Kirr.

In den 50er Jahren des 20. Jahrhunderts wurde die Insel erstmalig touristisch genutzt. Aus dem alten Bauernhaus wurde ein Ferienheim der Dresdner Verkehrsbetriebe.

Anfang der 70er Jahre erwarb die Deutsche Seereederei Rostock (DSR) den Kranichhof und betrieb ihn als Ferienobjekt weiter. Der Gebäudeumfang wurde um drei Bungalows, die heute vermietet werden, erweitert.

Seit 1972 sorgen ehrenamtliche Vogelwärter des Ornithologischen Vereins Halle/Saale (seit der Wiedervereinigung in Zusammenarbeit mit dem Nationalparkamt) sehr engagiert für den Schutz der auf der Insel brütenden Sumpf- und Wasservögel.

Nach der Wiedervereinigung und im Zuge der Privatisierung der DSR wird 1999 die traditionsreiche Reederei F. Laeisz Eigentümer des Ferienobjektes. Nach der Übernahme des Kranichhofes durch die Reederei F. Laeisz wurden die Bungalows und die Erschließungsanlagen der Insel umfangreich saniert und modernisiert.

Information: www.insel-kirr.de

Flaggen-Boykott

Zu: Entnationalisiertes Nationalteam (Nr. 25)

Bis zum Südkorea-Spiel gab es Landsleute und Medienvertreter, die auf einen „deutschen“ Erfolg bei der WM gehofft haben. Dabei gibt es keine „deutsche Nationalmannschaft“ im Fußball mehr, sondern nur noch eine „Mannschaft“ in Trikots, die keinen Hinweis darauf enthalten, ob und für welches Land sie antritt.

Somit ist zum Teil von einem türkischen Beratungsunternehmen betreute „Mannschaft“ nur noch eine internationale Fußball-Genossenschaft zur Maximierung persönlichen Reichtums ihrer Mitglieder und Mitarbeiter.

Für ein internationales Konsortium die deutsche Fahne zu hissen – darauf werde ich ab jetzt verzichten, was Claudia Roth und die Flaggen-Diebe der linken Jugend freuen dürfte.

Peter Lauer, Hannover



Da war die deutsche Fußballwelt noch in Ordnung: Deutsche Fans beim WM-Spiel gegen Schweden im russischen Sotschi. Nach dem Vorrunden-Aus der „Mannschaft“ werden viele Fans ihre Deutschlandfahnen wohl für unbestimmte Zeit einmotten

Bild: pa

Patente entziehen!

Zu: Zum Schaden (Nr. 25)

Dieser Leitartikel auf der *PAZ*-Seite 1 traf geradezu „den Nagel auf den Kopf“. Der Deutschlandfahnen-Skandal wäre noch um eine Frage zu vertiefen gewesen: Hätte Bundeskanzlerin Angela Merkel einen derartigen öffentlichen Affront auch mit Staatssymbolen Israels, der USA oder Polen gewagt?

Die angeblichen Rettungsaktionen im Mittelmeer sind de facto „Schlepper-Hilfsdienste“. Jeder sachlich versierte Fahrensmann wird das Auslaufen eines seeuntüchtigen, dazu mit Personen vorsätzlich überbelegten Bootes als provokatives und deshalb sträfliches Herbeiführen einer Notsituation bewerten. Den betreffenden Schiffsführungen sollten ihre nautischen Patente entzogen und ihre Schiffe stillgelegt werden.

Hans-Joachim Kischkel, Darmstadt

Friedrich Wilhelm der Größte

Zu: Wer war Preußens Größter? (Nr. 22)

Friedrich Wilhelm I. ist der größte König von Preußen. Dies bezeugt Jochen Klepper in seinem 1937 erschienenen biografischen Roman „Der Vater. Roman eines Königs“. Nach Studien zu Theodor Fontanes „Wanderungen durch die Mark Brandenburg“, den Memoiren von Peter I., Karl XII., Ludwig XIV. sowie zeitgenössischer Biografien, der Memoiren der Markgräfin von Bayreuth – der Schwester Friedrichs II. – und auch der Briefe Friedrich Wilhelms I. zeichnete Klepper das Bild des christlichen, pflichtbewussten und aufopferungsvollen Herrschers: „Könige müssen mehr leiden können als andere Menschen.“

Der friedfertige König führte die Wehrpflicht ein. Er erneuerte die Rechtsprechung und rief das Volk auf, „mitzumachen an dem Rechte seines Landes, mit zu wachen über Preußens Redlichkeit“. Friedrich Wilhelm I. schuf Einrichtungen zum Wohle der Allgemeinheit wie ein Pestlazarett oder ein Waisenhaus, gab Anstöße für eine Krankenkasse und führte ein Lehrbuch für die Erziehung des neuen Staatsbeamten und Staatsbürgers, eine neue Verfassung sowie die Einführung der allgemeinen Schulpflicht ein. Mit der Abschaffung der Leibeigenschaft und der Prügelstrafe brach der Monarch verkrustete Strukturen auf. Der schuldenfreie, plusausweisende Staatshaushalt, das gut ausgerüstete Heer von 200 000 Mann ohne Kriegseinsätze sowie die durchdachte Ansiedlung der Salzburger und böhmischen Glaubensvertriebene stehen bis heute für das christliche Preußen.

Der König als Vater erging sich in einer grausamen Erziehung seines ältesten Sohne, des Kronprinzen – seines Nachfolgers auf dem Thron als Friedrich II. Der Theologe Klepper wollte die väterliche Formung nach seinem Bild bilderreich und in biblischen Vergleichen dem Leser nahebringen. Der Vater erreichte am Ende, dass sein Sohn als Friedrich der Große sein Vermächtnis erfüllte.

Auf über 900 Seiten wiederersteht in Kleppers epochalem, zweibändigem Werk in epischer Breite und poetischer Farbigkeit das preußische Königshaus der Hohenzollern.

Ditmar Hinz, Berlin

Keine Chance für Auto-Querdenker

Zu: Krieg gegen die deutsche Automobilindustrie (Nr. 24)

Es ist gut, dass Eva Herman auf die Bedeutung der Autoindustrie für Deutschland hinweist. Fakt ist aber auch, dass eben diese Firmen die vorgegebenen Grenzwerte nicht eingehalten haben, schlimmer noch, mit Tricks und Kniffen den Behörden und dem Autokäufer vorgegaukelt haben, sie würden es. Das ist Betrug und arglistige Täuschung, die durch nichts entschuldigt werden kann, zumal der wehrlose Käufer der Geprellte ist. Haben denn die Autobosse keinen Mund mehr, um der Regierung klarzumachen, was machbar ist und was nicht?

Eine ganz andere Seite aber ist die, dass die echten – oder vermeintlichen – Gegner der deutschen Autoindustrie doch auch nur „ein Teil von jener Kraft sind, die stets das Böse will und stets das Gute schafft“. Der Gegenwind, der der Autoindustrie derzeit ins Gesicht bläst, wäre doch ein Impuls, um endlich damit aufzuhören, zur Fortbewegung Energie aus chemischen Verbindungen freizusetzen, anstatt einfach die schon (im Überfluss!) vorhandene Energie aus dem Raum oder meinetwegen aus der Schwerkraft in die gewünschte – meist elektrische – Energieform umzuwandeln. Nicola Tesla hat es mit seinem Auto 1930 vorgemacht.

Johann Bessler hat vor 300 Jahren einen funktionsfähigen Schwerkraftkonverter vorgestellt. Und es gab und gibt immer wieder neue Variationen zu diesem Thema, weil auch in diesem Bereich viele Wege nach Rom führen. Auf dieser neuen Basis würde es dann auch Sinn machen, sich um eine bessere Speicherfähigkeit der Bleibatterie zu kümmern. Hier sei nur angemerkt, dass die 25-fache Kapazität des derzeit gängigen Wertes möglich ist. Womit auch dieses Problem gelöst wäre – wenn man wollte.

Aber vermutlich muss die Autoindustrie hierzulande wirklich erst untergehen, bevor neue Technik akzeptiert wird. Querdenker und Pioniere vom Schlage eines Benz oder Daimler haben im Land derzeit keine Chance. Da herrschen – auch unter den Technikern – die Mainstream-Leute. Und die bringen nichts Neues zustande und fürchten sich vor „big oil“.

Hans Zeisler, Ahlen

Bayerisches Wahlkampfgetöse

Zu: „Endspiel“ auf Zeit (Nr. 25)

Das, was Bundesinnenminister Horst Seehofer hier veranstaltet hat, war nichts weiter als bayerisches Wahlkampfgetöse. Auch wenn das, was er wollte, nicht durchweg falsch ist, es wird nur so nicht durchführbar sein. Im Übrigen hatte Seehofer vor Monaten schon die Möglichkeit, dieses Thema mit dieser brachialen Gewalt auf den „Tisch“ zu bringen. Nur da war er zu feige, schließlich wollte er Mitglied einer Bundesregierung werden. Ob das, was die CSU jetzt macht, zu einem Topergebnis in Bayern führen wird? Vielleicht hilft all das eher der AfD.

Heinz-Peter Kröske, Hameln

Kanzler des Verzichts auf Ostdeutschland

Zu: Verscharrt am 1. Juli (Nr. 24)

Vier Legislaturperioden hat Helmut Kohl regiert, und er hat sich ohne Frage große Dienste erworben, hat sich für die Bundesrepublik Deutschland verdient gemacht. Insofern ist es tatsächlich beschämend, dass ihm am ersten Todestag nur vereinzelt würdig gedacht wurde. Aber immerhin fand am 17. Juni im Dom zu Speyer eine Gedenkfeier statt. Desgleichen im Deutschen Bundestag ist mir nicht bekannt.

Deshalb ist es besonders anerkennen- und lobenswert, dass Victor Orbán am 16. Juni auf der mit „Budapester Europa-Rede – Erinnerung an Helmut Kohl“ betitelten Vortragsveranstaltung der Konrad-Adenauer-Stiftung und der Stiftung für ein Bürgerliches Ungarn die Festrede gehalten hat. Abgedruckt wurde sie in der „Budapester Zeitung“, in der Kohl auch vom Chefredakteur Jan Mainka in einem langen Artikel gedacht wurde.

Nun hat jede Medaille bekanntlich zwei Seiten. Es gibt Licht und Schatten. Vergessen werden darf nicht, dass in Kohls Regierungszeit der Verzicht auf die Oder-Neiße-Gebiete fiel, so auch die Opferung der D-Mark. Wie sich die Waage neigt, möge jeder für sich entscheiden. Leider wird aber immer häufiger, so auch im Artikel in der *PAZ*, vom Kanzler der deutschen Einheit gesprochen, der er keineswegs war.

Kanzler der Einheit? Nein und nochmals nein, denn Kohl hat nur den „Zipfel der Geschichte“ ergriffen und sich als Lokomotivführer auf den schon angefahrenen Zug der deutschen Teilvereinigung geschwungen. Kohl hielt die Vereinigung West- und Mitteldeutschlands noch kurz zuvor für „blühenden Unsinn“ und „friedensgefährdend“. Herbeigeführt haben die Vereinigung nicht Kohl und die CDU, nicht die CSU, ebenso wenig die anderen Parteien des parlamentarischen Spektrums, sondern die mutigen Landsleute in Mitteldeutschland.

Kohl kann auch als Lügner bezeichnet werden, denn er unterstellte dem damaligen sowjetischen Staatspräsidenten Michail Gorbatschow, dass er zur Bedingung gemacht hätte, einer Vereinigung der west- und mitteldeutschen Landesteile nur dann zuzustimmen, wenn der zwischen 1945 und 1949 enteignete Grundbesitz in der Sowjetischen Besatzungszone nicht an die Eigentümer zurück gegeben würde. Von Gorbatschow wurde dies dementiert. Die entzogenen Grundstücke und Ländereien der Alteigentümer befinden sich zu großen Teilen immer noch in Bundesbesitz (nur um diese geht es, nicht um die guten Glaubens erworbenen und in Privatbesitz übergegangenen) und somit ist bezüglich des Eigentumsraubs die Bundesrepublik Deutschland auf eine Stufe mit Polen und der Tschechei zu stellen, auch wenn das Ausmaß geringer als bei den Vertreiberstaaten ist.

Vom Hamburger Kaufmann Heiko Peters, der keine Eigentumsansprüche hatte und dem es nur ums Recht ging, wurden in ganzseitigen Zeitungsanzeigen Kohl, Wolfgang Schäuble, der ehemalige Finanzminister Theo Waigel, weiter der ehemalige Außenminister Klaus Kinkel und der damalige Kanzleramtsminister Friedrich Bohl als „Lügner“ und „Hehler“ angeprangert, um ein Gerichtsverfahren wegen Beleidigung herbeizuführen, damit vor Gericht die Wahrheit ans Licht käme. Der „Kanzler der Einheit“ und alle anderen haben aus verständlichen Gründen dazu geschwiegen und haben dagegen keine Schritte unternommen.

Bundeskanzler Kohl ist nicht der Kanzler der Einheit, sondern zusammen mit Außenminister Hans-Dietrich Genscher einer der Vorreiter beim Verrat an Ostdeutschland. So ist auch durch mehrere glaubwürdige Quellen gesichert, dass Gorbatschow nach dem politischen Umbruch der Bundesrepublik Nordostpreußen für 50 Milliarden D-Mark zum Kauf angeboten hatte, dieses Angebot aber von Kohl und Genscher mit Vehemenz abgelehnt wurde. Dies wurde zwar bestritten, doch von Genscher ist die Aussage überliefert, dass er „Königsberg nicht einmal geschenkt haben“ wolle.

Trotz aller Verdienste: Helmut Kohl – Kanzler der Einheit? Von wegen! Kohl ist der Kanzler des Verzichts auf Ostdeutschland, Kanzler des Verrats an den deutschen Ostgebieten und Kanzler der erneuten Enteignung der Land- und Grundeigentümer, die ihr zwischen 1945 bis 1949 konfisziertes Eigentum nicht zurückerhalten haben, sondern das sich die Bundesrepublik einverleibt hat.

Manfred Weinhold, Hamburg

Leserbriefe an: *PAZ*-Leserforum, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Die gute Absicht zählt

Stiftung vergibt Auszeichnung für ehrenamtliches und soziales Engagement – Facebook als Trittbrettfahrer mit von der Partie

Ehrenamtliches Engagement zahlt sich aus, manchmal auch in barer Münze. Das gilt aktuell für die zwölf Gewinner des bundesweiten Wettbewerbs „Smart Hero Award“, die am 28. Juni in Berlin bekannt gegeben wurden.

Mit der Auszeichnung und hohen Preisgeldern hat die Stiftung Digitale Chancen in Kooperation mit Facebook auch in diesem Jahr wieder Organisationen und Projekte belohnt, die über ihr ehrenamtliches soziales Engagement in den Sozialen Medien berichten. Der Internetriese Facebook ist außerdem Sponsor der Auszeichnung. Eine, wie es heißt, hochrangig besetzte Jury hat die Sieger in vier Kategorien ausgewählt, während über eine Online-Abstimmung ein Publikumspreis vergeben wurde.

Das Preisgeld war anlässlich des fünfjährigen Bestehens des Wettbewerbs auf 17 500 Euro pro Kategorie erhöht worden, sodass sich ein echter Anreiz für die Teilnahme bot. Wie die Leiterin der Stiftung Digitale Chancen, Julia Kroll, auf Nachfrage der *PAZ* erklärte, hat Facebook einen Beitrag zum Preisgeld von insgesamt 52 500 Euro geleistet. Mit 529 Einreichungen war die Zahl der Bewerbungen um fast 80 Prozent höher als im vergangenen Jahr.

Kompetenz, Leidenschaft, Kreativität für eine gute Sache – damit ruft die Stiftung Digitale Chancen zusammen mit Facebook seit 2014 zur Teilnahme am „Smart Hero Award“ auf. Das Englische „smart“ lieferte die Anfangsbuchstaben zur Zielsetzung der Auszeichnung, denn „smart“ steht hier für *S*ocial *M*edia für *A*nerkennung, *R*espekt und *T*oleranz.

Die Redensart „Nomen est Omen“ ist noch mit einer weiteren Bedeutung unterlegt – mit ihrem „Smart Hero Award“ stilisiert die Stiftung Digitale Chancen freiwillige Helfer und ihre Organisationen zu „klugen Helden“, denn hier gilt nur als klug, also „smart“, wer einen Internet-Auftritt bei den Sozialen Medien Facebook und der Facebook-Tochter Instagram hat und über diese kommuniziert. Die Stiftung selbst präsentiert sich bei Facebook.

Bei den insgesamt vier Wettbewerbskategorien dient diese Zielsetzung jeweils als Maßstab. Unter dem diesjährigen Motto „Gemeinschaft stärken“ lauteten die Überschriften der einzelnen Kategorien „Gemeinsam stark mit …“, „Einsatz für eine lebendige Demokratie“, „Zusammen Chancen schaffen“ sowie „Faires Miteinander“. Zu den Preisträgern gehören so unterschiedliche Projekte wie die Regensburger Nichtregierungsorganisation (NGO) Sea-Eye e.V., die mit ihren Schiffen im Mittelmeer „Bootsflüchtlinge“ aufnimmt, und ein Wanderschäfer, der die in Deutschland kaum noch betriebene Wanderschäferei vor dem Aussterben bewahren möchte, beide in der Kategorie „Zusammen Chancen schaffen“.

Der erste Preis in der Kategorie „Faires Miteinander“ ging an den Verein „Champions ohne Grenzen e.V.“ für sein interkulturelles Sportangebot an Immigranten. Mit dem zweiten Preis derselben Kategorie wurde das soziale Netzwerk-Format „Mädelsabende“ des Westdeutschen Rundfunks auf Instagram belohnt. Es greift „gesellschaftlich relevante“ Themen auf und richtet sich an Mädchen und Frauen zwischen 13 und 23 Jahren.

Den Publikumspreis erhielt das Team „Der Wünschewagen – Letzte Wünsche wagen“ des Arbeiter-Samariter-Bunds. Den mit 5000 Euro dotierten Preis überreichte Staatsministerin Dorothee Bär (CSU), die Beauftragte der Bundesregierung für Digitalisierung und diesjährige Schirmherrin der Auszeichnung. „Die Digitalisierung in Deutschland wird nur dann erfolgreich sein, wenn sie zur Stärkung unserer Gesellschaft beiträgt, nicht zu ihrer Spaltung“, betonte Bär. Bei der Preisverleihung am „Facebook NGO-Tag“ im Postbahnhof am Berliner Ostbahnhof hatten Ehrenamtliche zuvor die Möglichkeit, sich auszutauschen und miteinander digital zu vernetzen.

Wer steht hinter der Stiftung Digitale Chancen? Ihr erklärter Zweck ist die Förderung der Internetnutzung und Medienkompetenz sowie die Erforschung der gesellschaftlichen Folgen der Digitalisierung. Die Bundesministerien für Wirtschaft und Energie sowie für Familie, Senioren, Frauen und Jugend haben die Schirmherrschaft übernommen. Über den Beirat sind Vertreter der wichtigsten Wohlfahrtsverbände und mehrerer Interessenvertretungen mit im Boot.

Mit Facebook steht die Stiftung in ständigem inhaltlichem Austausch, und es findet eine Zusammenarbeit auf verschiedenen Ebenen statt, wie die Stiftungsvorsitzende Julia Kroll mitteilte. So nutzt die Stiftung Digitale Chancen das Anfang 2017 am Potsdamer Platz eröffnete Digitale Lernzentrum von Facebook für einige ihrer angebotenen Kurse. Das Zusammenwirken der vom Staat protegierten Stiftung mit dem Facebook-Konzern erscheint durchaus sinnvoll zu sein, wirft aber auf den zweiten Blick dennoch Fragen auf. Denn bei Facebook und den beiden anderen Spitzenreitern im digitalen Werbemarkt, Google und Youtube, sind stets auch wirtschaftliche Interessen mit im Spiel.



Umstrittene „Retter“: Die deutsche „Hilfsorganisation“ Sea-Eye, die im Mittelmeer sogenannte Bootsflüchtlinge aufnimmt, erhielt den „Smart Hero Award“

Bild: action press

Das US-Unternehmen mit einem Börsenwert von 512 Milliarden US-Dollar (Stand Mai 2018) hat zwei Gesichter: Einerseits bietet Facebook seinen Nutzern kostenlos Netzwerkvorteile, die, wie in diesem Fall, auch dem guten Zweck dienen. Doch ebenso wie Google die Unterfinanzierung der Schulen nutzt und WLAN-Netze in Schulen aufbaut, so verfolgt auch Facebook seine ureigenen Interessen. Dazu zählt unter anderem das Bestreben, seinen Kundenstamm zu erweitern. Der jüngste Skandal um den gigantischen Daten-Missbrauch von 50 Millionen Facebook-Nutzern hat wieder einmal die dunkle Seite von Facebook in Erinnerung gerufen.

Handfeste wirtschaftliche Interessen standen schon Pate bei der Gründung der als gemeinnützig anerkannten Stiftung Digitale Chancen im Jahr 2002. Man muss genauer hinschauen, um die Urheber der Stiftung auszumachen – und reibt sich dann verwundert die Augen. Denn diese entstand damals nach einer Kooperation zwischen der Universität Bremen und dem US-Medienkonzern AOL, einst weltgrößter Internet-Anbieter. Insofern kann sich derjenige eines durchwachsenen Eindrucks nicht erwehren, der den Hintergrund der Stiftung Digitale Chancen und ihrer im Internet pompös beworbenen Veranstaltung „Smart Hero Award“ einmal genauer auslotet. Das Kalkül könnte also sein: Mit dem Beistand für ehrenamtliches Engagement, das Zielen wie der Integration von Immigranten gewidmet ist, schützt man sich vor Kritik von außen. *D. Jestrzemski*

Den Berlinern stank es

Titanwurz im Botanischen Garten blühte und »duftete« tierisch

Keiner wusste genau, wann sie sich öffnet. Gärtner und Besucher im Botanischen Garten in Berlin lagen bereits auf der Lauer, um das Ereignis fotografisch festzuhalten. Ein Exemplar der Titanwurz (Amorphophallus titanum) hatte eine Blütenstandsknospe ausgebildet. Nun hieß es abwarten. Denn dieses Ereignis ist eine sehr große Seltenheit. Doch am 7. Juli öffnete sich die Blüte für ganze drei Tage.

Die Pflanze stammt eigentlich von der Insel Sumatra. Dort ist sie in den Regenwäldern beheimatet. Allerdings gibt es sie nur noch selten, da ihr Lebensraum Regenwald immer mehr zerstört wird.

Die Titanwurz wurde im 19. Jahrhundert von dem italienischen Botaniker Odoardo Beccari entdeckt. Die Blume gehört zu den Aronstabgewächsen und ist eine spektakuläre Erscheinung mit vielen erstaunlichen Eigenschaften. Die Pflanze entwickelt nur ein einziges großes Laubblatt, das mehrere Meter Höhe erreicht und einem Bäumchen ähnelt. Nach etwa 24 Monaten wird das Blatt eingezogen. Nun macht die Knolle, die ein Gewicht von 75 Kilogramm erreichen kann, eine Ruhepause. In manchen Jahren wächst aber kein Laubblatt, sondern ein riesiger, bis über drei Meter hoher und 1,50 Meter breiter Blütenstand. Dann wird es spannend, denn das Blütenspektakel dauert nur drei Tage.

Die Pflanze ist ein Nachtblüher, das heißt, sie öffnet sich häufig auch nachts. Mit Web-Kameras können die Botaniker die Öffnung der Knospe gut verfolgen.

Die Titanwurz wird nicht nur Stinkeblume genannt, sondern auch Täuschblume. Denn sie stinkt unangenehm nach Verwesung und lockt damit Insekten an. Während der drei Tage bildet sich ein großes, sich entfaltendes Hochblatt, das einen langen Kolben umgibt. Die eigentlichen Blüten der Titanwurz befinden sich tief unten im Kelch. In der ersten Nacht öffnen sich die weiblichen Blüten, erst in der zweiten Nacht die männlichen. Um die Blüten zu bestäuben, entwickelt die Pflanze nun den Geruch verwesender Tierkörper.

Damit der Geruchslockstoff sich besonders gut verbreitet, erhöht die Pflanze im Kolben die Temperatur. So wurden schon Temperaturen von 37 bis 41 Grad gemessen. Für die Insekten ist es wie eine in der Natur aufleuchtende Geruchsfackel. Bei der Eiablage bestäuben die Insekten die Pflanze, werden aber von dieser in die Irre geführt, denn ihre Brut wird keine Nahrung finden. Im Laufe des dritten Tages ist das besondere Schauspiel vorbei. Der Blütenstand samt Kolben beginnt zu welken und fällt langsam in sich zusammen. Biologisch betrachtet handelt es sich bei der Titanwurz um die größte Blume der Welt, die den Berlinern in diesen Tagen aber gehörig gestunken hat. *Silvia Friedrich*



Bild: G. Hohlstein/Bot. Garten und Bot. Museum Berlin

Riesenblüte, die Riesengestank erzeugt: Berliner Titanwurz

Zerbrechliches Gold

Porzellan als Globalisierungsopfer – Doch Rettung naht bereits

Als die insolvente Höchster Porzellanmanufaktur Anfang Juni dieses Jahres gerettet wurde, war die Erleichterung vieler Menschen in Frankfurt und im Land Hessen groß. Ein Investor aus Hongkong soll die 1746 gegründete, zweitälteste deutsche Porzellanmanufaktur gekauft haben. Alle 13 Mitarbeiter wurden übernommen. Bereits 2006 war die chronisch defizitäre Königliche Porzellan-Manufaktur (KPM), gegründet 1767 durch König Friedrich II., aus staatlichem in privaten Besitz übergegangen. Der Käufer war ein Berliner Bankier, der damit einer Übernahme durch chinesische Investoren zuvorkommen wollte.

Jahrhundertelang war fein gearbeitetes Porzellan aus Deutschland ein Luxusgut. Ende der 1970er Jahre aber begann die Nachfrage zu sinken. Der globalisierte Handel schwemmte billiges Gebrauchsporzellan aus Fernost in die Auslagen der Kaufhäuser, die Kunden griffen zu. Es war der Beginn eines Kulturwandels, der mit veränderten Lebens- und Konsumgewohnheiten einherging. Mit dem massentauglichen Design und minderer Qualität der Ware kam das Prestige des „weißen Goldes“ abhanden und damit die Wertschätzung für das geerbte oder für viel Geld angeschaffte Familien-Service.

Die Auflösungserscheinungen setzten sich bei der Tischkultur fort. Traditionell traf sich die Familie früher sonntags am Esstisch, der mit einer feinen Tischdecke und dem guten Geschirr eingedeckt war. Mittlerweile besitzt kaum noch jemand ein zwölf- oder gar 18-teiliges Service für ein großes, festliches Gastmahl. Wenn eine Tasse, ein Krug oder eine Schüssel zerbricht, löst das keinen Kummer aus. Ersatz gibt es günstig und in immer neuen Varianten beim Supermarkt um die Ecke, im Möbelhaus oder über das Internet.



Edles Design: Frühstückservice von Rosenthal Bild: Rosenthal GmbH

Preisdruck und mangelnde Nachfrage versetzten die energie- und lohnintensive europäische Porzellanindustrie in eine Dauerkrise. Anfang der 2000er Jahre spitzte sich die Lage zu. Die meisten deutschen Porzellanhersteller verschwanden vom Markt. Von den Traditionsmarken schlüpften einige unter das Dach eines Konkurrenz-Unternehmens. So erwarb die Rosenthal-Sambonet-Gruppe kürzlich die Markenrechte an der insolventen Firma Arzberg. 2009 hatte der italienische Besteckproduzent Sambonet die börsennotierte Rosenthal AG gekauft, die ihrerseits im Jahr 2000 die Löwenmarke Hutschenreuther und das Werk in Selb übernommen hatte. Der Konzentrationsprozess befreit den Sektor aber nicht von den Herausforderungen durch Billigware und Plagiate aus Fernost.

Von dem kontinuierlichen Umsatzrückgang war auch der Einzelhandel betroffen. Nicht nur die Fachgeschäfte für Porzellan- und Glaswaren kamen ins Schlingern, sondern auch Läden mit dem Kernsortiment rund um Tisch und Küche. Nur wer als Händler eine lukrative Nische findet und seine Ware auch über das Internet vertreibt, hat reelle Chancen auf dem schwierigen Markt.

In jüngerer Zeit sind Porzellanwaren des gehobenen bis luxuriösen Preissegments wieder sehr begehrt. Deutsche Hersteller hoffen auf die Begehrlichkeit chinesischer Konsumenten, die europäische Luxus- und Premiummarken eher schätzen als heimische Plagiate. *D. Jestrzemski*

Zwei Autoren über Aufstände in West- und Ost-Berlin

Liegt den Berlinern die Rebellion in den Genen? Michael Sontheimer und Peter Wensierski stellen in ihrem Buch „Berlin. Stadt der Revolte" die Frage mit Blick auf die meist missglückten Aufstände in der Hauptstadt, sei es 1849/49, 1918 oder am 17. Juni 1953, um dann die heftigen, oft in Gewalt ausartenden Revolten in Ost und West in den Jahren vor der Wende zu beschreiben. Der Dramatik ihrer Beschreibung von Rebellion gegen die Obrigkeit kann man sich auch heute noch kaum entziehen. Und auch wenn man vieles weiß, so erstaunt doch, wie rebellisch es fast zeitgleich in beiden Stadthälften zuging.

Beide Autoren schreiben aus eigenem Erleben und als teilweise Beteiligte, was das Buch authentisch macht, was aber auch seine Schwäche ist. Sontheimer hat sich auf West-Berlin konzentriert und geht von den Studentenunruhen aus, gipfelnd um Rudi Dutschke und den Anti-Springer-Kampagnen, bis hin zu zahlreichen Hausbesetzungen, die oft in gewaltsamer Auseinandersetzung mit der Polizei endeten, aber auch zu Arrangements mit der Staatsgewalt führten – Aktionen, die angesichts des Wohnungsmangels in Berlin einige Sympathie in der Bevölkerung hatten. Viele Aktionen verliefen anfangs spontan und mit viel Witz und Ironie. Als das Ganze dann eskalierte, wurden die anfangs eher politischen Aktionen, die mehr und mehr von den Studenten zu sogenannten Autonomen übergingen, aggressiver und gewalttätiger.

Auch Wensierski beginnt mit dem Ende der 1960er Jahre. Oppositionelles Verhalten in Ost-Berlin, der „Hauptstadt der DDR", wie diese Stadthälfte offiziell hieß, konnte nichts anderes als intellektueller Widerstand sein, und so finden sich hier bekannte Namen wie Bettina Wegner, Wolf Biermann, Rudolf Bahro, Robert Havemann, das Ehepaar Ulrike und Gerd Poppe, aber auch Aktionen von mutigen Pfarrern der evangelischen Kirche sowie Literarische Salons. Alle Aktionen sprachen sich offenbar in Windeseile herum. Der Zulauf von jungen Leuten aus der Stadt, aber auch aus anderen Städten wie Leipzig und Jena war außerordentlich und rief entsprechend rasch die Staatssicherheit der DDR auf den Plan. Ihr gelang es häufig, und Wensierski zeigt dies an mehreren Beispielen, Spitzel in die Szene einzuschleusen. Manch „erfolgreiche", drakonisch harte Gegenaktionen ließen denn auch nicht lange auf sich warten.

Oppositionelle in Ost-Berlin waren mutiger

Die Intensität und Breite der Ereignisse fanden zwar ein breites publizistisches Echo, waren aber tatsächlich in beiden Stadthälften doch nur Randerscheinungen. Ost-Berlin gleich gar nicht, aber auch der Westteil der Stadt war nicht von einer Rebellion gegen die Obrigkeit erfasst, im Gegenteil, die heftigen Anti-Vietnam-Demonstrationen weckten bei vielen Berlinern die nicht ganz unberechtigte Befürchtung, man könne die USA verprellen, deren Schutz für die Stadt ja überlebenswichtig war.

Beide Autoren schreiben mit viel Sympathie für ihre Protagonisten. Mitunter geht das auf Kosten der Nüchternheit, so wenn von „konservativen Frontstädtern" die Rede ist, von „braven Bürgerkindern", die Ostern 1968 politischen Nachhilfeunterricht bekamen, oder von den „karrieristischen Töchtern und Söhnen der Wohlhabenden aus München und Stuttgart". Aber wo die Szene allzu krass über die Stränge schlug, fehlt es doch nicht an Distanz, etwa, dass West-Berliner Autonome unberechenbar für ihren Gegner, „aber oft auch für sich selbst" waren. Da lief der selbstgestellte politische Anspruch vollends ins Leere. Was sich dem Leser vor allem einprägt: Die aufsässigen Oppositionellen in Ost-Berlin waren wesentlich ernsthafter und mutiger. Sie waren ständig mit der Stasi konfrontiert und wussten, was ihnen blühen konnte. Ihren Mut, sich öffentlich in Aktionen, Veröffentlichungen und auf Versammlungen zu äußern, verdient noch immer hohen Respekt. *Dirk Klose*



***Michael Sontheimer/Peter Wensierski: „Berlin. Stadt der Revolte"**, Ch. Links Verlag, Berlin 2018, gebunden, 448 Seiten, 25 Euro*

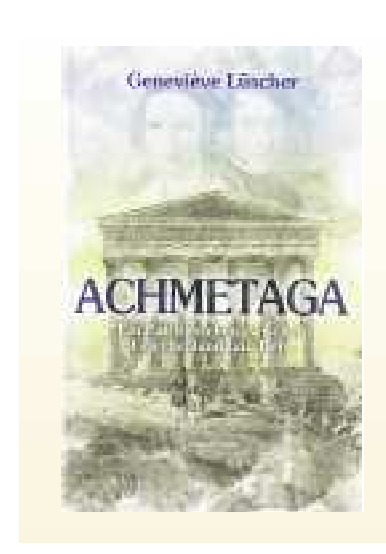
Philhellenenträume

Bern, Mitte des 19. Jahrhunderts: Der Patrizier Charles Müller, der im Fellenberg-Institut für höhere Söhne in Hofwyl bei Bern erzogen wurde, entschließt sich, gemeinsam mit seinem britischen Freund Edward Noel ein Landgut auf der griechischen Insel Euböa zu kaufen, um es zu bewirtschaften. Theoretisch gut ausgebildet, erwerben sie von einem türkischen Großgrundbesitzer die Domäne Achmetaga.

Nach der sogenannten Griechischen Revolution von 1821 wurden alle türkischen Großgrundbesitzer verpflichtet, ihre Ländereien zu verkaufen. Nachdem das erste griechische Staatsoberhaupt Ioannis Kapodistrias 1831 ermordet worden war, erklärten die europäischen Großmächte England, Frankreich und Russland den Sohn König Ludwigs I. von Bayern als Otto I. zum König von Griechenland.

Während Ottos I. Regentschaft erleben die Schweizer Auswanderer mit ihren Familien den Aufstieg und den späteren Niedergang Achmetagas. Beeinflusst wurden sie vom Philhellenismus des berühmten Schweizer Pädagogen Emanuel von Fellenberg, der jedoch bald einer harten Realität weichen musste.

Geneviève Lüschers lesenswerter Dokuroman beruht auf einer wahren Begebenheit. Die Archäologin und Publizistin recherchierte vor Ort auf dem Gut Achmetaga, das sich heute noch im Besitz der Familie Noel befindet. Die Korrespondenz von Charles Müller und seiner Frau Emma bildet das Grundgerüst des Romans. Der Einblick in einen kurzen Zeitraum der turbulenten griechischen Geschichte lässt erahnen, warum die heutige griechische Regierung sich europäischen Forderungen so hartnäckig entgegenstellt. *MRK*



***Geneviève Lüscher: „Achmetaga. Ein Patrizierleben zwischen Griechenland und Bern. Dokuroman"**, Stämpfli Verlag, Bern 2018, gebunden, 251 Seiten, 39 Euro*

Fremdschämpotenzial

Journalisten sollten eigentlich informieren und zugleich eine professionelle Distanz zum Gegenstand ihrer Darstellung wahren. Das ist jedoch offensichtlich nicht die Leitlinie von Michaela Wiegel, der Frankreich-Korrespondentin der „FAZ". Denn ihr Buch „Emmanuel Macron. Ein Visionär für Europa" kommt als Mittelding zwischen anbiedernder Hofberichterstattung und unkritischer Schwärmerei für den juvenil erscheinenden Strahlemann im Élysée-Palast daher. Teilweise gerät Wiegel dabei sogar in pseudoreligiöse Verzückung, wenn sie beispielsweise wähnt, der französische Präsident wirke wie „von einem überirdischen Auftrag beseelt".

Autorin gerät in Schwärmerei

Ansonsten versucht die Autorin dem Leser permanent und mittels zahlreicher argumentativer Wiederholungen weiszumachen, dass Macron keineswegs an das Geld der Deutschen wolle, wenn er einen EU-Finanzminister mit eigenem Budget, EU-Steuern und Solidaritätsfonds zur Unterstützung „ärmerer Länder" fordere – vielmehr strebe der Franzose nur das Beste für die Bundesrepublik und deren Bürger an. Ein absoluter Tiefpunkt der politischen Publizistik mit reichlich Fremdschämpotenzial. *Wolfgang Kaufmann*



***Michaela Wiegel: „Emmanuel Macron. Ein Visionär für Europa"**, Europa Verlag, Berlin 2018, gebunden, 216 Seiten, 19,90 Euro*

Lückenhaftes Porträt von Preußens erster Königin

Erneut hat die Kölner Bestsellerautorin Barbara Beuys eine Biografie über eine bemerkenswerte Frauengestalt der deutschen Geistesgeschichte veröffentlicht. „Sophie Charlotte. Preußens erste Königin" lautet der Titel ihres kurzweiligen Werkes über die kunstsinnige Ehefrau des Kurfürsten Friedrich III., den späteren Preußenkönig Friedrich I., und Mutter des Soldatenkönigs Friedrich Wilhelm I.

Die 1667 als Prinzessin von Braunschweig-Lüneburg geborene Sophie Charlotte stammte aus einem der ältesten Fürstenhäuser Europas, was der Autorin Anlass gab, die gebildete und emanzipierte Frau – sie beherrschte mehrere Fremdsprachen – in Verbindung mit ihrem weit verzweigten familiären Umfeld vorzustellen. Aus ihrem Briefwechsel mit Angehörigen und ihr nahestehenden Persönlichkeiten zitiert Beuys ausgiebig. Ihren Mann überragte Sophie Charlotte weit an Intelligenz und Esprit.

Viel Erzählstoff bot sich rund um den legendären Musenhof der Kurfürstin und späteren Königin auf Schloss Lietzenburg, ihrer Residenz nordöstlich von Berlin. Hier fanden sich seit der Fertigstellung im Jahr 1699 berühmte Künstler und Philosophen ein, darunter Gottfried Wilhelm Leibniz und der Ire John Toland. Im Theater von Schloss Lietzenburg wurde die erste Oper im Kurfürstentum Brandenburg aufgeführt. Der Glanz von Lietzenburg strahlte auf den Hof von Berlin zurück, was dem Kurfürsten, der seit Anfang der 1690er Jahre den Königstitel anstrebte, durchaus gelegen kam. Wie sehr der König Anteil am Verlangen seiner Ehefrau nach Erkenntnis und kritischer Diskussion nahm, bleibt in der Darstellung aber ungewiss, desgleichen die Einstellung Sophie Charlottes zu den ehrgeizigen Bestrebungen ihres Mannes.

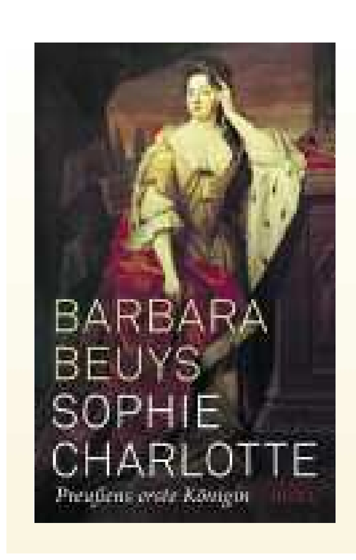
Charlottenburg nach ihr benannt

Nach ihrem frühen Tod im Jahr 1705 änderte er ihr zu Ehren den Namen ihrer Residenz um in Schloss Charlottenburg. Sophie Charlottes Vermächtnis sind die Akademie der Künste und die Kurfürstlich-Brandenburgische Societät der Wissenschaften, später Königlich-preußische Akademie der Wissenschaften, die Friedrich III. 1697 beziehungsweise 1700 auf ihre Anregung hin gründete.

Auf die politische Gemengelage geht Beuys nur selten ein, da es im Hinblick auf die Kurfürstin über die europäischen Kriege jener Jahr nicht viel zu berichten gibt. Die Lage sei allzu kompliziert, und sie fürchte daher, einen falschen Ratschlag zu geben und Schuld auf sich zu laden, zitiert Beuys Sophie Charlotte aus einem Brief von 1703. Im Herbst 1700 reiste die Kurfürstin jedoch in politischer Mission nach Brüssel und Den Haag, um im Auftrag ihres Mannes im spanischen Erbfolgestreit zu vermitteln.

Von der feierlichen Krönung des Kurfürstenpaares zum König und zur Königin in Preußen im Januar 1701 in Königsberg und dem dortigen Aufenthalt des Königspaares fehlen persönliche Zeugnisse der frisch gekrönten Königin. Sie habe die Veränderung gelassen hingenommen, schreibt Beuys, war ihr Musenhof Lietzenburg doch weiterhin finanziell abgesichert durch ihren Ehemann, den König. Ihren Sohn Friedrich Wilhelm habe Sophie Charlotte gelehrt, kritisch und distanziert auf seine Umgebung zu blicken.

Schlussendlich bleibt der Eindruck einer anregenden, wenngleich lückenbehafteten Lektüre. *Dagmar Jestrzemski*



Barbara Beuys: „Sophie Charlotte. Preußens erste Königin", *Insel Verlag, Berlin 2018, gebunden, 398 Seiten, 24 Euro*

Kapitalismus unter dem Aspekt der historischen Entwicklung betrachtet

Das Buch „Kapitalismus ist nicht das Problem, sondern die Lösung" ist sorgfältig recherchiert, verständlich formuliert, und wer die „Zeitreise" durch die Wirtschaftsgeschichte mitmacht, wird von der Logik des Autors überzeugt sein. Dennoch wird der Beifall bei den „Intellektuellen" ausbleiben, denn eines hat der Autor in seiner ehrlichen Pragmatik außer Acht gelassen: die geheimen ideologischen und im Idealismus verankerten Bindungen, wonach abstrakten Theorien Priorität vor der Realität eingeräumt wird, gebührend zu berücksichtigen. Der Sozialismus ist ohne das „Kommunistische Manifest" von Karl Marx weder zu verstehen noch zu widerlegen.

Zitelmann versucht, seine Argumentation auf ein historisches Fundament zu stellen und betrachtet exemplarisch die Entwicklung in China („Von der Hungersnot zum Wirtschaftswunder"), in Afrika („Kapitalismus hilft Afrika besser als Entwicklungshilfe"), in der DDR, in Nord- und Südkorea, in England und den USA („Thatcher und Reagan reformieren England und Amerika"), in Chile und Schweden („Schweden – der Mythos vom nordischen Sozialismus") und kommt abschließend zu dem eindeutigen Resultat: „Menschen geht es dort besser, wo wirtschaftliche Freiheit herrscht".

Von ideologischen Fesseln befreit

Doch das Fundament habe ein Loch: Es fehle der „sowjetische Sozialismus", der sich eindeutig auf die Philosophie von Karl Marx stützte und ebenso radikal wie brutal den Kapitalismus durch die „Herrschaft des Proletariats" ersetzen und wie Marx das „Bürgertum" abschaffen wollte. Der „Reichtum" sollte durch eine Umverteilung von reich zu arm eliminiert und eine „klassenlose Gesellschaft" etabliert werden.

So stellten sich viele Intellektuelle das Wirtschaftsleben vor. So argumentiert auch die UN: „Die reichen Länder müssen demnach den armen Länder etwas von ihrem Wohlstand abgeben und die reichen Menschen den armen." Es läge „nur am Egoismus und am mangelnden guten Willen der Reichen, wenn es immer noch so viele Arme gibt".

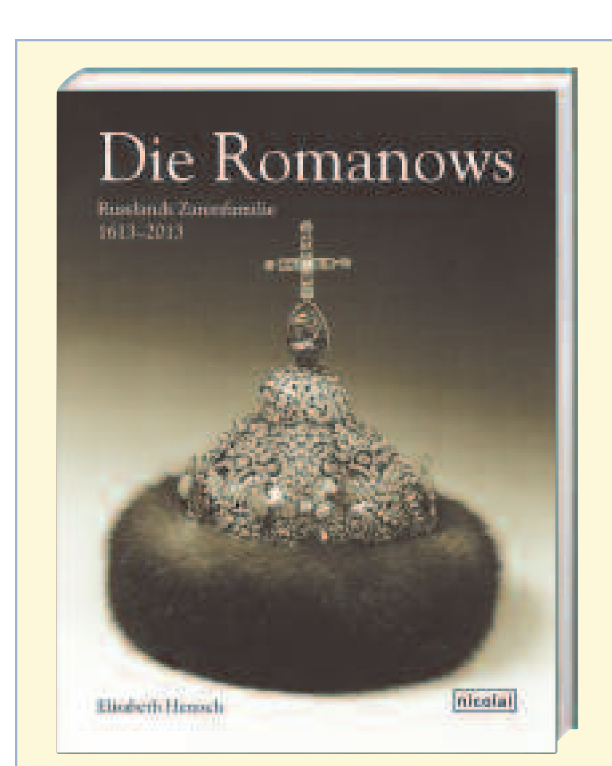
Ist es Einfalt, Naivität oder nur ein grenzenloser Idealismus, der bei der Mehrheit der Intellektuellen den Blick für das praktische Leben trübt?

Schon Platon und Aristoteles war bewusst, dass das „Freiheits- und Gleichheitsprinzip" nicht gleichzeitig in einer Demokratie verwirklicht werden können, dass „Gerechtigkeit" nicht bedeutet, dass alle quantitativ das Gleiche haben. Wenn „Gleichheit" auf allen Lebensgebieten gefordert wird, dann nur auf „Kosten der Freiheit" bis hin zu Tyrannei und Knechtschaft in einer „sozialistischen Gesellschaft".

An dem Experiment scheiterten die Sowjetunion und das maoistische China. Es wurde teuer bezahlt mit Millionen und Abermillionen von Toten. Natürlich hat diese Marx nicht direkt zu verantworten, aber er legte die ideologische Rechtfertigung dazu mit seinem „Kommunistischen Manifest".

Auch wenn es vielen Intellektuellen und Sozialpolitikern widerstrebt, sie sollten sich überwinden und das Buch lesen, um die ideologischen Fesseln zu sprengen, mit denen sie sich selbst den Weg in die geistige Freiheit versperrt haben. *Wolfgang Thüne*

***Rainer Zitelmann: „Kapitalismus ist nicht das Problem, sondern die Lösung. Eine Zeitreise durch fünf Kontinente"**, Finanzbuchverlag, München 2018, gebunden, 283 Seiten, 24,99 Euro*



Die Romanows
Russlands Zarenfamilie 1613 – 2013
Die Romanows: Ein Name voller Glanz und Macht, eine Dynastie mit 400 Jahren bewegter Geschichte, die zahlreiche russische Herrscher hervorbrachte. Unter Peter dem Großen wurde das Zarenreich zum Russischen Kaiserreich und zu einem der prächtigsten Höfe Europas. Ihm folgten nicht weniger mächtige Herrscher wie Katharina die Große, Zar Alexander I. bis III. und schließlich Nikolaus II. »Die Romanows« erzählt eine Familiengeschichte voller Dramatik und Tragik, die nicht nur Russland-Kenner begeistert – mitreißend geschrieben und prachtvoll bebildert mit zahlreichen historischen Abbildungen der Zaren und aktuellen Fotografien der prunkvollen Romanow-Schlösser.
Bild- und Textband im Großformat. 208 Seiten
Nr. P A0664 Gebunden **39,95 €**



lisabeth Heresch
Zarenmord
Kriminalfall Jekaterinburg 1918 und die verschwundenen Juwelen der Romanows
256 Seiten/Gebunden
Nr. P A1159 **20,00 €**

Beinahe ein Jahrhundert hat es gedauert, bis die letzten Rätsel um das Verbrechen an Zar Nikolaus II. und seiner Familie endgültig gelöst werden konnten. Die Russlandexpertin Dr. Elisabeth Heresch rollt den spannenden „Kriminalfall Jekaterinburg“ in seiner Tragik und Reichweite noch einmal auf. Sie beschreibt die letzten Monate der Zarenfamilie unter Arrest in Tobolsk und Jekaterinburg, die zaghaften Rettungsversuche des deutschen Kaiserhauses, die Verweigerung des Exils durch das englische Königshaus – immerhin direkte Verwandte der Zarenfamilie – und die Bluttat selbst aus der Erinnerung der Mörder. Sie schildert die detektivische Suche nach ersten Indizien, Zeugenaussagen und Hinweisen auf die Grabstellen von 1918/19 und die abenteuerlichen Umstände der Funde von 1979/91 und 2007, die das perfide Versteckspiel der Mörder beendeten.



Der Mythos Ostpreußen
Auf den Spuren der Ordensritter
im Ermland, Oberland, und Masuren.
Laufzeit: 60 Minuten
DVD
Nr. P A0351 **5,95 €**

Bereits im Jahre 1241 erbaut, liegt sie im südlichen Ostpreußen, in Masuren. Im 13. und 14. Jahrhundert erbauten die Ordensritter auch in den entlegensten Dörfern monumentale Kirchen und Burgen – die Zeugen der Backsteingotik. Eindrucksvolle Landschaftsaufnahmen, zum Teil aus dem fahrenden Auto, dokumentieren die Einzigartigkeit der ostpreußischen Landschaft. Der Autor, selbst gebürtiger Ostpreuße, vermittelt durch fundiertes Wissen interessante geschichtliche Hintergründe zu den einzelnen Objekten. Durch die Aktualität der Filmaufnahmen, die alle stammen aus dem Jahr 2010, ist dieser Film nicht nur für Landsleute interessant, sondern für alle, die sich von der Einmaligkeit dieses beeindruckenden Landes überzeugen und begeistern lassen.



Annerose Matz-Donath
Deutsche Frauen vor sowjetischen Militärtribunalen
Verschwunden, verloren, vom Schweigen verschluckt, so gingen unzählige deutsche Frauen und Mädchen durch die Hölle sowjetischer Folterkeller, die zwischen 1945 und 1949 auch auf deutschem Boden, in der damaligen Sowjetischen Besatzungszone, bestanden – ein kaum bekannter und dennoch untilgbarer Teil der deutschen Nachkriegsgeschichte. Die von den Sowjetischen Militärtribunalen verurteilten Frauen kamen im Februar 1950 zur weiteren Strafverbüßung in den Gewahrsam der DDR, die für sie ein besonders strenges Zuchthausregime in einer Reihe von Sonderstrafanstalten errichtete. Annerose Matz-Donath, die selbst fast 12 Jahre Gefangenschaft erleiden musste, konnte 130 frühere Haftkameradinnen von etwa 1.300 betroffenen Frauen interviewen. 482 Seiten
Nr. P A0831 Kartoniert **28,00 €**

Douglas Smith
Und die Erde wird zittern
Rasputin und das Ende der Romanows
Auch hundert Jahre nach Rasputins Tod bleibt uns die wahre, historische Figur des Predigers verborgen, der wegen seinen Ausschweifungen und seiner Nähe zu den Romanovs verteufelt wurde. Bis jetzt.
In seiner großen, beeindruckenden Biographie zeigt uns Douglas Smith, dass Grigori Jefimowitsch Rasputin viel mehr war eine schillernde Persönlichkeit in einer dramatischen Wendezeit. Der renommierte Historiker hat dazu in sieben Ländern eine Fülle von neuen Dokumenten entdeckt. Darin stößt er auf einen Rasputin, der jene tiefen Widersprüche zwischen dem alten und dem neuen Russland zu deuten wusste und der umso mehr darunter litt. Damit zeichnet Smith zugleich ein eindruckvolles Panorama einer haltlos gewordenen russischen Gesellschaft am Vorabend ihres Untergangs. 928 Seiten
Nr. P A1218 **Gebunden mit farbigem Überzug** **38,00 €**



Lachauer/Rutsch/ Borodziej
Als der Osten noch Heimat war
Was vor der Vertreibung geschah
320 Seiten/Taschenbuch
Nr. P A0338 **9,99 €**

Pommern, Schlesien, Westpreußen – die Namen stehen für eine Welt, die 1945 untergegangen ist. Millionen deutscher Flüchtlinge verloren ihre Heimat. Wie aber genau sah diese Heimat aus? Wie sah diese Welt damals aus, die viele Vertriebene in Erinnerung behielten? Eine Frage, die bis heute in Deutschland kaum gestellt wird und deren Beantwortung einen ungewöhnlichen Blick auf die Vorgeschichte von Flucht und Vertreibung ermöglicht. Die Autoren Ulla Lachauer, Wlodzimierz Borodziej, Gerald Endres, Hans-Dieter Rutsch und Beate Schlanstein breiten ein fesselndes historisches Panorama aus.

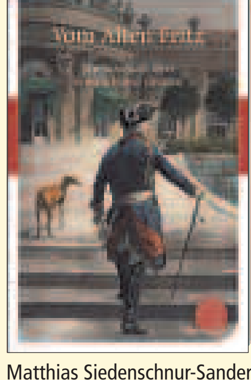


Kettenanhänger mit Sonne aus Bernstein mit Lederhalsband
Lederband
ca. 45 cm Länge
Nr. P A0902 **39,90 €**



Als die Deutschen weg waren
Was nach der Vertreibung geschah: Ostpreußen, Schlesien, Sudetenland Taschenbuch
Nr. P 9736 **9,99 €**

Ein bewegendes Kapitel der Nachkriegsgeschichte. Die Geschichte der Vertreibung der Deutschen nach 1945 wurde schon oft erzählt – doch ein bestimmtes Kapitel bleibt tabu: Was geschah eigentlich, als die Deutschen weg waren? Was genau passierte, als sie in Ostpreußen, in Schlesien, im Sudetenland ihre Häuser und ihre Heimat verlassen hatten? Anhand zahlreicher Fotos, persönlicher Zeugnisse und unveröffentlichter Quellen widmet sich dieses Buch dem hochemotionalen Thema. Das Autorenteam um Adrian von Arburg hat viel Material aus den unterschiedlichsten Quellen zusammengetragen, um dieses wichtige Kapitel der Zeitgeschichte zu beleuchten. 320 Seiten.



Matthias Siedenschnur-Sander
Vom Alten Fritz
Ein Lesebuch über Friedrich den Großen
Taschenbuch. 320 Seiten
Nr. P A0402 **9,00 €**

Wer war Friedrich der Große? Schon zu Lebzeiten wurde der König von Preußen zum Mythos. Seine Leidenschaft galt der Musik, der Philosophie, der Poesie. Er war kluger Militärstratege und reformorientierter Innenpolitiker. An seinem Hof und in Briefen verkehrte er mit Voltaire, Katharina der Großen und anderen namhaften Persönlichkeiten Europas. Friedrich II. verfolgte seine Ziele hochdiszipliniert, engagiert und nicht selten rücksichtslos. Dieses Lesebuch versammelt die denkwürdigsten Berichte und Anekdoten seiner Zeitgenossen sowie literarische Reflexionen und zeichnet so ein schillerndes Porträt des Alten Fritz. Mit Texten von Voltaire, Mirabeau, Theodor Fontane, Thomas Mann und anderen.



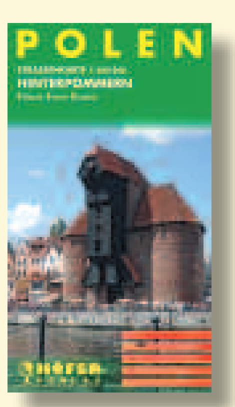
Naturbernsteinfisch mit Lederhalsband
Dekorativer Bernsteinfisch von ca. 3 cm Länge mit Silberöse und Lederhalsband (Lederhalsband ca. 45 cm)
Nr. P A1263 **22,50 €**

Kyra Inachin
Die Geschichte Pommerns
224 Seiten/Gebunden
Nr. P A0320 **17,90 €**

Die Geschichte Pommerns von den slawischen Wurzeln bis zur Gegenwart Pommern – ein Land mit wunderbarer Natur, eigener Kultur und eigener Historie, aber auch ein Begriff, der auf Befehl der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland zum 1. März 1947 aus dem offiziellen Sprachgebrauch in der Sowjetischen Besatzungszone und später in der DDR getilgt wurde. Die Historiker und Universitätsprofessoren Horst Wernicke und Wlodzimierz Stepinski sowie der Stadtarchivar Hans-Joachim Hacker widmen sich der Geschichte Pommerns in dieser umfassenden Darstellung: von der Entstehung aus slawischen Wurzeln über die preußische Provinz, deren Existenz mit der Niederlage Hitlerdeutschlands im Zweiten Weltkrieg endete, bis hin zur Gegenwart. Schwerpunkt der Betrachtungen ist dabei die Entwicklung des pommerschen Teiles im Bundesland.



Schlüsselanhänger mit Wappen Pommern
45 mm in der Diagonale
Nr. P A0259 (1 Expl.) **4,95 €**
Nr. P A0260 (3 Expl.) **13,95 €**



Hinterpommern
Köslin – Stolp – Danzig
2-sprachig deutsch-polnisch
Maßstab 1: 200.000
Nr. P 5535 PL003 **12,90 €**



Brigitte Hansen
Sage nie, das kann ich nicht
Als Kind in den Ruinen von Danzig und Stettin
136 Seiten/Gebunden
Nr. P 533185 **14,95 €**

Brigitte Hansen, 1931 geboren, verbrachte ihre ersten Lebensjahre in Stettin und Danzig. 1944 ging sie mit Mutter und Schwester zu einer Tante nach Zollbrück. Mit Herannahen der russischen Front gelang der Schicksalsgemeinschaft, bestehend aus den Frauen mit Kindern und Enkelkindern die Flucht nach Danzig. Hier erlebten Sie nach schweren Gefechten die Einnahme der Stadt durch die Rote Armee. Entbehrungen, Plünderungen, Krankheiten sowie die ständigen Übergriffe durch russische Soldaten mussten ertragen werden. Die Suche nach Nahrung und Trinkwasser bestimmte den Tagesablauf. Ab Mai 1945 von der russischen Armee aus Danzig ausgewiesen, führte der Weg der Familie in die britische Besatzungszone, wo sie sich ab 1946 ein neues Leben aufbauten. Viele Jahre nach den schrecklichen Geschehnissen in Pommern hat Brigitte Hansen ihre Erlebnisse niedergeschrieben.



Ulla Lachauer
Der Akazienkavalier
Von Menschen und Gärten
272 Seiten
Taschenbuch
Nr. P A0156 **8,99 €**

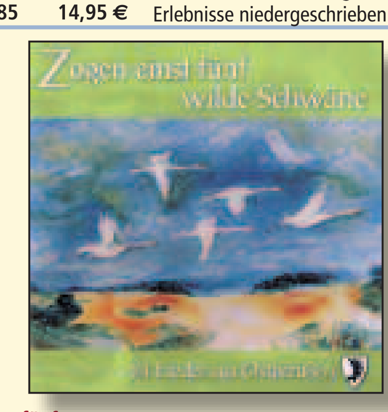
Mein Garten, das war der Matsch nach dem Regen und ein Versteck an der Hecke, das nur mir gehörte. Ich liebte die Wochen um Fronleichnam, wenn alles wie verrückt blühte, Gravensteiner Äpfel, den modrigen Duft der Champignons, die Vater im Gartenhaus züchtete, Kartoffelfeuer, das verwilderte Gebüsch am Wäscheplatz. Ich liebte ganz besonders die Minuten nach dem Ruf „Jetzt aber ins Bett!“ An warmen Sommerabenden konnte man fürs Federballspiel oft noch eine halbe Stunde rausschinden. Noch heute könnte ich alles aufzeichnen, er ist wie eine innere Landkarte. Mit ihm verbinden sich zwei frühe, elementare Erfahrungen: die von Freiheit und der Freude daran – und von Einsamkeit, im Garten war sie zu ertragen, oft sogar schön.

Arno Surminski
Die masurische Eisenbahnreise und andere heitere Geschichten 248 Seiten/TB
Nr. P A0208 **9,95 €**

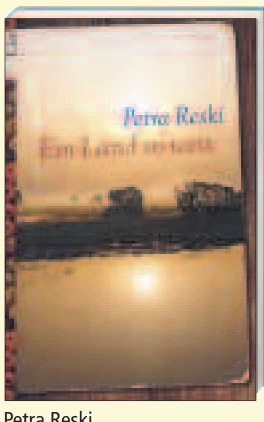
Am Lachen erkenne man den Narren, sagten die Alten. Aber Lachen ist auch Medizin und Balsam für die Seele. Da das Leben nicht immer nur heitere Momente bietet, helfen Bücher und Geschichten eine Welt zu erschaffen, in der wir unsere Sorgen hinter uns lassen und unbeschwert schmunzeln oder laut herauslachen können. Arno Surminski schildert voller Wärme und mit humorigem Unterton die Bewohner dieser Welt: Es sind Menschen wie du und ich, mit kleinen und größeren Marotten und doch so herrlich normal, dass wir sie gern begleiten möchten. Geschichten für den Alltag, für den Feierabend, für trübe Tage und Nächte und für sonnige – Geschichten für jede Zeit eben.

Albert Burkhardt
Vineta
Sagen und Märchen vom Ostseestrand
382 SeitenGebunden mit Schutzumschlag
Nr. P A0456 **16,99 €**

Die deutsche Ostseeküste bot immer wieder Anlass zu Überlieferungen, die vieles, was unseren Altvorderen rätselhaft und unheimlich war, erklären sollten. Und so gibt es unzählige Sagen und Märchen, die diese reizvolle Landschaft betreffen.Die volkskundlich wertvollsten und literarisch bedeutsamsten sind in diesem Band vertreten, und der Leser unternimmt gleichsam eine heimatkundliche Wanderung entlang der Ostseeküste: von Usedom über Rügen, Stralsund,Barth, den Darß und das Fischland, über Rostock, Wismar, Lübeck, Fehmarn, Wagrien, die Probstei, den Dänischen Wohld bis hin nach Angeln mit Flensburg. Ein bunter Reigen von Sagen- und Märchenfiguren agiert, aber auch in der Volksüberlieferung fortlebende historische Gestalten, wie Störtebeker, Doktor Faust und Wallenstein, lassen das Geschehen vergangener Jahrhunderte wieder lebendig werden.



Zogen einst fünf wilde Schwäne
24 Lieder aus Ostpreußen. Ännchen von Tharau, Es dunkelt schon die Heide, Zogen einst fünf wilde Schwäne, Land der dunklen Wälder, Abends treten Elche ..., Freiheit die ich meine u.v.m.
Laufzeit 55 Minuten
Nr. P 5875 CD **12,90 €**



Petra Reski
Ein Land so weit
342 Seiten/Taschenbuch
Nr. P 9075 **9,95 €**

Als Kind hat Petra Reski die sentimentalen Geschichten, die ihre Familie über Ostpreußen erzählte, nicht mehr hören können. Doch dann führt sie der Zufall in das Heimatdorf ihres Vaters. In den Bewohnern des Dorfes findet sie ihre Großeltern wieder. Die Erzählungen vom Leben und Überleben verbinden sich mit der Geschichte ihrer Familie. Und der lang vergessene Klang der Sprache ruft Erinnerungen an die Kindheit wach. Eine sehr persönliche Annäherung an das Thema Heimat. Und eine ungewöhnliche Familiengeschichte, wunderbar witzig und melancholisch erzählt wie ein großer Roman. Ein Buch, das, von erzählerischem Witz und großen Emotionen getragen, die Suche nach der eigenen Identität beschreibt.

Ulrich Wittkowski
So plachanderten wir in Königsberg und Ostpreußen
91 Seiten/Taschenbuch
Nr. P A0072 **5,95 €**

Das alte Ostpreußen mit seiner Sprache, seinem Humor und seinem besonderen Menschenschlag lebt wieder auf in den mundartlichen Texten, die Ulrich Wittkowski hier zusammengetragen hat. Seine humorvollen Vertellkens und Nuschtchen berichten von Begebenheiten aus dem täglichen Leben und geben einen Einblick in die Vielfalt der ostpreußischen Wortschöpfungen und damit auch in die Wesensart der Ostpreußen. Das Charakteristische und Originelle der Sprache wird anhand von gesammelten Redensarten, Witzen und Namen deutlich. Das Buch ist eine Einladung zum Schmunzeln und Erinnern und gleichzeitig eine Liebeserklärung an Ostpreußen.

RAUTENBERG
BUCHHANDLUNG

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden, faxen oder Bestellung einfach telefonisch durchgeben:

RAUTENBERG Buchhandlung
in der Verlagshaus Würzburg GmbH & Co. KG
Beethovenstraße 5 B
97080 Würzburg

Telefon 09 31/ 46 58 89-12
Telefax 09 31/ 46 58 89-29
Email info@rautenberg-buch.de
Internet www.rautenberg-buch.de

Lieferung erfolgt gegen Rechnung. Achtung, die Versandkostenpauschale beträgt nur € 4,00*, ab einem Bestellwert von 80,00 € ist die Lieferung versandkostenfrei* (*nur gültig bei Versand innerhalb Deutschlands). Auslandslieferung gegen Vorkasse. Dabei werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Anzahl	Bestell-Nr.	Titel	Preis €

Vorname .... Name ....
Straße/Nr. .... Telefon ....
PLZ/Ort ....
Datum .... Unterschrift ....

BÜCHER • KARTEN • KALENDER • FAHNEN/PINS • DVD/CD • SPIRITUOSEN • MARZIPAN • BERNSTEIN
Telefon 09 31/46 58 89 12 • Telefax 09 31/46 58 89 29 • www.rautenberg-buch.de
Telefonische Erreichbarkeit: Montags bis Freitags von 9.00 Uhr – 12.00 Uhr und 13.00 – 17.00 Uhr

ZUR PERSON

Theresa Mays neue Olympier

Das, was Kanzlerin Merkel zuletzt durchstehen musste, war im Vergleich zu dem, was ihre britische Kollegin Theresa May gerade erlebt, nur ein Kriselchen. Merkels Innenminister Seehofer trat ja nach einer Scheineinigung über ein Asylverfahren an den Grenzen nicht zurück. Großbritanniens Premierministerin May musste dagegen jetzt die Ministerrücktritte Nummer sechs und sieben seit ihrer Neuwahl vor gut einem Jahr verkraften.

Doch diesmal waren es Schwergewichte im Kabinett. Nach einer offensichtlich heißen Klausurtagung im englischen Landsitz Chequers über die Strategie beim Austritt Großbritanniens aus der EU trat erst Brexit-Minister David Davies und einen Tag später auch noch Außenminister Boris Johnson zurück. Beide gelten als Brexit-Hardliner, die den weichen Ausstiegskurs der Premierministerin nicht mittragen wollten.



Bilder (2): UK Parliament

Dominic Raab

Ersetzt wurden sie von zwei linientreuen Gefolgsleuten Mays. Der neue Brexit-Minister **Dominic Raab** ist zwar für den Brexit, wenn auch in abgeschwächter Form, nach der das Vereinigte Königreich in einer Freihandelszone für Industrie- und Agrarerzeugnisse verbleibt. Der neue Außenminister **Jeremy Hunt** hingegen ist sogar als Brexit-Gegner in Erscheinung getreten. Anders als sein polternder Vorgänger Johnson wird er in Brüssel oder Berlin ein gern gesehener Gast sein.

Sowohl Raab als auch Hunt haben die übliche britische Politikerkarriere absolviert. Die Stationen sind bei beiden nahezu deckungsgleich: aufgewachsen in der Upperclass, Studium an den Elite-Unis Cambridge und Oxford, kurze Zeit in der freien Wirtschaft die Basis für den häuslichen Wohlstand gelegt, Heirat, Kinder und – als eigener Ritterschlag – der Gang in die Politik.

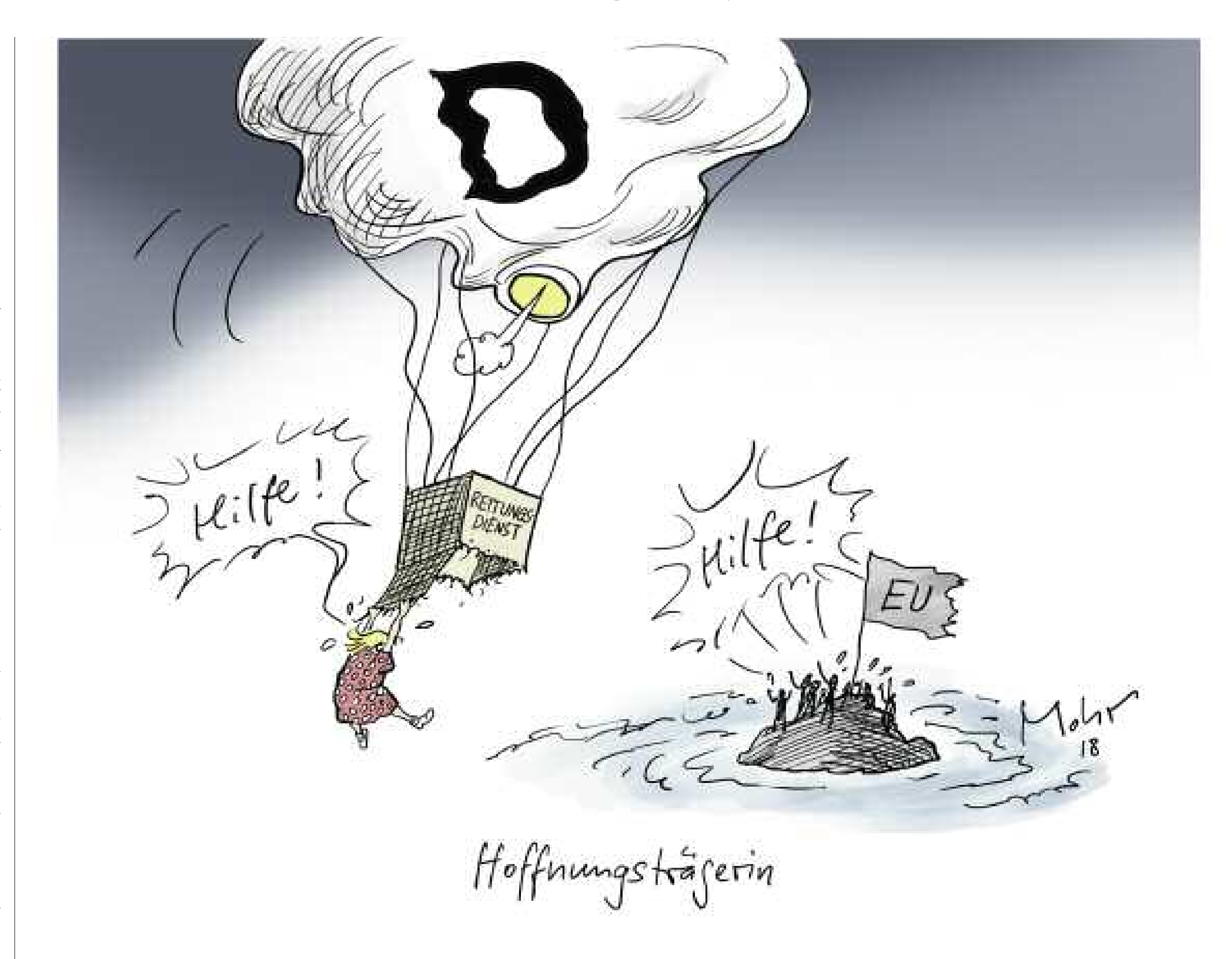
Der 44-jährige Raab, dessen Vater 1938 aus der Tschechei nach England emigrierte, war zuletzt als Staatssekretär beschäftigt, erst im Justiz- und danach im Wohnungsbauministerium, wo ihm der Brand des Londoner Grenfell-Towers arg zu schaffen machte. Der mit einer Brasilianerin verheiratete Konservative gilt als liberal, ist aber gegen Quoten für Frauen oder ethnische Minderheiten.



Jeremy Hunt

Sein sieben Jahre älterer konservativer Kollege Hunt hat dagegen bereits Ministererfahrung. Zuletzt amtierte der mit einer Chinesin verheiratete Politiker sechs Jahre als Gesundheitsminister – so lange wie kein Politiker vor ihm. Als Staatssekretär für Kultur und Sport lagen bei ihm davor die Olympischen Spiele von London 2012 in der politischen Verantwortung.

Beiden neuen Ministern kommt nun die olympische Aufgabe zu, den Briten, die mehrheitlich für den Brexit gestimmt hatten, einen weichen Ausstieg so zu verkaufen, dass sie damit ihrer Premierministerin das politische Überleben garantieren. Gelingt das nicht, könnten bei den Torys die Hardliner um Johnson und Davies das Ruder übernehmen, die nicht so einfach hinnehmen werden, dass durch Mays Politik Großbritannien „auf den Status einer Kolonie“ der EU zusteuere. *H. Tews*



Betteln und Hausieren

Von der Dämmerung später Einsicht, wie man aus einem Elefanten eine Mücke macht und warum linde Lüftlein stinken / Der satirische Wochenrückblick mit Klaus J. Groth

Irgendwo in einer vollgerümpelten Kellerecke müssen sie noch liegen, die fast vergessenen Hinweisschilder in geschwungener Fraktur: „Betteln und Hausieren verboten“. Wir dürfen davon ausgehen, dass so manch regierungsamtlicher Hausmeister bei den europäischen Nachbarn den Auftrag bekam, nur ja rasch nach diesen Schildern zu suchen. Sie werden dringend benötigt, wenn der Seehofer kommt. Oder gar die Merkel. Gar nicht schnell genug kann das Schild an die Haustür genagelt werden. Man lässt sich doch keine Asylsucher andrehen, die man schon immer und noch nie haben wollte. Wozu soll denn das Durchwinken gut gewesen sein, die großzügig verteilten Freifahrtscheine nach Norden, wenn jetzt Retouren kommen. Von einem Rückgaberecht bei Nichtgefallen war niemals die Rede. Da mag man in Berlin die Reklamationen noch so trickreich runterrechnen. Europa staunt, wie Berlin aus einem Elefanten eine Mücke machen kann.

Um nicht in die Nähe der gaulandschen Vogelabsonderung zu geraten, ist in der Asylpolitik die erstaunliche Abschwächung vom Furz über den Pups zum linden Lüftlein zu registrieren. Das stinkt zwar auch, aber es kracht nicht knödelgesättigt. Dagegen genügt ein Duftbäumlein aus der Berliner Schonung. Das wirkt so: Worüber sich CDU und CSU tagelang heftig stritten, heilt die SPD in nur einer Stunde. Nach dieser einen (Wiederholung: einen) Stunde ist die Welt wieder heile. Die „Transitzentren“ heißen nicht mehr „Transitzentren“, sondern „Transferzentren“, und die sind etwas vollkommen anderes. Tusch für diese geniale Lösung. Gäste dieser Transferzentren werden sich höchstens 48 Stunden der Gastfreundschaft einer Polizeistation erfreuen dürfen. Die sind hierzulande nicht von Stacheldraht umsäumt. Der Innenminister wies ausdrücklich darauf hin. Danke. Nach den hoffentlich angenehmen 48 Stunden sind die Aufgegriffenen wieder „in totaler Freiheit“. Nochmals Danke. Aber, darauf muss ausdrücklich hingewiesen werden, allenfalls zwei bis fünf Asylsucher pro Tag (Wiederholung: zwei bis fünf Asylsucher pro Tag), kämen in diese Obhut. Und die anderen? Die betrifft das nicht. Und wie sortiert man diese zwei bis fünf Zugereisten aus? Ganz einfach, sie müssen so blöd gewesen sein, das Wort „Asyl“ schon anderswo vergeudet zu haben. Wer das nicht getan hat, der durchläuft das ganze geordnete Verfahren. Um den neuen Durchsetzungswillen zu demonstrieren, wird in der Vereinbarung der Regierungsparteien ausdrücklich darauf hingewiesen, dass nicht nur an der bayrischen Grenze kontrolliert, sondern die Schleierfahndung an allen Grenzen ausgeweitet werden soll. Der starke Staat greift durch. Besonders an der deutsch-polnischen Grenze ist das migrationsmäßig dringend erforderlich. Oder gegen das, was aus Dänemark alles einsickert.

> Worüber sich CDU und CSU tagelang heftig stritten, heilt die SPD in nur einer Stunde

Allzu sehr sollten wir bei der Betrachtung dessen, was denn nun vereinbart worden ist, nicht ins Detail gehen. Das kann sich stündlich ändern, zumal der Eindruck nicht zu beseitigen ist, die Beteiligten wissen selbst nicht so genau, was sie zusammengeschustert haben. Darum muss auch der Versuch scheitern, sich in einer Zusammenfassung einen Überblick zu verschaffen. Das vermögen am wenigsten diejenigen, die das nicht zu überblickende Chaos zu verantworten haben. Wie meinen Sie? Das könnte Absicht sein? Also bitte, ich muss doch ..., nun ja, wenn Sie denn meinen. Jedenfalls wird der Horst Seehofer nicht müde, darauf hinzuweisen, wie toll er das alles hinbekommen hat. Der muss es wissen.

Nun liegt er endlich wieder still, der See. Auch der Seehofer gibt Ruhe. Es plätschert wieder. Wie angenehm. Plätschern ist die erste Bürgerpflicht. Ein Sturm im Wasserglas verschreckt nur. Als Merkel und Seehofer sich nach allen unfairen Regeln in den Haaren lagen, gingen ihnen auch Getreue von der Fahne, ganz zu schweigen vom Bürger, der sich da nicht mitnehmen lassen wollte. Wer sich zum Müsli beim Frühstück regelmäßig seine Umfragewerte servieren lässt, dem ist das Ranking des politischen Toppersonals keinesfalls schnurz. Nur darum haben sich Streithenne und Streithahn wieder vertragen. Na, jedenfalls so ungefähr. Um was war es eigentlich gegangen?

Ach ja, man wollte den Schleusern das Geschäft verderben. Nun ist das Prinzip einer Schleuse uralt und könnte allgemein bekannt sein. Man dreht die Wehre auf, wenn man fluten möchte. Man schließt die Wehre, wenn erforderlich. Allgemein ist ein Sperrwerk so konstruiert, dass das funktioniert. Die Technik ist zwar alt, offenbar aber muss sie immer wieder neu erlernt werden. Das kommt davon, wenn man Erfahrung grundsätzlich für museal hält. Erst wenn das Wasser bis zum Halse steht, merken fast alle, dass sie die gleiche Luft atmen.

Bis zur Dämmerung der späten Einsicht ist es häufig ein sehr langer Weg. Viele schaffen ihn überhaupt nicht. Das sind diejenigen, die über Ewiggestrige motzen und trotz anderer Erfahrungen dauerhaft im sauertöpfischen Gestern verharren. Umso erfreulicher ist es, wenn sich einer in die Transitzone begibt und dort zu neuen Einsichten kommt. Davon gab es in dieser Woche drei bemerkenswerte Beispiele.

Den Anfang machte ein Chef-Grüner, Baden-Württembergs Ministerpräsident Winfried Kretschmann. Der urteilte in einem Gespräch mit der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“: „Merkels Politikstil ist in der Flüchtlingskrise an seine Grenzen gestoßen“. Das wird für viele keine neue Erkenntnis sein, interessant ist allerdings, wer zu diesem Urteil kommt. Auch eine simple Wahrheit ist eine Wahrheit. Bei Kretschmann lautet die: „Das Asylrecht ist für Asylberechtigte da und nicht für Einwanderer.“ Geht in Ordnung. Dann: „Auch wir Grüne haben viele Fehler gemacht (er sprach tatsächlich von „vielen Fehlern“). Wir haben die multikulturelle Gesellschaft zu einem schönen Erlebnis verklärt. In Wirklichkeit ist eine Einwanderungsgesellschaft eine hochgradige Anstrengung.“ Ach je, Herr Kretschmann, wie häufig wurde versucht, Ihre Freunde auf genau diese Anstrengung hinzuweisen. Könnte es trotzdem sein, dass Multikulti zu Ihrer Partei gehört wie der Wisch zum Mopp? Und dann solche Einsichten: Wenn Flüchtlinge sich nicht an Gesetze halten, dann zeige das, dass es sich nicht um schutzsuchende Flüchtlinge handele. Weiter: „Wir können nicht dulden, dass jemand, der bei uns Schutz sucht, nun unser Land unsicher macht. Da müssen wir die ganze Härte des Rechtsstaates zeigen.“ Oder: „Dieses Regime der Ordnung brauchen wir, und dazu braucht man einen starken Staat.“ Und dann auch noch dies: „Wir müssen aushalten lernen, dass es auch deutschnationale Auffassungen geben darf.“ Willkommen an Bord, möchte man da doch rufen, aber dazu ist es wohl noch zu früh.

Obwohl, auch anderenorts reifen unerwartete Erkenntnisse. Ausgerechnet bei der „New York Times“, die nicht gerade als Donald Trumps Leib- und Magenblatt bekannt ist, das eher dessen Magensäfte anregt, ausgerechnet dort wird begründet, „warum Merkel gehen muss“. Pulitzer-Preisträger Bret Stephens fordert die Kanzlerin auf, ihr Amt niederzulegen. Das klingt etwas anders als „Merkel muss weg“, meint aber genau dasselbe. Begründung: Merkel habe die Union zu sehr nach links gezogen, sie habe mit ihrer Asylpolitik den Brexit befördert. Fazit: „Es steht zu viel auf dem Spiel, als dass ein Wirrkopf wie Merkel weiter im Amt bleibt.“

Zu guter Letzt noch eine Erkenntnis, sogar eine Selbsterkenntnis! Obwohl sich der Verfasser vorgenommen hatte, das Thema Fußball-Weltmeisterschaft nebst Mesut Özil, Ilkay Gündogan und Recep Tayyip Erdogan dort zu versenken, wohin es gehört, in den Orkus, muss es noch einmal aufgetischt werden. Der Präsident des Deutschen Fußball-Bundes, Reinhard Grindel, hat nach Wochen des Abtauchens begriffen, dass „Schwamm drüber“ die Affäre nicht gründlich genug reinigt. Nun wird eine längst überfällige Erklärung gefordert. Wenn Özil aus dem Urlaub komme, solle er endlich den Mund aufmachen. Als ob das noch jemand interessierte.

MEINUNGEN

Dem Schriftsteller ***Joachim Lottmann*** *kam bei einer* ***Preisverleihung für den Philosophen Jürgen Habermas*** *manches* ***weltfremd*** *vor. Über die beim „Deutsch-Französischen Medienpreis“ gehaltenen Reden spottet er in der „Welt“ (6. Juli):*

„Nach ihm, dem ‚Spiritus Rector der öffentlichen Bundesrepublik‘ (Habermas), geht es munter weiter mit den großen hohlen Worten, mit ‚Integration‘, ‚Freiheit‘, ‚Teilhabe‘ und so weiter. Es ist wirklich kaum noch zum Aushalten. Man spricht sich gegen Fake News aus, für den ‚Kampf gegen Vorurteile‘, für eine ‚kritische‘ Berichterstattung. War ‚kritisch‘ nicht immer schon das verlogenste Wort, im Grunde das Vorurteil selbst?“

AfD-Gründungsmitglied ***Konrad Adam*** *übt in der* ***„Jungen Freiheit“*** *(29. Juni) eine „Kritik eines menschenverursachten Klimawandels“:*

„Alles nicht so schlimm, heißt die Parole einer eisernen Garde von Klimaskeptikern, die uns schon seit Jahren einreden wollen, Untätigkeit sei das beste Rezept gegen eine drohende Gefahr. Angesichts der Evidenz von Ereignissen, die jeder von uns beobachten, und von Vorgängen, die jeder von uns überprüfen kann, tun sie sich mit ihrer Weiter-so-Dogmatik aber immer schwerer. Ihre Stimme wird zwar nicht leiser, doch ihre Glaubwürdigkeit bröckelt, ihr Kredit schmilzt dahin wie das Eis der Gletscher.“

Nach langer Heimlichtuerei wurde vergangenen Dienstag endlich ***Horst Seehofers „Masterplan Migration.*** *Maßnahmen zur Ordnung, Steuerung und Begrenzung der Zuwanderung“ der Öffentlichkeit vorgestellt. Er beginnt mit den Worten der Präambel:*

„Die Herausforderungen weltweiter Migration erfordern ein System der Ordnung.

Diesem Masterplan liegt die Überzeugung zugrunde, dass unser Land seine Verantwortung nach außen nur wahrnehmen kann, wenn zugleich der Zusammenhalt im Innern erhalten bleibt.

Die Aufnahmebereitschaft der Gesellschaft setzt Ordnung und Steuerung von Migration voraus. Kein Land der Welt kann unbegrenzt Flüchtlinge aufnehmen. Erfolgreiche Integration kann nur gelingen mit einer Begrenzung von Zuwanderung. Das ist die Kernbotschaft des Koalitionsvertrages.

Ordnung braucht klare Vorgaben:

Wir erwarten, dass Antragsteller an ihrem Asylverfahren aktiv mitwirken. Wir wollen verhindern, dass Personen während oder nach einem Asylverfahren untertauchen oder ihre wahre Identität verschleiern. Das Ersuchen um humanitären Schutz und das Begehen von Straftaten schließen sich grundsätzlich aus.

Menschen ohne Bleiberecht müssen unser Land verlassen. Einer Pflicht zur Ausreise muss eine tatsächliche Ausreise folgen.

Die konsequente Durchsetzung des Rechts sichert das Vertrauen in den Rechtsstaat. Die Akzeptanz von Asylverfahren hängt wesentlich davon ab, dass abschlägige Bescheide auch tatsächlich wieder zur Ausreise der Antragsteller führen.

Wir wollen keine Zuwanderung in unsere Sozialsysteme. Unsere Sozialleistungen dürfen keinen Anreiz für den Zuzug nach Deutschland bieten. Deswegen muss die Ausgabe von Sachleistungen gegenüber Geldleistungen Vorrang haben.“